6

1966 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

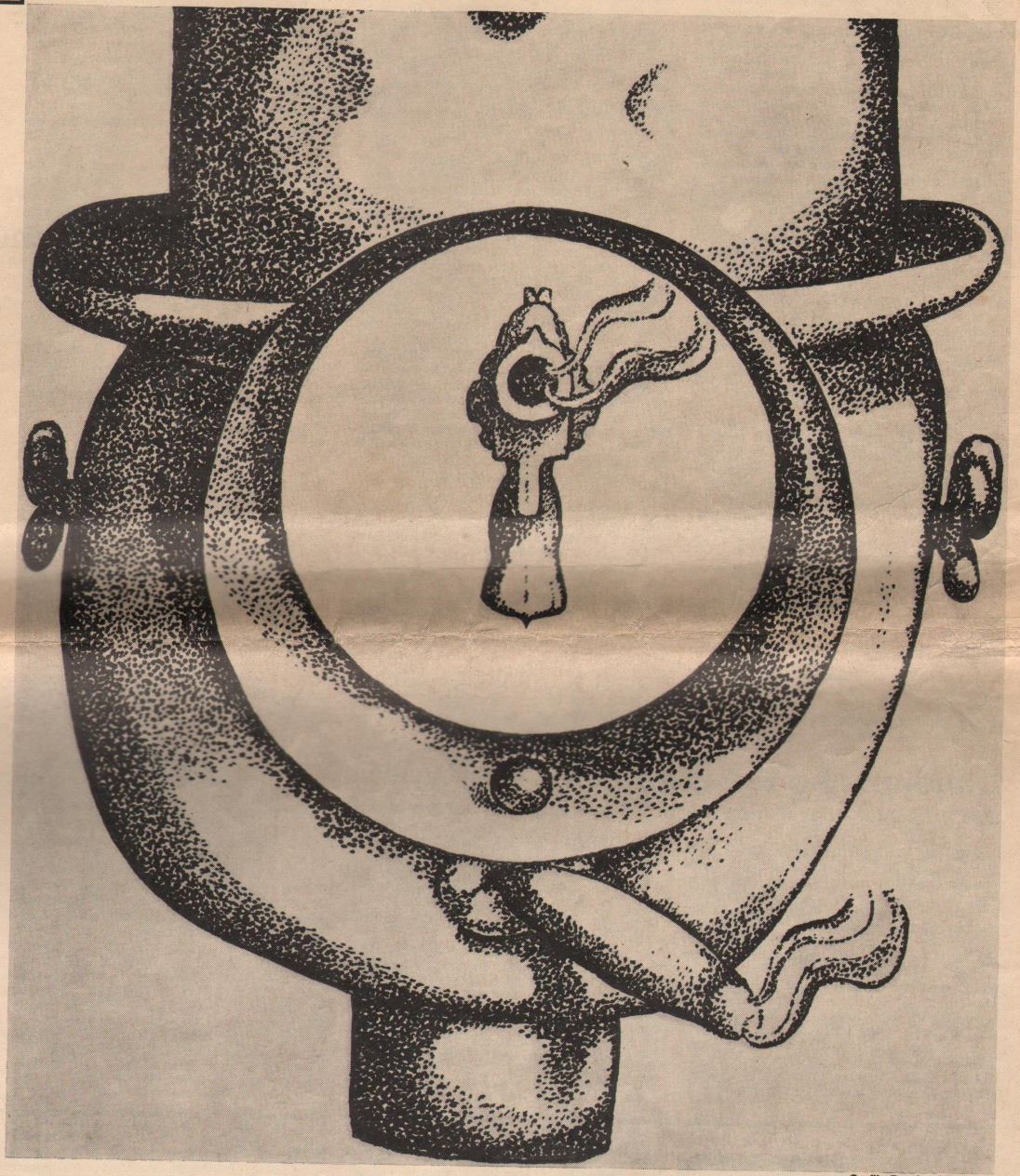
16. JAHRG. OKTOBER

D 2442 F Preis 50 Pf, Studenten 20 Pf

DISKUS

Horst Köpke:

Wann stürzt Erhard?



Grafik: Bernhard Praesent

Minister bedürfen in der Bundesrepublik nicht des Vertrauens des Bundestages. Wenn der Kanzler, der sie in sein Kabinett berufen hat, sie weiter für geeignet hält, ihr Amt zu versehen, kann sich eine noch so große Parlamentsmehrheit noch so sehr ereifern – der Minister bleibt. Es sei denn, der Kanzler wird mit Hilfe des konstruktiven Mißtrauensvotum gestürzt, ein anderer an seiner Stelle Regierungschef. Dadurch erlöschen automatisch die Mandate der Minister, der neue Kanzler kann sich sein Kabinett nach seiner Wahl zusammenstellen.

Diese verfassungsrechtliche Situation muß man sich vor Augen halten, wenn man sich wundert, wieso ein so offensichtlich ungeeigneter Mann wie der Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel immer noch im Amt ist. Vor Augen halten muß man sich aber außerdem, daß ein Kabinett, solange in ihm die Christlichen Demokraten den Ton angeben, unter immer größeren Schwierigkeiten aus sachlichen, konfessionellen und landsmannschaftlichen Gründen zusammengebastelt wird. Nur einen Minister auszuwechseln ist deswegen nahezu unmöglich. Fällt ein Stein, bricht die ganze Konstruktion zusammen. Dann aber kann eine Situation eintreten, in der dem Kanzler gar nichts anderes übrig bleibt als zurückzutreten.

Daß es dazu wahrscheinlich nicht kommt, liegt an der derzeitigen Zerrissenheit der CDU. Sie war nie eine besonders straff organisierte Partei, sie zerfiel stets in Flügel und Gruppen, die nur durch den gemeinsamen Anteil an der Macht im Staate zusammengehalten wurde. Als ihr harter Kern galten jedoch die Fortsetzer der alten Zentrumspartei, teils mit einem Schuß ins Konservative, zum geringeren Teil auch mit einem Hauch von Sozialismus versehen. Doch gerade auf diesen Kern ist kein Verlaß mehr, seit in der katholischen Kirche so ziemlich alles in Fluß geraten ist und andererseits der liberale Wirtschaftsprofessor Erhard im Palais Schaumburg sitzt. Dagegen sind die Treuesten der Treuen heute in den norddeutschen CDU-Landesverbänden zu finden, die praktisch die Tradition der einstigen Deutschnationalen fortsetzen. Das allein schon ist ein Grund für die Partei, mit Herrn von Hassel vorsichtig umzugehen, denn er repräsentiert diese Kreise.

Ludwig Erhard seinerseits ist gewählt worden als Wahllokomotive. Er hat sich in dieser Eigenschaft eigentlich nur einmal bewährt, bei den Landtagswahlen in Niedersachsen. Bei der Bundestagswahl 1965 hat er seiner Partei wieder einen Zuwachs verschafft, der aber doch nicht groß genug war, um allein regieren zu können. Seitdem ging es bergab. Also fort mit Erhard? Ja, wenn man nur wüßte, wer an seine Stelle treten könnte, ein Gesichtspunkt, dem ja auch Hassel sein bisheriges Überleben im Amt verdankt. Die einfachste Lösung wäre noch, Erhard durch Gerstenmaier oder Kiesinger und damit einem weiteren Zwischen-Kanzler zu ersetzen. Da der sendungsbewußte Erhard sich dagegen mit Händen und Füßen sträuben würde, müßte die möglicherweise höchst schmerzhafte Operation rechtzeitig vor den Neuwahlen vollzogen werden, aber auch nicht so frühzeitig, daß offenkundig würde, wie wenig auch ein Gerstenmaier oder Kiesinger die tiefen Risse in der CDU kitten kann.
In Wirklichkeit kann sich die Partei nämlich nicht entscheiden, ob sie etwa in der Deutschland-Frage den behutsamen Ausgleich mit dem Osten wie Außenminister Schröder anstreben und sich dabei des Segens der Amerikaner versichern soll. Oder soll sie mehr den Parolen des auch den deutschnationalen Norddeutschen unheimlichen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß folgen, das Schwergewicht mehr auf Europa oder besser gesagt Westeuropa legen und sich an Frankreich anlehnen? Beide Richtungen werden zusätzlich dadurch verwirrt, daß de Gaulle eine Politik gegenüber der Sowjetunion betreibt, die den „kalten Kriegern" um Strauß gar nicht behagen kann, daß andererseits der grausame Krieg der Amerikaner gegen die kommunistischen Vietnamesen gerade einen Ausgleich mit Moskau in Europa behindert. Die echten Kanzlerkandidaten der CDU/CSU heißen aber Schröder und Strauß, gegen die aber wiederum so viel wahltaktische Gründe angeführt werden können, daß eines Tages vielleicht doch der in seinen Anstrengungen arg zurückgeworfene, Schröder sicher näher als Strauß stehende, aber so genau auch nicht festgelegte Rainer Barzel das Rennen machen wird. Bis dahin bietet sich ein Ludwig Erhard auf dem Kanzlerstuhl, mag sein Unvermögen, mag seine politische Naivität auch noch so offenkundig werden, als zeitweilige Kompromißlösung am ehesten an. Und da die wirklich starken Männer seiner Partei andererseits seinem Kabinett vorerst fernbleiben werden, weil sie ihren Namen nicht mit einem Mann verknüpfen wollen, dem vielleicht kein baldiges, so doch ein ruhmloses Ende auf der Stirn geschrieben steht, kann es zu einer wirksamen Kabinettsumbildungswahl nicht kommen. Die Zeichen stehen auch deswegen so wenig auf Veränderung, weil die Freien Demokraten, Koalitionspartner der CDU/CSU, gegenwärtig allen Grund haben, sich ruhig zu verhalten. Natürlich fühlen sie sich nicht wohl in ihrer Haut. Natürlich würden sie gewiß nicht ihre Wahlparole von 1965 wiederholen: „Wer Erhard will, wählt FDP". Aber aus einer Veränderung im Kabinett können ihnen nur Schwierigkeiten erwachsen. Wer garantiert ihnen, daß nicht letztlich alles ins Rutschen kommt und sie am Ende als schwache Opposition einer Großen Koalition gegenüberstehen? Und was sollen sie machen, wenn Erhard ihnen schließlich doch Franz Josef Strauß als neuen Kabinettskollegen präsentiert? Sollen sie dann wirklich laut schimpfend die Koalition verlassen? Denn daß sie sich aufraffen und zusammen mit der SPD eine regierungsunfähig gewordene Partei zu der zukommenden Rekreation in die Opposition verweisen, vermag man nicht mehr zu hoffen. So wird Erhards Zigarre noch weiterglimmen.

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal vierteljährlich
Herausgeber: Siegfried Barthels, Manfred Müller, Dieter Thelen, David H. Wittenberg, Herbert Wolf.
Redaktion: Helmut Fritz (Politik), Hans Joachim Steffen (Kulturpolitik), Hanns-Helge Schneider (Lokales), Karl Riha (Feuilleton), Ulrich Luetjohann, Marita Mienes, Gerhard Schulz, David H. Wittenberg.
Redaktions-Geschäftsführer: Manfred Müller.
Verlagsleiter: Werner Peuckert.
Anzeigen: Werner Fritzsche.
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main, Mertonstraße 26–28, Telefon 7 70 64 31 88
Konten der Zeitung: Deutsche Bank Nr. 240/9647. Dresdner Bank Nr. 121 210.
Postscheckkonto Ffm. 1875 88.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seiner Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1. Mai 1966.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 6,– jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: Grawo-Druck, Offenbach am Main, Schäferstraße 12, Telefon 81 15 18.

Hassel nimmt den Homburg

Ein political fiction. **Von Widо Mosen**

Überraschende Bestürzung lähmt die politische Hektik in Bonn. Kai-Uwe v. Hassel, bislang unbestrittener Bundesverteidigungsminister im Kabinett Erhard, erklärt dem Bundeskanzler spontan seinen Rücktritt.
Was war geschehen? Erst nach langem staatsmännischen Zögern bricht der Kolonialpflanzer A. D. sein bis dato hartnäckiges Schweigen: er wolle endlich Zeit und Muße finden, sich seinem heuer unbewältigten Bücherschrank zu widmen. (Obwohl dieser geistige Nachholbedarf bei jeder offiziellen und privaten Gelegenheit sich manifestierte, weisen eingeweihte Kreise auf das schwüle Klima der Bonner Rheinebene hin, das strategischen Denkern das Einschlafen erschwere, was bisweilen zu vulkanösen Weinkrämpfen führe.)
Eine überkonfessionelle Politologenkonferenz, die eigens über eine Woche in Maria Laach den Rückwärtsgang des Oberbefehlshabers ventiliert, bestätigt in einer Resolution die sensationellen Beweggründe des retirierten Ministers. Politische Motive entfielen schon deshalb, weil bislang niemals ein Bonner Minister aus politischen Erwägungen den Homburg genommen habe. Auch sei das Verteidigungsressort für sein flutschendes Betriebsklima bekannt: Administrative wie personelle Zwistigkeiten würden von übereifrigen Journalisten mit Spiegelkomplexen frei erfunden. Soweit die Untersuchung der Politologen.

VIER MASSGEBLICHE WÜRDIGUNGEN

1
Hans Nikel in „DM": „Hassel, der dem unermüdlichen Kampf gegen jeglichen deutschnationalen Konservatismus auf seine mitnichten schwarz-weiß-roten Fahnen graviert hat, konnte es seelisch nie verwinden, daß liberale Vertreter der Generalität aus der Bundeswehr in integrierte NATO-Stäbe kommandiert worden waren. Nur aus Loyalität seinem Amtsvorgänger gegenüber sah v. Hassel, dessen progressiver Intellektualismus viele verständnislose Neider auf die Hardthöhe lockte, von einer Revision dieser Befehle ab, denn Befehl ist ja schließlich Befehl; Sentimentalitäten sind da fehl am Platz. Selbst als Wahlkampfleiter der CDU im Bundestagswahlkampf 1961 entledigte er sich engstirniger parteipolitischer Fesseln, um das Gesamtwohl der deutschen Nation anzuvisieren. Sein markiges Statement zum Thema Willy Brandt als Emigrant: „ich kann diese Schicksalsgemeinschaft nicht verlassen, wenn es mir persönlich gefährlich erscheint, und ihr wieder beitreten, wenn das Risiko vorüber ist", fegt alle Zweideutigkeiten vom runden Tisch und sucht als sublimes Exempel eines praktizierten Humanismus seinesgleichen."

2
Adelbert Weinstein in der FAZ: „Hassels maßlose Kritiker begingen nicht nur Brunnenvergiftung. Sondern entlarvten sich auch als schlechte Deutsche. Denn die militärische Bedrohung besteht fort. Dagegen steht das Starfighter-Programm. Ohne die F 104 G wäre unser Anspruch auf physische Mitbestimmung an der nuklearen Entscheidungsgewalt lächerlich. Die nach dem 2. Weltkrieg gezogenen Unrechtsgrenzen wären sanktioniert."

3
Hans Zehrer (aus dem Nachlaß): „Seit Clausewitz verfügt die deutsche Militärwissenschaft in v. Hassel wieder über einen strategischen Denker, dessen sprühendem Geist das deutsche Volk nicht nur die exorbitante Konzeption der VORWÄRTSVERTEIDIGUNG verdankt, der überdies dem deutschen Steuerzahler auch die Finanzierung eines aufwendigen militärischen Braintrusts erspart, der, wie die amerikanische Erfahrung zeigt, den Verteidigungsminister doch nur von einsamen Führerentscheidungen abhalten würde. In der für v. Hassel typischen Bescheidenheit der Namensgebung VORWÄRTSVERTEIDIGUNG verbirgt sich nichts Geringeres als totale Sicherheit, auch für unsere Brüder und Schwestern jenseits des Stacheldrahts. Die Erwähnung v. Hassels als Staatsmann wäre nur fragmentarisch ohne die allerdings beckmesserhafte Andeutung seiner Vorliebe für den demokratischen Sozialismus, die in der Billigung des ÖTV-Erlasses kulminierte."

4
v. Hase im „Bulletin": „Nur undankbare Zeigenossen mögen vergessen haben, mit welch sachkundiger Entschlußfreude v. Hassel die Krisen um den Starfighter und die Innere Führung beendet hat, indem er öffentlich richtigstellte, daß gar kein Grund zur Besorgnis bestehe. Nach seinen eigenen Worten hatte der Minister die Führung der Bundeswehr jederzeit fest in der Hand, was ihm den Rücktritt bedeutend erleichterte. Der Dank des Vaterlandes und aller Witwen der verunglückten Starfighter-Piloten ist dem ehemaligen Bundesverteidigungsminister, der sich erfolgreich für eine Aufbesserung ihrer Witwenrente ausgesprochen hat, gewiß."

Dialektische Exkurse zum „Wertvoll"

Das Gutachten über „Africa addio" **Von W. Schivelbusch**

Am späten Nachmittag des 14. Juni dieses Jahres wurde im Biebricher Schloß der Jacopetti-Film „Africa addio" für wertvoll befunden. Die Urteilskraft der Filmbewertungsstelle Wiesbaden (FBW) ist ob dieser Entscheidung wiederholt angezweifelt worden. Nichts wäre jedoch verkehrter, als nun anzunehmen, für die FBW sei ein Film, dem sie das Prädikat „Wertvoll" verleiht, auch ein wertvoller Film. Nein, man kann dieser Behörde nicht den Vorwurf machen, sie habe einen infamen Film nicht als solchen erkannt.
Im Gegenteil. „Nur unter starken Bedenken und mit knapper Mehrheit hat der Bewertungsausschuß dem Film das Prädikat ‚Wertvoll' verliehen", heißt es einleitend in der Begründung für die (steuersparende) Auszeichnung. Die FBW-Bestimmungen schreiben die „Abwägung positiver und negativer Momente" vor, sowie „gegebenenfalls, inwieweit Vorzüge durch Mängel gemindert oder Mängel durch Vorzüge ausgeglichen sind." (§ 12). Daher müssen starke Bedenken grundsätzlich einer Prädikatsverleihung nicht im Wege stehen.
Die beamteten Biebricher Beurteiler haben sich zunächst loyal an diese Bestimmungen gehalten, oder doch wenigstens, um guten Willen zu dokumentieren, sie sich noch einmal öffentlich ins Gedächtnis gerufen. „Der Film", so fahren sie nämlich fort, „bietet beträchtliche Angriffsflächen. Es kam nur darauf an, zwischen den Vorzügen und den Schwächen dieses Films sorgfältig abzuwägen."
Nachdem so die Methode des Verfahrens noch einmal für jedermann klar umschrieben worden ist, beginnt der Begründung eigentlicher Gang: „Die Mehrheit des Ausschusses ist der Überzeugung, daß der Film schon dadurch einen beträchtlichen Wert gewonnen hat, daß er sehr seltenes dokumentarisches Material aus Afrika zu zeigen vermag, dessen unverminderte Aktualität das Publikum tief beeindrucken wird" – hier folgt im Text ein Komma und es heißt dann weiter: „auch wo das Publikum dem Fazit des Kommentars nicht immer folgen wird." Laut FBW-Bestimmungen genügt es aber nicht für ein Prädikat, lediglich Dokumentarmaterial zu zeigen. Wenn nun der dazugehörige Kommentar nicht ganz astrein, also nicht wertvoll ist: was bleibt dann an Wertvollem im Sinne der Bestimmungen?
Die „Abwägung positiver und negativer Momente" vollzieht sich hier ein wenig außerhalb der von der FBW sich selbst gesetzten Legalität. Unabhängig davon wird schon hier die Methode dieses Abwägens in grammatikalischer Deutlichkeit offenbar. Der „beträchtliche Wert" erhält im ausgewalzten Hauptsatz Gewicht, während das Fragwürdige des Kommentars sich im konzessiven Nebensatz verkrümelt. Wenig später hebt die Begründung als weiteren Vorzug des Films seine „harte Schockwirkung" hervor, denn sie „löst einen ungewohnten, vielleicht jedoch heilsamen Einblick in die Wirklichkeit des schwarzen Kontinents aus" – hier folgt erneut ein Komma, und es heißt weiter: „auch wo man die bewußte Einseitigkeit des Films durchschaut." Der Satz ist grammatikalisch und inhaltlich eine Konfiguration des zitierten vorangegangenen. Nur sind jetzt die aufgezählten Vorzüge tatsächlich auch Vorzüge im Sinne der FBW-Bestimmungen. Vielmehr: sie wären es, wenn nicht der einschränkende Nebensatz sie gleich in Frage stellte. Immerhin, möglich wäre es ja, daß der eine oder andere FBW-Autor zu sagen wüßte, wie „bewußte Einseitigkeit" einen „heilsamen Einblick in die Wirklichkeit" auslösen kann.
In der Begründung folgt nun allerdings ein ganzer Absatz mit Vorzügen des Films: Regie, dramaturgische Zuordnung, Schnitt; das alles seien „wesentliche Qualitäten".

Man ist schon beruhigt, daß nun endlich doch eine ungetrübt positive Begründung zustande zu kommen scheint, da ja kein mieser Nebensatz das Spiel verdirbt. Da werden auf einmal auch diese technischen und ästhetischen Meriten relativiert. Im folgenden Absatz meldet – freilich in merkwürdigem Deutsch – das Gewissen an, daß Form und Inhalt doch irgendwie zusammengehören und man nicht sich so einfach über das schöne Bild freuen dürfe: „Denn gerade dieser Spürsinn für das wirkungsvolle Arrangement hat dem Film auf weite Strecken seiner Glaubwürdigkeit beraubt. Der Ausschuß nimmt Anstoß daran, daß der ganze Film das Parfum der Manipulation und des Arrangements verbreitet."

Die Argumentation begibt sich zunehmend auf ein Terrain, welches denkbar unfruchtbar für's Wachstum des Prädikats ist.

Die Kuriosität ist nicht, daß Ministerialbeamte auf Kunst, bzw. Pseudokunst auf Ministeriale losgelassen werden. Damit hat man sich abgefunden. Es wäre kein Wort zu verlieren gewesen, wenn die Begründung zu „Africa addio" eine Sammlung rechtschaffen-ahnungsloser amtsdeutscher Stilblüten gewesen wäre; Konsequenz, welcher Provenienz auch immer, beruhigt.

Seltsam jedoch und etwas beunruhigend ist es, daß die Begründung sich so liest wie eine höflich formulierte Verweigerung des Prädikats, gleichwohl aber die Begründung für eben das zuerkannte Prädikat darstellt.

Stories für unerschütterliche Patrioten

Bericht über Kriegsberichte **Von D. Wittenberg**

Die informierte Gesellschaft ist schon die formierte, wenn wir, wie üblich, nur nicht alles, nicht zu viel wichtiges und nichts zu groß gedruckt erfahren. Der Name der großen dänischen Tageszeitung „Politiken" hält meist, was er verspricht, während der deutsche Leser meist nicht weiß, was er von dem halten soll, was er vorgesprochen bekommt. „Politiken" ist ein Blatt von Welt, die sogar bis Vietnam reicht.
In der ersten Augustwoche regte anscheinend eine schwere Anschuldigung, ja garadezu eine Information, keine der größeren Tageszeitungen zu einer Meldung an. „Kein Krieg-Bürgerkrieg" lautete die Schlagzeile in „Politiken" vom 3. August 1966. Gegen die amerikanischen militärischen Bemühungen, hieß es da, und die Informationspolitik über den Vietnamkrieg hätten sich vier erfahrene amerikanische Journalisten gewandt. In einer Fernsehsendung beschuldigten sie das amerikanische Verteidigungsministerium und die militärische Führung in Saigon, die Öffentlichkeit *„mit Vorsatz zu betrügen"*. Eine solche Meldung klingt in Ferienzeiten fast so komisch wie eine über das Ungeheuer von Loch Ness. Nur ungeheurer.
Zum Beispiel: das ständige Gerede von „der nordvietnamesischen Aggressionspolitik", so meinte Malcolm Brown, zeitweise Chefkorrespondent für das Nachrichtenbüro Associated Press in Saigon (und Pulitzerpreisträger für sein Buch „The New Face of War"). Brown sagte, der Vietnamkrieg sei im Grunde ein Bürgerkrieg. Seine Meinung teilen seine Kollegen Jack Foisie („Los Angeles Times"), Dean Brebis (Fernsehgesellschaft NBC) und der Hauptkorrespondent der „New York Times" in Saigon, Charles Mohr.
Das wird, so „Politiken", öfter in radikalen Publikationen gesagt, deren Auflage aber nicht hoch ist. Das Programm mit der Vietnamdiskussion wurde auch nicht über eine der drei großen Fernsehgesellschaften ausgestrahlt, deren Haltung vorsichtig und offiziös ist wegen ihrer Abhängigkeit von Werbung und entsprechenden Aufsichtsräten. Es wurde gesendet von „National Education Television", einer unabhängigen Organisation.
Die vier Journalisten richteten ihre Angriffe besonders gegen die täglichen Pressekonferenzen, die von Militärs in Saigon abgehalten werden und die Grundlage bilden für den größten Teil der Kriegsberichte. Foisie meinte, er ziehe eine reguläre Zensur einem System vor, das die „Informationsquellen zu verdunkeln suche" und den Journalisten die Möglichkeiten raube, andere als die offiziellen Aufschlüsse zu bekommen. Er prangerte vor allem die Bestrebungen an, jede amerikanische Tätigkeit in Thailand und Laos zu verheimlichen. Die Journalisten sprachen von amerikanischen Basen in Thailand als Ausgangspunkt des größten Teils der amerikanischen Bomberangriffe. Offiziell, so sagte Brown, tun die amerikanischen Machthaber so, als ob Laos ebenso wenig existiere wie Thailand. Mohr ergänzte, die Militärs hätten eine Abneigung dagegen, von Napalmbomben zu sprechen, als wäre der Krieg ein „Gesundheitsfeldzug".

Man war sich einig darüber, daß man in Amerika und Europa Nachrichten akzeptiere, wie sie kommen. Ein Journalist, der zweifelt, wird vom Regierungsstandpunkt aus gleich „mangelnder Objektivität" beschuldigt. Patriotismus, direkter Druck und Abhängigkeit von den Quellen der Information kommen zusammen. Hält einer die Spielregeln nicht ein, sind die Journalisten verbittert. Der dänische Korrespondent fügt ein eigenes Beispiel hinzu. Als er einen Presseoffizier um Kommentar bat, warum amerikanische Soldaten Dörfer abgebrannt hätten, reagierte ein amerikanischer Journalist scharf; der Oberst solle deswegen nicht belästigt werden und außerdem geschehe das jeden Tag. „Politiken" meint, jawohl, das geschehe jeden Tag, aber die offizielle These laute, das geschehe selten. Journalisten fragen dennoch nach wirklichen Verlustzahlen und toten Zivilisten – und schreiben dann klein oder nicht alles. Es ist ein seltener Fall, daß ein amerikanischer Protest ein breiteres Publikum erreicht.

Im übrigen gibt es ein hochoffizielles Gerichtsurteil. Aus Anlaß der Verurteilung eines Kriegsverweigerers betonte ein Gerichtspräsident in den Vereinigten Staaten, „der Präsident der Vereinigten Staaten habe das Recht, Krieg zu führen und erst nachher den Kongreß davon in Kenntnis zu setzen." (Neue Zürcher Zeitung, 10. 9. 66, Fernausgabe)

Also, wenn schon der Kongreß nichts wissen muß, braucht auch niemand zu wissen, weshalb und wie Vietnam ein Schlachtfeld der Ehre ward. Erst nachher. Das ist die Metaphysik der great society oder der formierten Gesellschaft.

Leserbriefe

Sehr geehrte Herren!
Ihr Artikel im Diskus April / Mai: „Elend, historisch-kritisch", kann nicht unwidersprochen bleiben.
Es ist schon ein Elend, wenn man sich in der Presse tummelt ohne vorher sich mit den Fakten genau auseinandergesetzt zu haben. Zu drei Punkten möchte ich Ihr Nachdenken anregen.
1. Glauben Sie, daß Menschen mit Abitur in jedem Fall besser für den Lehrberuf geeignet sind bzw. schlechthin bessere Menschen darstellen?
2. Sie schreiben, daß die „Schüler" an den Fachinstituten keine auch nur entfernt wissenschaftliche Ausbildung erhalten und Politik und Soziologie im Lehrplan ganz fehlen.
Zunächst einmal haben wir in Fulda keine „Schüler" sondern Studierende. Doch dies ist nur eine formale Angelegenheit. Ernster verhält es sich mit Ihrer völlig unbegründeten im folgenden ausgesprochenen Behauptung. Meinen Sie, daß nur Politik und Soziologie wissenschaftliche Ausbildung garantieren? Im übrigen werden die Studierenden im Rahmen der Sozialkunde in Fulda durchaus in politische und soziologische Zusammenhänge eingeführt. Sind Sie der Ansicht, daß Psychologie und Pädagogik, die als Fächergruppe Erziehungslehre eine zentrale Stellung haben, keine wissenschaftliche Ausbildung ermöglichen? Oder ist ihr Satz etwa so zu verstehen, daß die Lehrkräfte an den Instituten überhaupt und in der Erziehungslehre im besonderen zu einer gediegenen wissenschaftlichen Ausbildung der Studierenden nicht in der Lage sind?
Ich möchte Ihnen nur hierzu mitteilen, daß die Lehrkräfte der Fächergruppe A „Allgemeinbildung" qualifizierte, in Bewerbungsverfahren vom Ministerium und den Direktoren der Institute ausgesuchte Gymnasiallehrer sind.
Die Lehrkräfte der Fächergruppe C sind ausgelesene Bewerber mit beiden Lehrerexamina, die sich zusätzlich in dem von ihnen erteilten Lehrfach durch Fortbildungskurse, Lehrgänge und meistens auch durch ein Diplom, z. B. als Sportlehrer oder durch ein Staatsexamen an der Musikhochschule qualifizierten.
Die Lehrkräfte der Fächergruppe B sind Praktiker, die ihre beiden Staatsexamina mit überdurchschnittlichem Erfolg abgelegt haben und darüber hinaus, wie mein Kollege und ich ein Diplom und die Promotion aufweisen können.
3. Erst nach drei Jahren, nicht wie Sie meinen nach zwei Jahren, schließen die Studierenden ihre allgemein bildenden Fächer mit einer Prüfung ab. Der Einheitslehrer, von dem Sie vielleicht träumen, stellt ohnehin eine Utopie dar. Auch ohne Fachlehrer kann man mindestens vier verschiedene Lehrerklassen gemäß ihrer Besoldung unterscheiden. Studienräte/Oberstudienräte im Hochschuldienst können nicht in den Schuldienst zurückversetzt werden. Hier liegt also ein rechtlicher Irrtum Ihrerseits vor. Im übrigen werden diese Lehrkräfte nach Bewährung nach einer gewissen Zeit ohnehin zu Professoren ernannt.
Was die Qualifikation der Studierenden anbelangt so beachten Sie bitte, daß auf Grund des großen Interesses an dieser Art des Lehrerstudiums in Jugenheim beispielsweise von 600 Bewerbern im Rahmen einer umfassenden Aufnahmeprüfung, die u. a. psychologische Tests und von Psychologen geleitete Colloquien aufwies, 150 Bewerber aufgenommen wurden. Die Prozentsätze an den anderen Instituten verhalten sich ähnlich.
Zum Abschluß möchte ich Sie noch fragen, ob Sie des Glaubnes sind, daß die Anforderungen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft noch durch Humboldt'sche, Ratke'sche und Stiehl'sche Vorstellungen befriedigt werden können?
Fulda **Dr. phil. Adolf Hemberger**
Pädagogisches Fachinstitut

Sehr geehrte Herren!
Der Artikel „Sing out 66" in der letzten Ausgabe des „Diskus" enthält z. T. leider nur die halbe Wahrheit. Es ist unverständlich, wenn H. F. das Lied „Wenn alle untreu werden" als SS-Weise bezeichnet. Ist es ihm nicht bekannt, daß Max von Schenkendorf dieses Lied 1814 gedichtet hat, über hundert Jahre früher, bevor es der Nationalsozialismus als Marschlied verwandte? **Burkhard Luber**

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 21494

Beilagenhinweis:
Diesem Heft liegt ein Prospekt von TIME International bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Das Gedicht ist kein Messer

Von Dietrich Segebrecht

In Auerbachs Keller tönt, vorgetragen mit des Basses Grundgewalt, die Stimme des Volkes zum Thema Lyrik und Politik. Und auch in diesem Fall ist nicht ganz von der Hand zu weisen, was der Volksmund spricht. Wie anders als garstig sollte man wohl die tendenziöse, chauvinistische und opportunistische Dichtung aller Zeiten nennen — von Tyrtaios bis zu Anacker und Kuba? Was sich da hören läßt, ist unerhört, wer wollte das ernsthaft bezweifeln. Pathetische Kampfaufrufe („Ins Feld! Die Rachegeister mahnen. / Auf, deutsches Volk, zum Krieg", das sind beliebige Verse, zum Beispiel von Theodor Körner), dumpf fanatisierende Marschlieder („So Reih um Reihe — Schritt um Schritt — / Kolonnen stampfen gleichen Tritt. / Wir ahnen's groß, wir beten's schon: / Dies ist der Pulsschlag der Nation", so dichtete kürzlich Herybert Menzel), hemmungsloses Herrscherlob (aus „Danksagung" von Johannes R. Becher: „Dort wirst du, Stalin, stehn, in voller Blüte / Der Apfelbäume an dem Bodensee. / Und durch den Schwarzwald wandert seine Güte, / Und winkt zu sich heran ein scheues Reh"). Was beweisen diese Beispiele? Überzeugung? Ergebenheit?

Vielleicht beweisen sie eine andere Weisheit von der Gasse: Die Kunst geht nach Brot. Auch dafür lassen sich genügend Exempel statuieren: von Walther von der Vogelweide bis zu Heinrich von Kleist, Emmanuel Geibel und Heinrich Lersch. Der eine bangte um sein Lehen, den anderen ging es um Staatspensionen oder öffentliche Anerkennung. Dafür schrieben sie den Machthabern nach dem Maul: politische Gedichte.

Und heute? Und früher? Die französische Literatur der Aufklärung? Das Junge Deutschland? Heine? Zola? Heinrich Mann? Tucholsky? Karl Kraus? Und gar die jüngeren und jüngsten deutschen Schriftsteller aus Ost und West, wie sie beispielsweise Horst Bingel vor ein paar Jahren in seiner Anthologie „Zeitgedichte" versammelt hat oder wie sie in einem anderen Sammelband mit politischer Lyrik sich über die „Deutsche Teilung" äußern? Und Erich Fried mit seinen „Vietnam"-Gedichten? Und Volker Braun, Kunert, Enzensberger? Keinem von ihnen ist Feigheit, Agitation oder Heroisierung der Herrschaft vorzuwerfen, gewiß. Sie schreiben politische Gedichte. Aber von Pathos und Fanatismus sind sie weit entfernt. Auch Heine, auch Tucholsky rückten, je deutlicher sie die Ambivalenz von Literatur und Politik erkannten, desto mehr vom bloßen Bekennen, vom Moralisieren ab. Weder Ergebenheit noch Überzeugung. Gedichte, so viel wissen die Poeten heute, verhindern die Eskalation begrenzter Kriege nicht, noch sichern sie die civil rights der Farbigen. Was Gedichte tun können: die Grenze des Eindeutigen zeigen,Fragen stellen und Zweifel provozieren. Das Gedicht ist eine Sache der Sprache, des Worts. (Unserer Sprache, hier und jetzt, und damit unserer Welt.) Im Gedicht wird das Wort ernst genommen, mehr als anderswo. Und das heißt: das Wort im Gedicht, das ist das Wort am Abgrund seiner Bedeutung.

In diesem Sinne sind heute alle Gedichte von Rang politische Gedichte. Sie versagen sich dem, was der Macht lieb ist: den Ahnungen, den Ängsten, den Appellen. Sie bestehen auf ihrer Skepsis, sie vertrauen dem Widerspruch. Es ist ein schwieriger, ein schmaler Weg, den das politische Gedicht geht, da es nicht Zustimmung und Anerkennung will. Enzensberger, in seiner klugen, antiillusionären Antwort an „Peter Weiss und andere" (Kursbuch 6) sagt es so: „Es ist nicht jedermanns Sache, mit Bekenntnissen um sich zu schmeißen. Da Peter Weiß und andere mich auffordern, Farbe zu bekennen, so erwidere ich: Die diversen Seelen in ihrer und in meiner Brust sind weltpolitisch nicht von Interesse. Die Moralische Aufrüstung von links kann mir gestohlen bleiben. Ich bin kein Idealist. Bekenntnissen ziehe ich Argumente vor. Zweifel sind mir lieber als Sentiments. Revolutionäres Geschwätz ist mir verhaßt. Widerspruchsfreie Weltbilder brauche ich nicht. Im Zweifelsfall entscheidet die Wirklichkeit".

politische poesie · poesie politisch

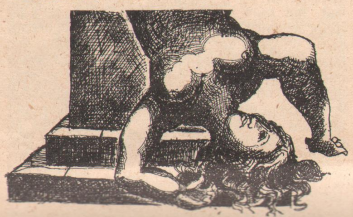
Zeit für Patrioten

Kurt Sigel

Wieder schießen die Redner ins Kraut.
Die schönen Sprüche, in Uniform und Zylinder,
feiern Auferstehung im Namen der Freiheit.
Porzellanglocken bimmeln zum heiteren
Sterben.

An Särgen ist kein Mangel.
Der Tod ist ein großer Patriot,
der schwachbeinigen Aktien das Klettern lehrt
und stillen Teilhabern das Absingen der
Nationalhymne.
Fürs Vaterland wachsen die Schädel am Mekong.
Kinder verbrennen, doch napalmsicher ist die
Ehre.

God save the war!



Ludwigsruh

Horst Bingel

Deutschland bleibt deutsch
sagt der kanzler
wir wollen wieder
in ruhe arbeiten
die auf der kante
geben nicht ruh
die suchen die ahnen
wir müssen werte haben
auf die wir bauen können
wir müssen uns wieder
auf uns selbst besinnen
Rom nimmt auch dieses mal
ein konkordat
Deutschland bleibt deutsch
das ist gut
in unseren ohren
die paar vaterlandslosen gesellen
stellen wir
zur entwicklungshilfe ab
wir haben erfahrung
wir suchen die ahnen
die auf der kante
und geben nicht ruh
die welt fängt von allein
zu zittern an
Deutschland bleibt deutsch
würdig und doch nur
poesie nix scholle
und geben nicht ruh.

Bierschwemme

Richard Salis

In dieser kneipe blökt das vieh
Brüllt ochs und bull und grunzt manch schwein
In dieser kneipe kann man nie
Nach herzenslust besoffen sein
Sie grölen wieder manchen marsch
Und jaulen ‚freddys wiederkehr'
Am stammtisch schreit's: leckt mich am arsch
Ein feiner herr sagt: bittesehr
Es braust ein stuhl mit donnerhall
Der wirt, wohl ein stratege
Fängt ab den schlag und lächelt fett
Ein weib, kurz vor dem sündenfall
Lallt: herr, befiehl mir meine wege
Und kotzt mir auf's jackett

Skizze 1966

P. G. Hübsch

der wellblechbaum ist eingegangen,
nun haben wir alles, das stimmt uns
fröhlich: wir sind wieder wer, schreibt
der zeitungs-könig, rückt seine
maske ein stückchen nach rechts und
boxt bröckchenweise die unnach-ahmliche
rückständigkeit der NOTSTANDS-gegner
aus dem LOVELY SPOONFUL reminiszenz
an eine SO CALLED freie presse. doch
zeitungsverkäufer wissen mehr:

katastrofen-kataloge an den BOULEVARD-
strand geschwemmt, schnellgroschige
käufer: es gibt wieder alles:
den massenmörder, den schlachtfeld-
experten, DAS REICH, den VÖLKISCHEN
OBSERVER; und der feind steht links
und besser wärs, er kaufte sich einen
taschen-fahrplan, goldbestickt, schaute
sich um nach der wegstrecke ins NO-
WHERE-LAND, lauschte den gegrillten
nachrichtenmeldungen, mit der sorg-
falt einer MUSIC-BOX im vollgefühl
der wetterfesten armbanduhr-zeit;

so laß dirs wohl-ergehn, du land,
‚das helden nötig hat', verpflanze
auch weiterhin national-rizopoten
in den ur-SCHLAMM deiner WELT:
holland, dein weg ist buttermilch
stinkt die losung des wildes und
lockt die feststehenden regeln des
widerstandes ins verinnerlichte
dickicht, den mund ausgelaugt, die
brillenaugen an die traditionellen
sumpf-löcher der goulasch-kanone
gepreßt, heimlich der seiden-standarte
zu-zwinkernd (SOLDIER WON'T YOU MARRY
ME?) und flugblätter verteilend:

so liebe deinen nächsten wie er sich
auf daß es dir gut-gehe und du lange
im block B reihe 17 platz einhundert-
45 dem schieri ein gut-gezieltes FOUL
ins marzipan-öhrchen schreien darfst,
auf daß wir jubelnd am tage der ein-
heit, am tage der BOMBE (WHAT A WORD
für den schönsten tod, den es je gab),
auf daß wir also jubelnd am tage der
einheit die freunde der einheitspartei
auf scheiterhaufen zusammen-pferchen,
eingedenk der zahlreichen GHETTOS
gut-bürgerlicher vergangenheit.

nachwort: und lachend schickt der liebe
gott dann seine aufgeregten heerscharen
zu verkünden das resultat: das prinzip:
MAKE THE BEST OF IT, ON THE ROCKS,
wenns
geht, und klapp das gewissen zusammen,
die nikotin-arme filterzigarette, den
un-nützen stimm-zettel, die großmütig
auf den nordpol verlegte freie meinungs-
äußerung (mit drei prozent hohn auf
jeden artikel). doch zuvor, im BEAT-
rhythmus: den un-willen in die wüste
geschickt, die zornes-röte im schweiße
des selbst-gefälligen untergangs, die
wut: quintessenz geplatzter wechsel.

Vorsorge

Maximilian Klawuttka

Gegen den Notstand hilft nur Zyankali
oder eine Friedenspolitik.
Da die Bundesregierung aber entschlossen ist,
die DDR zu begraben,
habe ich Geheimverhandlungen
mit meinem Apotheker
aufgenommen.

Die Autoren

HORST BINGEL, geb. 1933; Herausgeber der Streit-Zeit-Schrift; Erzähler: „Die Koffer des Felix Lumpach", 1962; Lyriker: „Wir suchen Hitler", 1965; u. a.

PAUL GERHARD HÜBSCH, geb. 1946; Veröffentlichungen u. a. in „akzente" und der Anthologie „Aussichten"; im Rundfunk.

MAXIMILIAN KLAWUTTKA, „arbeitet in der Verwaltung eines bekannten Waschmittelkonzerns, schreibt in der Freizeit patriotische Lieder".

RICHARD SALIS, geb. 1931; „Lyrik für Eingeweihte", 1956; „Striche durch deine Existenz", 1957; Reutlingen.

KURT SIGEL, geb. 1931; „Traum und Speise", 1958; „sperrzonen", 1960; „Flammen und Gelächter", 1965.

Strategie & Revisionismus

Ein Interview mit dem Landesvorsitzenden der SPD Schleswig - Holsteins, Joachim Steffen

Revisionismus & Strategie

Interviewer: Volker Sauer

Herr STEFFEN, kann mit dem Ergebnis des SPD-Revisionismus, also mit dem Godesberger Programm, auch eine andere Politik gemacht werden als die der gegenwärtigen Führung der SPD?

Mit dem Godesberger Programm ist wirklich ein Selbstverständigungsprozeß der SPD abgeschlossen worden, der gut und notwendig war. Das Programm hat den großen Vorteil, die Tür nach hinten zugeschlagen zu haben und jetzt eine große Plattform zu sein, von der aus man beliebig viele Türen nach vorne öffnen kann. Die sehr allgemein gehaltenen Formulierungen mit den automatisch sich ergebenden Unklarheiten bergen eine Unzahl von Entwicklungsmöglichkeiten. Der Revisionismus hat dazu beigetragen, unsere Politik auf den Teppich zu stellen.

Glauben Sie, daß die SPD überhaupt noch ein Programm braucht?

Die SPD muß ein Bild von der Gesellschaft entwerfen, die sie formen will. Und zwar nicht aus Spaß an der Ideologie, sondern als Orientierungsmöglichkeit für den einfachen Menschen, der nicht die Muße oder die Fähigkeit zu ausgedehnter Reflektion hat, die Masse der Wähler ist das. Denn wenn der Mensch nicht zum Spielball der Demagogie gemacht werden soll, braucht er diese Orientierungshilfen. Junge Wissenschaftler, die zunächst nur Einzelprogramme für bestimmte Sachgebiete für notwendig hielten, sind durch ihre praktische Kleinarbeit in der SPD, durch den Umgang mit dem einfachen Parteibürger dazu gekommen, ein Gesamtprogramm zu fordern.

Im Godesberger Programm fehlt eine intensive Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie selbst, Herr STEFFEN, forderten eine solche eingehende Analyse der Herrschaftsstrukturen in der Bundesrepublik. Wird eine solche Analyse erstellt werden?

Unser Resolutionsvorschlag zu Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Parteitag in Dortmund versuchte anzudeuten, wie eine sozialdemokratische Analyse der Machtverhältnisse aussehen sollte. Der Resolutionsentwurf wurde an den Parteivorstand überwiesen, ein Staatsbegräbnis erster Klasse. Dennoch wird diese Sache in der Diskussion bleiben, denn wir müssen die Gesellschaft analysieren, bevor wir sie zu ändern versuchen. Und wenn die wirtschaftlichen Restriktionen zunehmen, wenn es vielleicht nichts mehr zu verteilen gibt, dann wird diese Analyse, das Bild von der Gesellschaft immer dringlicher.

Offiziell gibt es in der SPD keine Diskussion über das Godesberger Programm; jeder Kritiker der Parteiführung, auch Harry Ristock, versichert eifrig, die Plattform des Programms nicht zu verlassen. Ist nicht jeder, der es vielleicht auf grund der fehlenden Analyse und des allgemeinen, Marx verleugnenden Tons wegen für ungenügend hält, vom Ausschluß bedroht?

Was soll man sich über gelegte Eier streiten, es geht jetzt darum: was kann aus dem Programm gemacht werden. — Natürlich darf jeder Vorschläge machen, wie ein Programm geändert oder ergänzt werden sollte. Wenn er es aber ganz ablehnt und öffentlich gegen dieses Grundsatz-Programm wettert und zetert, das letzten Endes die gesamte Partei akzeptiert hat, so sollte er eigentlich selbst die Konsequenzen ziehen. Dann muß man eine neue Partei gründen.

Besteht nicht die Gefahr, daß man sich mit dem erzwungenen oder freiwilligen Ausschluß der nicht Linientreuen vieler guter Köpfe beraubt? So wurde im Jahre 1960 ein Beschluß über die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im SDS und in der SPD gefaßt; wenig später wurde der Beschluß auf die Fördergemeinschaft des SDS, deren Mitglieder hauptsächlich Professoren sind ausgedehnt. Die SDS-Zeitung „Neue Kritik" aber bringt bestimmt interessante Dinge.

Mit der „Neuen Kritik" wird eine politische Onanie betrieben, es fehlt doch der Rückhall. Aber sicherlich bedeutete der Unvereinbarkeitsbeschluß eine Amputation einer der intellektuellen Quellen der SPD. Jedoch allen westlichen Parteien fehlt eine Gruppe, wie sie dem jugoslawischen Bund der Kommunisten im Nacken sitzt. Zu der Leute wie die um die „Praxis" gehören, die nüchtern die Vor- und Nachteile der östlichen und der westlichen Wirtschaftssysteme abwägen und die Parteioberen vor die Entscheidung stellen. Wir brauchen solche unbequemen Leute, eine Gruppe, die gefördert werden muß, wenn sie ihre Meinung zu artikulieren versteht. Diese Meinung braucht nicht unmittelbar praktisch verwertbar zu sein, wie es der parlamentarische Alltag vielleicht fordert, es müssen Leute sein, die fragen: und wie soll das in zehn Jahren aussehen?

Heißt das, daß die SPD den Unvereinbarkeitsbeschluß wieder aufheben sollte? Nicht nur der SDS bereitete der SPD Kopfzerbrechen, der SHB hat gerade in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie der Parteiführung eine Nuß zu knacken gegeben und es hat Querelen gegeben.

Der SHB ist an dem Punkt angelangt, an dem der SDS ausgeschlossen wurde. Wir denken heute aber ruhiger: erledigt man eine Frage wirklich durch den Ausschluß der Fragenden? Der Grund der Frage, das Oder-Neiße-Problem bleibt doch. — Der Unvereinbarkeitsbeschluß wird nicht aufgehoben werden, aber wir sollten ihn neutralisieren, indem wir ein neues Verhältnis zu den Studenten suchen. Wir werden uns fragen müssen: wie können diese Leute nutzbar gemacht werden? Und wir werden die Studenten vor die Frage der effektiven Technik stellen: kommt doch aus Eurem Elfenbeinturm heraus und arbeitet stattdessen mit in diesem oder jenem Arbeitskreis oder macht für uns eine Analyse dieses oder jenes Problems.

Teilen Sie den Pessimismus Ulrich Lohmars und verschiedener Soziologen, die meinen, daß sich eine olligarchische Struktur der Parteien kaum vermeiden läßt?

Was heißt Pessimismus? Die Vorstellung von der Gleichheit der Chancen, auf politische Entscheidungen einwirken zu können, ist eine Utopie; die olligarchische Struktur ist funktional gegeben — es geht vielmehr um die Frage der Zirkulation. Die Einflußmöglichkeit bei Entscheidungen über Personen scheint mir durch die Praxis gegeben; ungelöst ist das Problem bei schwerwiegenden politischen Entscheidungen. Dort haben Einzelne oder die eigentlichen Führungsgruppen immer die Vorentscheidung in der Hand.

Was wird getan, um die Mitglieder der SPD sozialdemokratisch zu formen?

Grafik: Bernhard Praesent

Es genügt nicht, wenn die Intellektuellen Programme ausarbeiten; ihr Inhalt muß in das Bewußtsein auch der einfachen Parteimitglieder getragen werden, das Programm muß begriffen werden. Wir wollen in Schleswig-Holstein eine ausführliche Analyse zu Wirtschaft und Gesellschaft in die Diskussion bringen, also eine ähnliche Sache wie der Antrag A 13, der auf dem Dortmunder Parteitag nicht angenommen wurde. Bestimmt wäre das eine Möglichkeit, die Diskussion, auch auf den unteren Ebenen der Partei, neu zu beleben. - Aber im kommenden April haben wir die Wahlen zum Landtag, so daß die Aktiven anderweitig gebunden sind; sie müssen zum Beispiel Hausbesuche machen.

Es gibt also Aktive und Inaktive. Der SPD geht es wie den Kirchen: die meisten Leute zahlen nur. In den Distrikten kommen vielleicht 10 Prozent der Mitglieder zu den Versammlungen. Sind Sie auch der Meinung, daß der politische Quietismus eine Folge der Entideologisierung der Parteien ist?

Ich glaube nicht, daß das eine Folge der Entideologisierung ist. Wir vergleichen die rezente Sozialdemokratie immer mit der Partei vor dem Ersten Weltkrieg. Die SPD war damals mehr als nur eine Partei, sie war ein Teil des Lebens, in ihr lernte man manchmal erst Rechnen, Schreiben und Lesen, die Partei gab das Bild von der Gesellschaft, grobe Handwerkzeuge zur Analyse der Wirklichkeit und eine quasireligiöse soziale Erlösungslehre. Wenn jetzt davon die Qualität des Religiösen abgezogen wird, dann können Volkshochschulen, Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen bequem die alten Parteifunktionen ersetzen. Darum haben unsere Parteiversammlungen meistens eine Mischung zwischen einer großen Gruppe von Menschen, die vom politischen Selbstverständnis her in die Zeit des Kaiserreiches gehören, und jungen Aktivisten, die Interesse an unmittelbarer politischer Gestaltung haben. — Man kann den Zustand nur verändern, indem man mit den Menschen, sofern sie keine Spezialisten sind, über die Strategie redet und nicht über die vielen taktischen Maßnahmen, in die die Strategie zerfällt. Das setzt natürlich voraus, daß man eine Strategie hat, wie zum Beispiel in der deutschen Frage. Die schönen parlamentarischen Formeln vom „qualitativen Nebeneinanderleben" müssen übersetzt werden, erläutert werden: was heißt das alles überhaupt? Das ist ein fortwährender Prozeß, eine dauernde — wenn auch noch nicht bewältigte — Aufgabe der Führung, politische Globalformeln in konkrete Tatbestände aufzulösen, für politische Tatbestände eine Strategie zu entwickeln.

politische bücher

Justizaktion

Richard Schmid: Einwände - Kritik an Gesetzen und Gerichten; Henry Goverts Verlag, Stuttgart 1965; 270 S., Paperback DM 14,80.

Jedes Gesetz und jedes Urteil enthält, gemessen an der vorstellbaren Gerechtigkeit, ein Maß an Unrecht, das verringert werden muß. Oft bleibt ein Urteilsspruch noch hinter dem Rechtsmaß der Gesetze zurück, so daß sich das Unrecht verdoppelt. Und schließlich: „. . . wenn Menschen über Menschen richten dürfen, so sollten sie sich stets der Grenzen ihres Erkenntnisvermögens eingedenk sein." (Karl Kraus). Diese Erkenntnis und tägliche Erfahrungen mit einer Rechtssprechung, die am Buchstaben klebend den Geist der Gesetze verbiegt, gebieten Kritik an der Justiz, um Praxis und Voraussetzungen der Rechtsfindung zu verbessern.

Die Ansicht, Kritik an der Justiz oder — spezieller und mit einem Wort aus der Vorstellungswelt des Obrigkeitsstaates, der auch diese Ansicht entstammt — „Urteilsschelte" gefährde die Rechtssicherheit, ist so verbreitet wie das Gegenteil wahr ist. „Nichts hat mir meine Erfahrung sicherer und deutlicher gezeigt, als den illusionären Charakter der Rechtssicherheit und die Berechenbarkeit richterlicher Entscheidungen", schreibt Schmid, der als Rechtsanwalt, Generalstaatsanwalt und (bis 1964) Oberlandesgerichtspräsident in Stuttgart genügend Erfahrungen sammeln konnte, so daß seine EINWÄNDE — KRITIK AN GESETZEN UND GERICHTEN durchaus als Raisonnement im alten Sinne, nämlich als vernünftige Beurteilung eines Kenners gelten dürfen.

„Wichtig erscheint mir, dem Menschen in Fragen des Rechts und der Ethik zur Anwendung seiner eigenen Vernunft Mut zu machen und ihn zu warnen, sich von angeblichen Vorstellungen und Meinungen anderer Epochen imponieren und leiten zu lassen." Schmid macht es — man verzeihe den Vergleich — in seinem Buch wie jenes Kind im Märchen von des Kaisers Kleidern und nennt Unsinn Unsinn und Verfassungsbruch Verfassungsbruch, auch wenn sie in hochtrabendem Fachjargon kodifiziert oder von einem Bundesgericht legalisiert worden sind.

Unter den Sammeltiteln „Politische Justiz heute", „Allgemeine Straf- und sonstige Justiz", „Grundrechte" und „Kritisches zur Zeitgeschichte" sind hier 32 Glossen, Aufsätze, Vorträge und Rezensionen unverändert nachgedruckt worden, die von 1951 bis 1965 zumeist in der ZEIT publiziert wurden. Leider fehlen genaue Drucknachweise ebenso wie die Hinweise auf den Fortgang der Diskussionen, die von jenen Artikeln ausgelöst wurden oder zu denen sie einen Beitrag lieferten; gerade der Laie hätte in abschließenden Noten gerne erfahren, wie weit manche konkreten Vorschläge Schmids — er steht für ähnliche Gedanken anderer liberaler Juristen — inzwischen verwirklicht worden sind; oder ob seine Befürchtungen, daß die restaurative Tendenz der Justiz in der Bundesrepublik sich in rückschrittlichen Gesetzreformen und der Verwässerung der Grundrechte zugunsten der Staatsautorität niedergeschlagen habe, in den Tatsachen Bestätigung fanden. Leider wurde die Chance nicht genützt, durch solche den Diskussionsstand und die Wirkung fundierter Kritik referierenden Hinweise dem Leser zu zeigen, wo der Mut zum Gebrauch der Vernunft, den Schmid ihm macht, Erfolg hatte und wo selbst die plausibelsten Gedanken vor der Dummheit eingefahrener Vorurteile oder der Macht von Gruppeninteressen ihren Geist aufgeben mußten. Schmids Aufsätze sind Lehrstücke über Gegenstände der Justiz, die uns alle angehen, sind im besten Sinne Erwachsenenbildung; der Verlag hätte diesen pädagogischen Weg durch einige Kurzdarstellungen (siehe oben) etwas verbreitern und verlängern können.

Die einzelnen Arbeiten gehen stets von ‚Fällen' aus und entwickeln sowohl Kriterien für die Entscheidung dieser Fälle als auch — und das bestätigt, wie sehr Schmid in der Tradition einer undogmatischen Aufklärung steht — allgemeine Grundsätze und rechtsphilosophische Gedanken, die jenen Kriterien zugrunde liegen. Manche Stücke lassen erkennen, daß Schmid in Sprache und Gedanken die kritischen Intentionen der frühen ‚Justiz'-Aufsätze von Karl Kraus aufgenommen hat.

Von dem bedeutenden amerikanischen Juristen Holmes, der mit seinen dissents (von der Mehrheitsentscheidung des Bundesgerichts abweichende Ansicht) oft den Anstoß für fortschrittliche Rechtsentwicklung in späteren Jahren gab, schreibt Schmid: „Obwohl er ein sehr gelehrter Jurist war, sind die von ihm geschriebenen . . . Arbeiten bemerkenswert nicht so sehr durch juristischen Scharfsinn, Gelehrsamkeit und Brillanz, sondern vor allem durch die Mühe, sich davon frei zu machen. Man erkennt den ständig wachen Zweifel und das Bedürfnis, sich von Zeitströmungen, den geltenden und geläufigen Meinungen auf juristischem, politischem oder staatsrechtlichem Gebiet zu lösen und wirkliche Unabhängigkeit zu gewinnen. Dies ist weniger durch Kenntnis der Judikatur als durch Selbsterkenntnis . . . gegenüber den herrschenden Auffassungen zu erreichen; auch die Geschichte läßt uns die Zufälligkeit und Wandelbarkeit der rechtlichen Formen erkennen." Diese Sätze gelten auch für ihren Autor.

M. M.

Braunbuch

Ernst Loewy: Literatur unterm Hakenkreuz. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., 1966, 368 S., DM 25,—.

Angesichts der Barbarei, die im deutschen Faschismus ganz auf der Höhe der technischen Errungenschaften organisiert ward, erscheint die Entwicklung des politischen Bewußtseins, jene Barbarei zu bewältigen, als ein Regreß in die Resignation. Es blieben die Indifferenz der Enttäuschung und die Hoffnungslosigkeit des Bewußtseins, über die eigene Vergangenheit hinaus eine Zukunft zu haben und zu Politik überhaupt sich zu entschließen, an welcher die kritische Ermutigung ebenso abprallt wie an der fassungslosen moralischen Erschütterung angesichts der Konzentrationslager. Daß diese Indifferenz nicht Immunität bedeutet, ist die erschreckende Einsicht, die immer wieder zur Faschismuskritik nötigt. Es ist im Grunde dieselbe Gleichgültigkeit, die auf den Straßen 1934 dem Boykott jüdischer Geschäfte und den Bücherverbrennungen zusah: weil das Bewußtsein dieses schlimmsten Voyeurtums überhaupt nicht mehr realisierte, was da geschah, bar jeglicher Empfindung für das, was diese ungeheuerlichen Vorfälle bedeuteten, konnte es schließlich „umkippen" und allen Gemeinheiten stattgeben.

Das Stumme dieser Willfährigkeit muß zum Sprechen gebracht werden, bevor es dreinschlägt. Es scheint die einzige Chance der Faschismuskritik zu sein, das Denken aus der faszinativen Konfrontation mit dem Terror zu befreien, durch Rekurs auf die eigene Sprache. Dieser an Karl Kraus geschulten Einsicht folgt die Dokumentation Ernst Loewys. Was hier an repräsentativen Texten der Nazi-literatur erstmalig gesammelt dem Publikum vor Augen geführt wird (was es in kleinen Dosen, demokratisch verpackt, noch immer goutiert): von der Heidedichtung eines Hermann Löns bis zum Führergedicht eines Anackers; von Benn, Ernst Jünger, Carossa, Ina Seidel bis hinab zu Hanns Johst, Gerhard Schumann und Konsorten, stellt die peinlichste Prüfung der deutschen Sprache und der politischen Sensibilität für den heutigen Leser dar. Es ist unmöglich, für die eigenen Sprachgewohnheiten eine Entschuldigung zu finden; es ist unmöglich, den Lärm der Greuel, der darin widerhallt, etwa zu überhören. Die sprachliche Erfahrung an diesen Texten besteht darin, daß in der harmlosen Geschmacklosigkeit neuromantischer Idylle, wie sie in unseren Lesebüchern fröhliche Urständ feiern, das ganze Unheil ebenso beschlossen liegt wie in der verratenen Solidarität einer Gemeinschaftslyrik, in welcher hymnisch, durch die Gewalt magischer Fetische (Fahnen, Orden, Uniformen, Glocken) vereint, Herr und Knecht von „dem Einen" geweiht sind, das not tut. Die politische Sensibilität, die aus dieser Erfahrung resultieren mag, rät Loewy mit größtem Recht jedem Schulunterricht an.

Loewy benennt mit „Nazi-Literatur" keineswegs nur die reine Propaganda- und Akklamationsliteratur nationalsozialistischer Schriftsteller, sondern die faschistische und faschistoide Literatur von Anfang der zwanziger Jahre bis auf den heutigen Tag; die Behauptung derjenigen, das Nazischrifttum sei ein Ausnahmefall der deutschen Literaturgeschichte, dokumentiert er als die Politik derer, die in ihren Büchern auch die Emigrantenliteratur zu einer solchen Ausnahmeerscheinung erklären, sowie derer, bei denen sie hierzu politische Schützenhilfe erhalten. Alle Nazi-Schriftsteller haben nach 1945 wieder ihre Verleger gefunden, und viele haben Preise erhalten! Loewy führt eine ganze Reihe von Beispielen an, und in einem Anhang von dreißig Seiten findet man die Kurzbiographien und Bibliographien aller erwähnten Autoren, damit jeder weiß, mit wem er es zu tun hat.

Doch beansprucht dieses Buch, mehr zu bieten als eine chronique scandaleuse. Die Einleitung versucht, eine Analyse der literaturgeschichtlichen und soziologischen Wurzeln der faschistischen Literatur zu geben; hier macht sich Loewy die Aufgabe vielleicht etwas zu leicht, gemessen an der Arbeit seiner Gewährsmänner, die er an den entscheidenden Stellen zitiert. Seine Kritik an der Philologie bleibt abstrakt, wenn seine Analyse sich nicht auch ihrer Methoden bedient; z. B. in der Interpretation der Arbeiterdichtung oder in der Aufschlüsselung solcher Begriffe wie „Neuromantik" und „innere Emigration". Die Entstellung der Sprache in der heutigen Literatur rührt ja primär nicht von den alten Nazi-Dichtern, sondern von den alten Motiven und ihrer sprachlichen Ausstattung her, nach denen Loewy mit genauem Gespür die Texte gruppiert und kommentiert

Die eigentliche Schwierigkeit dieses Buches liegt denn auch in seinem literatursoziologischen Anspruch, der in der Frage steckt, warum von den deutschen Schriftstellern die einen in die Emigration gingen und die anderen nicht. Literatur im Faschismus spitzt das Problem der sozialen Determination künstlerischer Gebilde entscheidend zu; hier stehen jene Relationen „bourgeoiser", „kleinbürgerlicher", „realistischer" Dichter, mit denen Lukács so naiv verfährt, auf des Messers Schneide. *Warum* hat der Faschismus kein Kunstwerk von Rang hervorgebracht? Loewy spürt das Problem; er stellt sich zur Aufgabe, zweit- und drittrangige Literatur zu untersuchen: signifikanter für die Literaturgeschichte als die herkömmliche Philologie der „Meisterwerke", die mit der gesellschaftlichen Vermittlung auch den Faschismus eliminieren muß. Bestimmt der Rang des Werks den Grad dieses „Engagements" — oder bestimmt die kritisch engagierte Intention den Rang, oder auch nur die Immunität gegen Faschismus? Liegt nicht gerade im Begriff des Faschismus die Totalität der „Soziologisierung" der Literatur, welche die Legitimität der literatursoziologischen Kritik liefert? Loewy rechtfertigt die theoretische Enthaltsamkeit seiner Dokumentation, die möglicherweise nur verlagstechnisch erzwungen war, mit dem Wort von Karl Kraus, daß zu Hitler ihm nichts mehr einfalle. Hingegen drängt seine überaus verdienstvolle Arbeit selbst zur Darstellung der Vermittlung von Faschismus und Literatur auf höherer Stufe, nicht zuletzt, um der Hilflosigkeit der Sprache angesichts ihrer kompakten faschistischen Determinanten Modelle der Selbstreflexion an die Hand zu geben, vermittels welcher sie den Bann des Schreckens, der noch seine Promoter beherrscht, zu brechen vermöchte.

Niels Sewig

●

In der nächsten Ausgabe rezensieren wir u. a.:
FANON: Die Verdammten dieser Erde
ZIEGLER: Neuere politische Soziologie Afrikas
NIEKISCH: Politische Schriften

Reimar Lenz:

Kursbuch — Wohin geht die Reise?

Was geschieht, wenn ein großer Verlag, der ökonomisch an Konkurrenzmechanismen gebunden bleibt, programmatisch die Marktgesetze angreift? Wenn ein kapitalistisches Unternehmen durch seine intellektuelle Geschäftsleitung den Kapitalismus bekämpfen läßt? Es muß zu Widersprüchen kommen. Mit der einen Hand verkauft man bei Suhrkamp die Propheten des aufgeklärten Marxismus; mit der anderen kurbelt man den irrationalen Literaturbetrieb an. Verlagsanzeigen, die millionenfache Verbreitung finden, machen aufmerksam auf „neue Namen", neue Kassenschlager; im Moment ist es der junge Prosa-Monteur Peter Handke, den der Verlag präsentiert, als handele es sich um einen neuen Kafka.

Aufklärung als Verlagsdevise eines Konzerns, der intellektuelle Markenartikel kreieren muß, will er wettbewerbsfähig bleiben, steht immer in Gefahr, zu Ideologie zu entarten. Dabei ist breitenwirksame Aufklärung heute nötiger denn je. Gleichzeitig aber ist sie schwieriger denn je. Denn eine Kultur, die zum Beispiel Atombombe und BILD-Zeitung im Wappen trägt, verkörpert so sehr objektiven Ungeist, daß sich für den Rationalisten zunächst die Aufgabe stellt, die Ursachen der eigenen Ohnmacht zu erkennen. Ein dogmatischer Rationalismus ist dazu nicht in der Lage.

Hans Magnus Enzensberger, der schon einfach kraft seiner luziden Intelligenz in Gefahr steht, die Bedeutung des Irrationalen zu gering einzuschätzen, die Welt für so klar wie seine Begriffe zu halten, ist Herausgeber der Zeitschrift des Suhrkamp-Verlags, des KURSBUCH.

Als Enzensberger in einer SPIEGEL-Rezension allzu schnell mit dem genialen Irrationalisten Benn fertig wurde, mußte man fürchten, Enzensberger sei Parteigänger eines platten Rationalismus geworden.

Welchen Kurs würde angesichts dieser Konstellation das KURSBUCH halten, fragte ich mich, als die Zeitschrift herauskam. Würde es einem Zeitgeist, der sich ohnehin für nüchtern hält, Rationalismus auf verkaufsgängige Weise als Heilslehre predigen?

Diese Befürchtungen erwiesen sich als unbegründet. Die KURSBÜCHER sind durchaus zu empfehlen als Lektüre für Nicht-Dogmatiker. Keine „weltanschauliche" Position hindert Enzensberger daran, intellektuelle Entdeckungen zu machen. Die Vieldimensionalität des Wirklichen wird nicht ideologisch verkürzt in den Beiträgen dieser Zeitschrift. Daß im KURSBUCH Autoren schreiben, welche die Position der Vernunft nicht absolut setzen, sondern auf ihre Bedingtheit hin untersuchen, zeigte sich bereits im Aufsatz von Karl Markus Michel „Die sprachlose Intelligenz". Dieser (mit Lesefrüchten etwas überladene) Groß-Essay stellt nichts Geringeres dar als eine umfassende Selbstkritik der Intellektuellen, einen Protest gegen die literatenhafte Überschätzung des Nur-Sprachlichen, der bloß-verbalen Kritik. Michel ist sich des Problems bewußt, das wir eingangs andeuteten: wenn er schreibt, daß die bürgerliche Intelligenz „Waren erzeugt, die auf dem Markt gehandelt werden und gleichwohl markttranszendent sein sollen."

Im Mittelpunkt jeder KURSBUCH-Ausgabe steht ein Thema, um das die Beiträge locker gruppiert sind. Ausgabe 2 ist den Problemen der „Dritten Welt" gewidmet (schon die Fragestellung relativiert den kalten Krieg); Höhepunkt dieses Heftes ist der Beitrag von Enzensberger. („Die Linie des neuen Klassenkampfes trennt arme von reichen Kommunisten, arme Neutrale von reichen Neutralen, arme von reichen Gliedern der ‚freien Welt'".)

Heft 3 bringt psychiatrische Dokumente, untermischt mit politischen, und wirft auf diese Weise die Frage nach der Macht des Wahns in der Gesellschaft auf, — ohne zu Diagnosen zu kommen. Ein künftiges Heft sollte diese Fragestellung vertiefen.

Heft 4 enthält den glasklaren „Katechismus zur deutschen Frage", der inzwischen bekannt wurde, bei Bundestagsabgeordneten leider noch nicht bekannt genug.

Heft 5 ist hauptsächlich der Linguistik gewidmet, und der Aufsatz von Manfred Bierwisch darf als hervorragende Einleitung in das gesamte Forschungsgebiet gelten. Im selben Heft ist ein sprachkritischer Traktat eines Amerikaners aus dem Jahre 1828 abgedruckt, wahrlich ein sensationeller Fund, handelt es sich doch um einen verfrühten kompletten Anti-Wittgenstein, eine Gedankenführung nämlich, die beweist, daß, — zeitlich und dem erkenntnistheoretischen Gewicht nach —, vor der Sprache die Wahrnehmung kommt.

Die im KURSBUCH veröffentlichte Lyrik ist trotz der verschiedenen nationalen Herkunft ihrer Autoren erstaunlich einheitlich im Denk- und Sprachstil: in weiträumigen intellektuellen Montagen versuchen die Autoren, jenes globale Bewußtsein zu fixieren, das die „Gebiete" der Kultursektoren, Weltanschauungen, Nationen überspringt, — ebenso wie es der Herausgeber mit seiner Zeitschrift tut. Ein KURSBUCH ist zur selektiven Benutzung da; d. h. man braucht nicht in alle Züge einzusteigen. Hauptsache, es ist verläßlich abgefaßt, und die Züge, die man benutzt, bringen einen von der Stelle.

Das ist diesem KURSBUCH zu attestieren.

Mit dieser Zeitschrift hat Enzensberger ein wirksames Publikationsmittel in die Hand bekommen, das seinen großen Fähigkeiten entspricht; und mit dem Herausgeber verfügt der Suhrkamp-Verlag über einen Aufklärer, der dafür garantiert, daß der Zug der Ideen nicht ideologisch eingleisig fährt.

Man darf gespannt sein, wohin die Reise weiter geht. Der Zielbahnhof ist noch nicht zu benennen; denn Aufklärung ist ein unabschließbarer Prozeß, kein Dogma.

Buchhandlung für Universitätswissenschaften

Peter Naacher

Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Demmig-Bücher

Vom Zählen bis zur Gleichung 1. Grades	DM 7,80	Differentialrechnung	DM 11,50
Von Proportionen bis zur Gleichung 2. Gr.	DM 9,60	Integralrechnung	DM 5,80
Vom Punktbis zum Kreis	DM 6,50	Differentialgleichungen	DM 4,30
Von Koordinaten b. z. Funktionsgleichung	DM 8,50	Statik starrer Körper	DM 11,50
Gleichungen der Geraden	DM 6,50	Festigkeitslehre	DM 11,50
Gleichungen von Kreis, Ellipse, Hyperbel und Parabel	DM 8,50	Dynamik des Massenpunktes	DM 7,50
Arithmethik und Algebra	DM 6,00	Dynamik des Massenkörpers	DM 5,00
		Einführung in die Vektorenrechnung	DM 3,00

vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellungsart
Zu beziehen durch jede Buchhandlung

DEMMIG VERLAG KOM. GES. · 61 DARMSTADT-EBERSTADT

HEINZ GROSSMANN

Sozialistischer Partei-Ersatz oder radikaldemokratisches Zentrum?

2. Exempel für die Malaise der politischen Studenten: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund

Das Dilemma der politischen Studenten in unserer unpolitischen Gesellschaft ist das Thema einer DISKUS-Serie, die wir in Nummer 3/1966 mit einem Bericht über den Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD) begannen. In dieser Ausgabe setzen wir unsere Reihe mit einer Analyse des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) fort. Kein anderer politischer Studentenverband löst so viele Mißverständnisse aus: Von ängstlichen Bürgern wird er als staatsgefährdend und kommunistisch unterwandert verteufelt; alte Genossen, die von der Nachkriegspolitik der SPD enttäuscht sind, himmeln den SDS als letzten Hort des wahren und reinen Sozialismus an. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund ist in Wahrheit weder das eine noch andere. Das Zerwürfnis mit der SPD hat ihn zur Unabhängigkeit verurteilt. Einer Unabhängigkeit, die der SDS bis heute nur in politische Narrenfreiheit umzumünzen verstand. Den Ursachen von Isolation und Wirkungslosigkeit des SDS versucht Heinz Grossmann nachzuspüren.

Zu später Nachtstunde beugten sich die 56 Delegierten der SDS-Hochschulgruppen im Festsaal des Frankfurter Studentenhauses über ihre Papiere. Seit mehreren Tagen (und Nächten) lief die 21. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS mit einer Routine und einem Arbeitspensum ab, daß nur noch die dieserart berüchtigten Mitgliederversammlungen des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) als Vergleich herangezogen werden könnten. Nur waren die Delegierten des SDS im Durchschnitt jünger und ihre politischen Debatten erbitterter und weniger „parlamentarisch" geschliffen als beim VDS. Jetzt diktierte der Marburger Delegierte Steinhaus Änderungsvorschläge zum Berliner Initiativantrag „Kulturrevolution in der VR China": „Besonderes Gewicht ist (bei der SDS-Aufklärungsarbeit) auf den Kampf gegen die Beschwörung der‚gelben Gefahr' und des ‚asiatischen Kommunismus' zu legen, eine neue Form des Antikommunismus, die die Funktion hat, die gewaltsame Unterdrückung der revolutionären Bewegungen in der ‚Dritten Welt' zu legitimieren . . ." In veränderter Form wurde der Antrag „Kulturrevolution" mit überwiegender Mehrheit angenommen. Danach applaudierte die Delegiertenmehrheit fast stürmisch ihrer Entschlußkraft.

Die „Sensation" der 21. o. DK des SDS war geboren. Mit ihrem Beschluß über die Kulturrevolution in der Volksrepublik China hatte die Delegiertenkonferenz wirkungsvoll unterstrichen, daß der SDS hierzulande für keinen politischen Interessenten zu vereinnahmen ist.

Mythos SDS oder die Gefährdung der Ordnung

Zum Ende des Sommersemesters 1966 drängte es den Baron Guttenberg, öffentlich vor dem ‚gefährlichen" SDS zu warnen. Der CSU-Politiker wies auf die Zusammenhänge des SDS mit angeblich marxistischen Lehrmeinungen an bestimmten sozialwissenschaftlichen Lehrstühlen (so in Berlin, Frankfurt und Marburg) und auf die Führungsposition des SDS unter den politisch einflußreichen oppositionellen Studentenverbänden hin. Den Thesen Guttenbergs, so „eingeweiht" sie sich gaben, mangelt es an Realitätsbezug. Der SDS sollte etwa an der Technischen Hochschule Hannover von marxistischer Lehre gestärkt werden, wo es nicht einmal eine kontinuierliche Gruppe des SDS gab. Der im Schlepptau des SDS segelnde Liberale Studentenbund (LSD) schließlich sollte maßgeblichen Einfluß auf die FDP besitzen, auf jene Bundespartei also, die längst den nationalistischen FDS mitfinanziert und den LSD im Wettstreit mit der SPD auf einen Bruchteil seiner früheren Stärke zerrieben hat. Freilich bewirken Einzelwiderlegungen wenig, wenn das Tableau allgegenwärtiger roter Verschwörung entworfen wird. Das mußten in den vergangenen Jahren schon jene Vorstandsmitglieder des SDS erfahren, die wegen der Vorwürfe „Kommunistischer Unterwanderung" erfolgreich die Gerichte bemühten. Urteile vermochten das Vorurteil nicht zu schwächen, daß der sozialistische Studentenverband irgendwie in dunkle Machenschaften verstrickt und auf geheime Weise gesteuert sei.

SPD und SDS

Nach seiner Gründung durch die SPD 1946 firmierte der SDS als **sozialistisch,** ohne den darin beschlossenen Anspruch einzulösen. Mit sozialistischer Kontinuität war eben in Deutschland gründlich aufgeräumt worden. Erst die beschleunigte restaurative Entwicklung in Westdeutschland führte zu Anfängen kritischer Selbstverständigung im SDS. Studenten erkannten den Widerspruch zwischen der Rolle der SPD im Kalten Krieg samt ihrem tabuisierten Antikommunismus und andererseits den Forderungen nach deutscher Wiedervereinigung. Sie suchten die politische Diskussion mit der DDR auf studentischer Ebene. Daher war das Verhältnis von SPD und SDS schon Mitte der fünfziger Jahre konfliktbeladen: Der Studentenverband mußte durch harte Maßnahmen auf der antikommunistischen Linie der Partei gehalten und an eignen Initiativen gehindert werden. Doch in der Hochschulpolitik war dem SDS eine von der SPD anerkannte Initiative belassen (Denkschrift 1957: „Hochschule in der modernen Gesellschaft" mit Forderung nach Studienhonorar). Ein SPD-Parteitag unterstützte noch 1954 den Widerstand des SDS gegen das im Zuge gesellschaftlicher Restauration erstarkende Korporationswesen; die Zugehörigkeit zu schlagenden Verbindungen wurde mit der SPD-Mitgliedschaft als „unvereinbar" erklärt. Für die Parteipraxis freilich blieb diese Erklärung folgenlos, anders als der zweite gegen sozialistische Studenten gerichtete Unvereinbarkeitsbeschluß von 1961.

Zwischen diesen Unvereinbarkeitsbeschlüssen der SPD entwickeln sich SPD und SDS unverkennbar gegenläufig. Der fortschreitende Anpassungsprozeß der SPD und die anwachsende kritische Diskussion im SDS bewirkten, was die Regierungsbürokratie in den fünfziger Jahren durch „belastende" Enthüllungen über den SDS nicht geschafft hatte: eine zunehmende Distanzierung der SPD vom SDS.

Nibelungentreue der „Heißsporne"

Ab 1958 wurde der SDS in der allgemeinen politischen Auseinandersetzung auf fast unerklärbare Weise überschätzt. Versuche des SDS, dem Anpassungsprozeß der SPD entgegenzuwirken und damit die gesellschaftliche Demokratisierung zu fördern, verstrickten ihn in innerparteiliche Auseinandersetzungen. Als dezentral organisierter Studentenverband war er dabei überfordert. So benutzte etwa die kommunistische Propaganda jener Phase Äußerungen aus dem SDS, um die klassische These von einer revisionistischen Führung über einer revolutionären Mitgliedschaft in der SPD zu belegen. Ähnlich suchten die durch eine vehemente „Umarmungstaktik" überraschten Konkurrenten der SPD den SDS zu benutzen: Mit einzelnen Äußerungen konnte den irritierten Wählern von CDU und FDP eingeredet werden, daß in der SPD doch alles beim alten sei.

Nach verbreiteten Vorstellungen vom jugendlich-ungestümen SDS, der von „realpolitischer" Rücksicht frei sei, müßten sich heftige Angriffe des SDS auf die SPD nachweisen lassen. Damit ist es im Trennungsprozeß von SPD und SDS nicht weit her wenn man die Dokumente zum Verhältnis von Studentenverband und Partei heranzieht. Im Mai 1960 hatte sich die bestimmende Gruppierung in der SPD einen rechts-sozialdemokratischen Studentenverband geschaffen (den SHB) und zugleich ungehemmte Diffamierungen der im SDS verbleibenden Mitglieder (insbesondere der SPD-Mitglieder) eingeleitet. Dennoch dokumentierte der SDS in allen Äußerungen Loyalität gegenüber jener SPD, die ihm den Todesstoß zu versetzen suchte. Das Bundesinnenministerium wiederholte auf ausdrücklichen Wunsch der SPD seine frühere Maßnahme, dem SDS die öffentlichen Zuschüsse zu entziehen. Gleichzeitig erhielten erstmals die Korporationen auf Betreiben des Bundesinnenministeriums Bundesjugendplangelder. Der SDS schloß unterdessen noch alle Gegner sozialdemokratischer Politik aus, distanzierte sich im Bundestagswahlkampf von der DFU und rief dazu auf, SPD zu wählen.

Nach der Bundestagswahl 1961 setzte die SPD den längst vorbereiteten Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den SDS in Kraft, wobei sie neue Beschuldigungen gegen Mitglieder und professorale Förderer des SDS erhob. Der SDS war wider Willen zu einem parteiunabhängigen Verband geworden — zum einzigen Studentenverband, dem nicht einmal einzelne Mitglieder der etablierten Parteien angehörten. Er war frei von Einfluß und Finanzierung, und seine Überlebenschancen waren gering.

Hochschule von innen

Auf einem Gebiet hatte es an Interventionsversuchen der SPD stets gefehlt: der Hochschulpolitik. Hier hatte sich im SDS ein „Expertenwissen" angesammelt, das seine Vertreter zu bestaunten Rednern aller Studententage machte. 1961, mitten im Konflikt mit der SPD, publizierte der SDS die umfassendste studentische Denkschrift „Hochschulen in der Demokratie". Handfeste Gegensätze und Parteibildungen in den Parlamenten und AStAs zwangen die Vertreter von SDS, SHB, LSD, deutsch-israelischen, gewerkschaftlichen und zuletzt humanistischen Studentengruppen immer wieder zu gemeinsamem Auftreten. Hochschulpolitische Übereinstimmung war es denn auch, die 1964 die „Höchster Koalition" aller politischen Verbände mit Ausnahme des RCDS zustandebrachte. Es half wenig, daß die so vereinten oppositionellen Gruppen immer wieder als „winzige Minderheit" abgetan wurden, solange die Erkenntnis von notwendigen Veränderungen im ganzen Bildungssystem und eine zunehmend restriktive Hochschulpolitik „von oben" auf bestimmte Teile der Studentenschaft politisierend und aktivierend wirkte.

Gerade in Westberlin vermochte der SDS aufgrund wissenschaftlicher Analyse der Hochschulorganisation Teile der Studentenschaft bei ihrem unmittelbaren sozialen Interessen anzusprechen und damit zu aktivieren. Es gelang, Theorie und Praxis zu vermitteln, eine theoriegeleitete Politik zu betreiben, wie es der SDS dem Ansatz nach oft versuchte.

Großer Bruder DGB?

Im größeren Zusammenhang aber stellte sich immer wieder die Frage nach den Wirkungsmöglichkeiten eines sozialistischen Studentenverbandes. Seit er keine Beziehungen mehr zur SPD hat, werden ihm solche zu den Gewerkschaften nachgesagt. Vereinfacht könnte man die Lage einzelner Gewerkschaften mit der des SDS vergleichen: Zwar paßten sich einige dem Kurs der SPD an und stützten ihn (wie die IG Bau oder der DGB als Dachverband), aber die größeren Industriegewerkschaften beharrten auf bestimmten Positionen und vergrößerten damit die Distanz zur SPD. Gerade diese Gewerkschaften „entdeckten" ab 1960 den SDS und ließen seine Mitglieder — selten den Verband — in ihrer Bildungsarbeit und bei Einzelaktionen mitwirken.

In der Auseinandersetzung mit den „Formierungs-" und Notstandsplänen der Bundesregierung erwies sich eine solche partielle Zusammenarbeit als fruchtbar. Keinesfalls vermag sie den Fortbestand des SDS zu erklären (wie schon ein Blick auf die mäßig entwickelten gewerkschaftlichen Studentengruppen zeigen sollte), und in Westberlin etwa sind die Kontakte des stürmisch seinen Aktionsspielraum erweiternden SDS zu den Gewerkschaften nahe Null. Die Delegiertenkonferenz des SDS im September tagte nicht zuletzt deswegen fast tagelang unter Ausschluß der Öffentlichkeit, um das taktische Verhalten gegenüber den Gewerkschaften in Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung abzustimmen. Einem Teil der Gruppen gehen die Rücksichtnahmen auf die bürokratischen Großorganisationen längst zu weit. Hier muß auch der Strukturwandel des SDS beachtet werden, der für sein Verhalten gegenüber herkömmlichen Organisationen von Bedeutung ist.

SDS, SPD und „Dritte Welt"

Die heutige Wirklichkeit des SDS wird nur zögernd erkannt. Wegen seiner (gerade von außen oft heroisierten) langen Konflikte mit der SPD wird der SDS noch immer für ein Stück Inkarnation einer „besseren Sozialdemokratie" gehalten — innerhalb und außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik. In seinen schriftlichen Äußerungen, etwa in der „neuen kritik" und auch in seinen Bundesvorständen, erscheint die Kontinuität des SDS als einer Organisation der deutschen Arbeiterbewegung (so die Formulierung seines früheren Programms) als viel zu gesichert. Sie ist es in der Tat nicht. Die Trennung des SDS von der SPD 1961 war keine Parteispaltung, wie sie sich im Bewußtsein mancher Zeitgenossen ausnahm. Es war ein spezifisch **studentischer** Verband, der hier von einer Partei getrennt wurde, und der eben, anders als eine Partei, auf rasche Fluktuation der Mitgliedschaft und raschen Wechsel der Vielzahl von Funktionsträgern sich gründet.

Der heutige SDS hat in jeder Beziehung andere Mitglieder als der damalige. Nicht nur fehlt die Rekrutierung aus studierenden SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern (euphemistisch gern als „Arbeiterjugend" bezeichnet), sondern die heutigen Mitglieder treten mit veränderten Erwartungen und neuen Bedürfnissen dem SDS bei: Nicht zuletzt erwarten sie eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der sozialen Realität, die der akademische Betrieb ihnen nicht bietet. Trotz langer und oft überbetonter Tradition ist der heutige SDS auf ähnliche Weise ein **neuer** politischer Studentenverband, wie die 1964 gegründete Humanistische Studenten-Union (HSU).

War es im Falle des SDS die bewußte Entscheidung einer Partei, die ihn erst zum „parteifernen" politischen Verband machte, so war im Falle der Humanistischen Studenten-Union von vornherein die Erkenntnis des Versagens und der mangelnden Offenheit der etablierten Parteien konstituierendes Moment ihrer Unabhängigkeit. So ist der heutige SDS keine „Konkurrenz" mehr für SPD-Studenten, weil seine Mitglieder gar nicht in Erwägung gezogen hatten, sich in SPD-Gliederungen zu betätigen.

Irritierenderweise hat sich der SDS trotz dieser veränderten Rekrutierung und trotz des Aufhörens der Fixierung an die SPD nicht zu einer „radikaldemokratischen" Organisation entwickelt, wie es stattdessen die HSU geworden ist. Vielmehr versteht sich der SDS ausdrücklich als ein sozialistischer Verband. In der Ablehnung der Notstandsgesetze sucht er ausdrücklich „sozialistische Positionen" zu vertreten und die Notstandsgesetze „als Mittel des Klassenkampfes in der spätkapitalistischen Gesellschaft" zu begreifen: „Der SDS ist sich darüber klar, daß die endgültige Überwindung der Tendenzen, die sich in den Notstandsgesetzten äußern, die Überwindung der Herrschaft der Bourgeoisie verlangt" (DK-Beschluß Notstandsgesetzgebung).

Vietnam und Notstand

Die Beschäftigung mit sozioökonomischen Problemen in der Weltentwicklung steht im Vordergrund. Eine erhöhte, mit SPD-Maßstäben nicht zu messende Sensibilität für Entwicklungen in der „Dritten Welt" hatte der SDS freilich schon während des Algerienkonfliktes bewiesen, darin manchmal überraschend vom studentischen Gesamtverband VDS unterstützt. Doch geht es heute nicht mehr um einen Einzelfall von Solidarität mit Unterdrückten, sondern um die Analyse des Modellcharakters solcher Konflikte. Der Frankfurter Kongreß „Vietnam - Analyse eines Exempels" war die größte zentrale Veranstaltung, die der SDS (und wohl überhaupt ein Studentenverband) aus eigener Kraft zustandebrachte. Sie war, trotz methodischer Unzulänglichkeit, kein bloß emotionaler Protest, und es ist sehr die Frage, ob sich die politische Auseinandersetzung mit dem Vietnamkonflikt als „Protest von Vietniks" fassen läßt, wie manche Betrachter meinen. Jedenfalls kann der SDS für sich beanspruchen, als erste leistungsfähige Organisation in der Bundesrepublik eine umfassende Analyse des Vietnamkonflikts als „Modellfall für ähnliche, bereits sich entfaltende, Konflikte in den anderen halbkolonialen Agrarländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas" (Zitat DK-Beschluß) vorangetrieben zu haben.

Selbst bei der SDS-Konzeption des Kampfes gegen die Notstandsgesetzgebung (wo der SDS nicht auf sich allein gestellt ist und neben vielen anderen Gruppierungen wirken muß) wird die Beziehung zur Weltentwicklung betont: „Der Alleinvertretungsanspruch für Deutschland, die Forderung nach Wiedervereinigung unter kapitalistischen Bedingungen, die ökonomische und militärische Unterstützung der Kolonialherrschaft, die finanzielle und moralische Unterstützung der USA im Vietnam-Krieg sind deutliche Anzeichen für die bereits existenten Formen imperialistischer Außenpolitik. Der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung beinhaltet daher den Kampf gegen diese aggressive Außenpolitik." (Zitat DK-Beschluß: Zur innenpolitischen Situation; Notstandsgesetzgebung).

In der Praxis der SDS-Gruppen lief es freilich oft andersherum, als im letzten zitierten Satz proklamiert wird: Aus dem Engagement in Entwicklungsfragen der „Dritten Welt" folgte die auch innenpolitisch manifeste Demonstration. Studentische Mitglieder des SDS produzierten beispielsweise in den Gruppen Heidelberg/Mannheim, Marburg und Westberlin Bücher und Broschüren über den Vietnamkonflikt, aber in Fragen der Notstandsgesetzgebung beschränkten sie sich auf Rezeption schon vorhandener Analysen.

Man kann dem jetztigen SDS mithin vorwerfen, daß er die im Weltmaßstab wichtigsten Probleme zum ersten Erkenntnisgegenstand seiner politischen Diskussion nimmt, aber folglich die innenpolitischen deutschen Probleme als zweitrangig behandelt. Das ist denn auch der Vorwurf all jener, die von der neueren Entwicklung des SDS (vielleicht aufgrund der Unkenntnis seines strukturellen Wandels) „enttäuscht" sind.

Doch hängt diese relative Abwendung von innerdeutschen Fragen vielleicht mit der Entwicklung in der Bundesrepublik zusammen? Ist sie nicht Ausdruck einer ähnlichen Ohnmacht, die bei der „Alten Linken" als Resignation auftritt?

Eine Leiche & zwei Enten

Wahrheiten über den Internationalen Studentenbund (ISSF)

Politische Studentengruppen liefern selten Schlagzeilen. Schon gar nicht interessiert sich die Öffentlichkeit für die vereinsinternen Querelen eines aufgelösten politischen Verbandes. Dennoch verursachte der „mausetote" Internationale Studentenbund (ISSF) jüngst ein Rascheln im studentischen Blätterwald. Die Untersuchungen des Bundesrechnungshofes in den Finanzakten des liquidierten Studentenverbandes animierten den „Deutschen Studenten-Anzeiger" zu einer politischen Leichenfledderei. Wieder einmal bestätigten die strammen Nationalisten sich selbst, daß „international" und „kriminell" letztlich Synonyme sind. Kaum besser getarnt, nämlich als Empörung eines Gerechten, der sich in den finanzschwachen Zeiten über die Verschwendung von Steuergeldern erregt, ist Wolf Schmidts Artikel in der Zeitschrift „POLITICA" (Nr. 13, Febr. 1966, S. 7) mit bezeichnendem Titel: „Steuergelder für Forschungsurlauber". Dort wird der ISSF folgendermaßen charakterisiert: „Der ISSF schien nicht nur eine Vorliebe für lange Titel, sondern vor allem für lange Reisen zu haben; Reisen, die von den Zuschüssen des Bundes- und Landesjugendplanes und sogar des Entwicklungsministeriums, wie wir gehört haben, finanziert und von einigen Mitgliedern des damaligen Bundesvorstandes mehr oder weniger zum Privatvergnügen unternommen wurden." Gegen diese Diffamierungen wandte sich der „Studentenkreis Kontinente und Kontakte — Akademische Gesellschaft für internationale Begegnung und Auslandsstudien", der politisch entmannte Epigone des ISSF, in einer Entgegnung, die in derselben Zeitschrift (Nr. 15, Juli 1966, S. 4) leicht gekürzt unter dem Titel „Mausetot — Alles über den ISSF und noch mehr" veröffentlicht wurde.

Zum besseren Verständnis dieser Kontroverse erscheint es lohnend, sich über die Hintergründe der ISSF-Liquidation ein Bild zu machen. Eine solche Analyse fördert als Ergebnis das Dilemma zutage, in der sich parteipolitisch ungebundene studentische Initiative befindet, wo immer sie sich regen sollte. Die Geschichte des ISSF ist ein Exempel für die Malaise der politischen Studenten in Westdeutschland.

Im Grundsatzprogramm des inzwischen liquidierten ISSF heißt es u. a.: Der ISSF will dieses Gedankengut (die Bildung einer übernationalen Föderation, Zusammenschluß der europäischen Staaten, Bekenntnis zu Ideen und Zielen der UNO) unter der Studentenschaft verbreiten und das *politische* Verantwortungsbewußtsein der Studenten wecken. Neue Formen des studentischen Gemeinschaftslebens zu finden ist Teil dieser Aufgabe, die nur auf dem Boden gegenseitiger Toleranz, Achtung und Freundschaft bewältigt werden kann."

Aus dem Rechenschaftsbericht des letzten aktiven Bundesvorstandes, der vom 1. März bis zum 1. August 1964 amtierte, geht hervor, daß neue politische Aktivitäten entwickelt werden sollten, die dem Geist des Grundsatzprogramms von 1948 entsprachen. So wurde bereits im Jahre 1964 ein Seminar mit dem Thema: „Die Notstandsgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern" veranstaltet.

Der Verpflichtung, neue Formen studentischen Zusammenlebens zu finden entsprach ein Seminar in Höchst/Odenwald, wo man gemeinsam mit dem LSD, SHB und SDS mögliche Verbesserungen einer wirksamen Interessenvertretung der Studenten an der Hochschule beriet. Zu gleicher Zeit wurde eine syndikalistische Interessenvertretung, die den VDS ausgeschaltet hätte, politisch wirksam bekämpft.

Der Passage im Grundsatzprogramm, die den Zusammenschluß der europäischen Staaten forderte, wurde zeitgemäß interpretiert, indem man über den verhältnismäßig engen EWG-Raum hinaus auch das deutsch-polnische Verhältnis reflektierte. Der ISSF kam in einem Arbeitspapier zu der Lösung, die Bundesregierung aufzufordern, die Möglichkeit eines späteren Verzichts auf die ehemals deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße in Erwägung zu ziehen. Diese Gedanken fanden ihren Niederschlag in der Festschrift des Verbandes, die anläßlich seines 15jährigen Bestehens herausgebracht wurde.

An dieser Stelle nun zeigte sich, wie wenig unabhängig der ISSF war. Ein Brief des Bundesministers des Innern vom 29. November 1963 enthält folgende Passage (Gesch. Z. III 4 — 33 261 — 4013/63): „Ihrem Antrag auf Förderung der von Ihnen herausgegebenen Festschrift zum 15jährigen Bestehen des ISSF kann ich dagegen nicht entsprechen, da die hierin vertretene Auffassung zur deutschen Ostgrenze und zur Wiedervereinigung der von der Bundesregierung seit je vertretenen Auffassung widerspricht und diese zu beeinträchtigen geeignet ist."

Dem Schwerpunkt der UN-Politik gemäß, sich mit den jungen Nationen zu befassen, gründete der ISSF eine Schwesterorganisation, das Frankfurter Referat für Entwicklungshilfe, die um der politischen Information künftiger Entwicklungshelfer sowie des Gesamtverbandes willen Auslandsaufenthalte in jenen Ländern vermittelte. Von einer kritischen Analyse der politischen und ökonomischen Situation der Entwicklungsländer war jedoch schon bald nicht mehr die Rede. Die Auswertung etlicher Fahrtenberichte ergibt vielmehr, daß der politischen Intention des ISSF in keiner Weise genügt wurde. Die literarische Qualität reicht auch nicht aus, um sie der Kategorie Belletristik zuordnen zu können. Diese undifferenzierte Betätigung hatte jedoch den Erfolg, daß sich die Referats-Manager in die Lage versetzt sahen, maßgeblichen Einfluß auf den ISSF-Vorstand zu gewinnen.

Der in seiner finanziellen Lage angeschlagene ISSF fusionierte auf einer Delegiertenversammlung am 5. 7. 1964 mit dem Referat. Die Gründe waren unerfüllbare Hoffnungen auf beiden Seiten: Der Stammverband erhoffte sich Stärkung für sich selbst und Aufhebung der konzeptionslosen Betätigung des „Frankfurter Referates". Das Referat seinerseits versprach sich ein Unterlaufen des politischen Engagements, da Kürzungsdrohungen seitens der öffentlichen Hand auch über dem Haupt des Referats schwebten.

Die weltgewandten Reisemanager des Referats siegten über die politischen Hochschulgruppen; vor allen Dingen dank der Tatsache, daß sie mit der ISSF-Satzung „nicht gerade pingelich" umsprangen. Mit welchen Mitteln die vom Frankfurter Referat entsandten Mitglieder gegen die Mitglieder des Stammverbandes vorgingen, enthüllt ein Brief des einzigen noch politischen Mitglieds des Bundesvorstandes Wolfgang Weber vom 12. 11. 1964 an ein Mitglied der Frankfurter Hochschulgruppe des ISSF. Weber schrieb u. a. „... und wollte es von einem Gespräch mit Ihnen abhängig machen, ob ich auch resigniere oder ob wir nicht doch zu verhindern suchen sollten, daß der ISSF vom Frankfurter Referat auf kaltem Wege einem anderen Ziel zugeführt wird, *als es die Hochschulgruppen wollten.* ... Ich fühle mich den Hochschulgruppen irgendwie verantwortlich und lebe seit meiner Suspendierung in großer Spannung, die sich zwar erst nach der a. o. Delegiertenversammlung in Kaub lockern wird, doch wäre mir auch eine Antwort von Ihnen schon eine kleine Erleichterung."

Schon zu dieser Zeit wurde die Satzung des ISSF von der Reisemanager-Mehrheit im Bundesvorstand ignoriert, und man scheute sich nicht, jeden „Politischen" zu suspendieren, der den Referats-Leuten oder der Bonner regierungsoffiziellen Entwicklungspolitik nicht in den Kram paßte.

Es war unter diesen Umständen ein für alle Teile erfreuliches Arbeiten nicht mehr möglich, und so ging der ISSF — in Liquidation und da findet er sich noch heute.

Manfred Forschner

Unruhen

Prof. Lowenthal über Berkeley

Professor Leo Lowenthal (University of California-Berkeley) hielt im Sommersemester einen Vortrag vor Frankfurter Studenten: „Studentenunruhen in Berkeley". Er war auf Einladung des pädagogischen und des philosophischen Seminars der Universität gekommen. Lowenthal ist alter Frankfurter; er promovierte als einer der ersten Soziologen in Frankfurt bei Franz Oppenheimer und Gottfried Salomon-Delatour. Längere Zeit war er dann im Schuldienst. Das Institut für Sozialforschung zählte ihn zu seinen Mitarbeitern. Die Flucht vor den Nazis brachte ihn nach den USA. 1956 berief ihn die University of California auf den Lehrstuhl für Soziologie.

Lowenthals Interesse gilt ganz prononciert der Rechtsstellung der Studenten. Er zählt zu den Protagonisten einer Reform der Zusammenarbeit zwischen Professoren und Studenten. Er bemüht sich um eine neue Organisation und ein neues Verständnis der Aufgaben der Universität, eine rationale Praxis speziell im Hinblick auf politische Implikate der wissenschaftlichen Arbeit. Vertraut mit Praktiken der Vorlesungskritik, spricht er sich für eine „verantwortliche Diskussion" des Lehrbetriebes aus, lehnt aber scharf die Tendenz zur „antiakademischen" Kritik ab, die sich außerhalb der aktuellen Bedingungen der Universität stellt. Vielleicht zu sehr für eingeübte deutsche Interessenten an einer Annäherung von Politik und Hochschule, „verwissenschaftlichen Lebens" und „reiner Wissenschaft", betont er die negativen psychologischen Seiten der „Vatersuche" amerikanischer Studenten. Mit dieser zweideutigen „Vatersuche" mag es zusammenhängen, daß Lowenthals Vortrag eher von Professorenunruhen zu handeln schien.

Lowenthal arbeitete an wichtigen Reform-Vorschlägen mit (als Mitglied des mit enormen Vollmacht ausgestatteten Select Committee on Education), die in einer umfangreichen Broschüre zusammengefaßt wurden. Die kalifornische Universitätszeitung (erscheint täglich) attackierte vehement diese Vorschläge.

Sehr erfreulich an dem amerikanischen Soziologen ist seine Bereitschaft zu diskutieren, zu kritisieren — und kritisiert zu werden. W.

Kurzfassung seines Vortrags:

Die amerikanische Universität hat sich nach dem zweiten Weltkrieg zu einem Umschlagsplatz des Warenmarktes hin entwickelt. Ihre Aufgaben richten sich nach den Forderungen des Tages und werden in vergleichsweise „weltlichen" Termini formuliert. Hutchins kennzeichnet diese Rolle besonders deutlich, wenn er von der Universität als „service station", als Tankstelle spricht. Das bedeutet: die Universität muß sowohl für eine demokratische Erziehung wie für die spezifische Berufsausbildung Sorge tragen; sie muß sich zugleich immer stärker der Forschung und besonderen Entwicklungsprojekten widmen, die von Geschäftsunternehmen oder der Bundesregierung gefördert und finanziert werden.

Der Versuch, Ideal und Realität der Universität miteinander zu vereinen, beansprucht intellektuelle Energien, menschliche Anstrengungen, finanzielle Hilfsquellen. Aber die Verwirklichung dieses Ziels wird jetzt besonders von den Studenten unüberhörbar gefordert. Die Studenten verlangen danach nicht notwendig unter Berücksichtigung der Rolle des Professors, (aber dessen Rolle ist tatsächlich Bestandteil jenes größeren Interesses) den Versuch, an der Universität ein intellektuelles und moralisches Klima zu schaffen, das die moralischen, politischen und sozialen Interessen dieser Studentengeneration unterstützen und fördern soll.

Diese Interessen betreffen jene Umstände, die unsere Bildungskrise hervorriefen, die Bürgerrechtsfrage und die Kamalitäten der Innen- und Außenpolitik. Sie sind das Erbe, sie sind Bestandteil der Kennedy-Jahre, die das Ende dessen ankündigen, was in den fünfziger Jahren die „stille Generation" genannt wurde. Die Studenten der sechziger Jahre sind demgegenüber die aktivste Studentenschaft in der Geschichte der USA.

Die Studenten weigern sich, die traditionelle Trennung von Universität und gesellschaftlicher Umwelt anzuerkennen, und sie lehnen es ab, sich als Jungbürger minderen Gewichts, als „junior citizens" zu betrachten. Sie suchen Anerkennung als verantwortungsbewußte junge Erwachsene, die ein bestimmtes Maß eigener Autorität und Autonomie im Rahmen der Nation wie der Universität beanspruchen; sie fordern akademische Freiheit im scharfen Gegensatz zur vorherrschenden Verschulung des Universitätsbetriebes.

Was sie von der Universität verlangen, kann in fünf Punkten zusammengefaßt werden: Offenheit und Redlichkeit der Universitätsverwaltung, weitergehende Selbstbestimmungsrechte der Studentenschaft; Beschränkung der Verfügungsgewalt der Universität über studentische Betätigungen auf allen Gebieten, aber besonders im politischen Bereich; Erneuerung wissenschaftlicher Moral und der sozialen Verpflichtung der Universität („die unmoralische Institution einer unmoralischen Gesellschaft"). Dies alles sind Aspekte eines Phänomens: der moralischen Qualität dieser Bewegung, die von revolutionären Erwartungen der Studenten getragen wird.

Die Studenten wünschen eine neue positive Beziehung zu ihren Lehrern — diese Forderung ist nur eine neue Variante der alten Rolle des Professors: in loco parentis zu fungieren. Zunächst scheint es, als setzten die Studenten den Lehrkörper zur schiedsrichterlichen Instanz im Hochschulbereich ein. Kaum haben sie dies erreicht, so erkennen sie darin eine Beschneidung der Verantwortung für ihre eigenen Aktivitäten — was ihnen erlaubt, weiterhin zu protestieren. Sie versuchen eine Autorität aufzurichten, gegen die sie rebellieren können. Die moralische Gleichgültigkeit ihrer Eltern konnte ihnen kein Wertsystem übermitteln, jetzt suchen sie die Professoren mit einer Autorität auszustatten, die sie in ihrer vorangegangenen Entwicklung vermißten (während sie doch gleichzeitig autoritäre Ansprüche registrierten und gegen sie aufbegehrten).

Nun war der amerikanische Professor seinen Studenten gegenüber schon immer zugänglicher als sein europäischer Kollege, deshalb war diese Reaktion nichts außergewöhnliches. Überhaupt ist der amerikanische Universitätslehrer — sehr im Gegensatz zu deutschen Gewohnheiten — in Beurteilung und Verhalten gegenüber Studenten toleranter, er erlaubt ihnen auch Fehler zu machen. — Dementsprechend hat die Professorenschaft von Berkeley die Berechtigung studentischer Unzufriedenheit anerkannt und darauf auch reagiert.

Die Studenten haben in ihrer Revolte zum größten Teil das ausgeführt, was sie von ihren Professoren gelernt hatten. Umgekehrt haben die Professoren gelernt, daß es nötig ist, auf Grund der Prinzipien, die sie vertreten, zu *handeln.* Durch dieses aufeinander bezogene Vorgehen entstanden Bedingungen, die die besondere und wesentliche Stärke unseres Erziehungssystems in diesem Fall adäquat förderten: eine Atmosphäre, in der ständiges Reflektieren und Überprüfen nicht nur gefordert, sondern auch praktiziert wird.

Ideale

Internationale Studentenkonferenz in Nairobi

In Nairobi fand von dem 17. bis zum 27. August die 12. internationale Studentenkonferenz mit mehr als 200 Delegierten aus achtzig Nationen statt. Erklärtes Ziel war, das Aktionsprogramm für die nächsten zwei Jahre auszuarbeiten.

Die internationale Studentenkonferenz (ISC) hat ihren Zweck und ihr Konzept in der Präambel zu ihrer Charta folgendermaßen umrissen: „Wir, die nationalen Studentenverbände, vertreten durch die nationalen Delegationen, fühlen uns aufgerufen, die demokratischen Studentenverbände zu ermutigen, ihnen zu helfen und sie zu verteidigen, da die Studenten nur durch dynamische, vereinigte und unabhängige Aktionen ihre Rolle als Gewissen der Gesellschaft bei der Vollendung des politischen, ökonomischen und sozialen Fortschrittes erfüllen können.

Auf der Grundlage dieser Ideale haben die Nationalverbände daran gearbeitet, Unterdrükkung aller Schattierungen, wo und wann auch immer sie erscheint, zu bekämpfen, indem sie Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Totalitarismus, Rassismus, Diktatur, soziale Ungerechtigkeit und Militarismus bekämpften."

Eine wichtige Hilfe bei der Erfüllung dieser Aufgaben sehen die Studenten des ISC im gemeinsamen Erfahrungsaustausch: „Durch Treffen mit Studienkollegen aus aller Welt, werden die Delegierten ihr Wissen um die Probleme der anderen vergrößern und damit ihre Fähigkeit, eine endgültige Lösung jener Probleme zu finden."

Es bleibt die Frage nach dem Sinn solcher studentischen Konferenzen offen, solange die Kongreßteilnehmer sich nicht entschließen können, die Thesen gegen die verschiedenen „Ismen" zu konkretisieren und zu sagen, was sie handfest zu tun gedenken, um die von ihnen kritisierte gesellschaftliche Wirklichkeit zu verändern; das heißt wohl im Sinne der schönen Ideale zu verbessern. Sonst bringen die weitgereisten Studentendiplomaten als einzige Ernte von Nairobi unvergeßliche Reiseerlebnisse (schließlich ist eine Ostafrikasafarie heute en vogue) heim. Fo.

Die Buchhandlung
für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10
Gartenstraße 134

FAHRSCHULE

FRANKFURT/M.
Bockenheimer Landstraße 95
Telefon 77 91 40
Grundgebühr: DM 50,—
Fahrstunde: DM 12,50

POHL

seit Jahren
die Fahrschule
der Studenten

Notizen für Studenten

Rechtsanspruch auf Promotion

Entgegen vielen Promotionsbestimmungen, die eine Promotion von der Annahme durch einen Doktorvater abhängig machen, kommt Prof. Dr. Wilhelm K. Geck, Saarbrücken, in seiner Arbeit „Promotionsordnungen und Grundgesetz" (erschienen in: Annales Universitatis Savaniensis, Köln, Berlin, Bonn, München, 1966) zu dem Ergebnis, daß aufgrund Art. 12, Abs. 1 GG (freie Berufswahl und freie Wahl der Ausbildungsstätte) sowie Art. 5, Abs. 3 GG (Freiheit von Lehre und Forschung) ein Rechtsanspruch auf Promotion auch dann besteht, wenn der Doktorand nicht von einem Doktorvater angenommen wurde. In alleiniger Verantwortung kann der betreffende eine wissenschaftsfördernde Arbeit anfertigen und der Fakultät als Dissertation vorlegen. Fo.

Hochschulreform in Österreich

Am 15. Juli 1966 hat der österreichische Nationalrat mit den Stimmen aller Parteien das Allgemeine Hochschulstudiengesetz und das auf ihm fundierte erste spezielle Studiengesetz über die sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studien beschlossen. Beide Gesetze treten am 1. Oktober in Kraft.

Nun wird es darum gehen, auf Grund des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes die speziellen Studiengesetze der verschiedenen Fachrichtungen auszuarbeiten, die ihrerseits wiederum die Grundlage für die Studienordnungen und Studienpläne darstellen.

Eine Reform des Studienbeihilfegesetzes soll für alle Anforderungen der heutigen Gesellschaft die Begabtenreserven des Landes erschließen. öhz

Fachverband Philosophie aufgelöst

Vom 20. bis 22. Juli fand die letzte Fachverbandstagung des VDS-Fachverbandes Philosophie in Limburg statt. Die Vertreter von 19 philosophischen Fakultäten und Abteilungen beschäftigten sich vor allem mit den „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an wissenschaftlichen Hochschulen" und der angemessenen Beratung und Einführung des Studenten ins Studium. info

Hessische Studentenwerke bleiben in der DSKV

Eine außerordentliche Hauptversammlung der Deutschen Studenten-Krankenversorgung (DSKV) beschloß am 5. September in Berlin neben dem seit dem 1. April des Jahres gültigen „Tarif 1", der einen Semesterbeitrag von DM 48,— für jeden versicherten Studenten vorsieht (bei der Möglichkeit einer Befreiung unter bestimmten Voraussetzungen), einen weiteren „Tarif 2" mit einem Versicherungsbeitrag von DM 36,— pro Student und Semester einzuführen. Beim „Tarif 2" sind alle Studenten einer Hochschule zwangsversichert.

Diese Regelung wurde notwendig, nachdem das hessische Kultusministerium eine Befreiung der in den Sozialkassen doppeltversicherten Studenten von der DSKV mit der Begründung abgelehnt hatte, der Versicherungsbeitrag werde auf Grund des hessischen Studentenwerksgesetzes eingezogen. Alle Studenten zahlten einen bestimmten Beitrag für die Aufgaben des Studentenwerks, wer einzelne Leistungen der Anstalt nicht nutze, könne dafür nicht entschädigt werden.

Der neue Tarif 2, der erhebliche Leistungsverbesserungen mit sich bringt, gilt zunächst nur für Marburg und Frankfurt ab 1. Oktober, so daß der Student zum Wintersemester einen um DM 15,— höheren Sozialbeitrag zahlen muß. Ob sich die Studentenschaft in Gießen, deren Beitrag zu einer studentenwerkseigenen Krankenversorgung (wie sie dort mit mäßigem Erfolg schon immer besteht) künftig auch bei DM 36,— pro Student und Semester liegen soll, ebenfalls der DSKV anschließen wird, ist noch ungewiß. Das Gießener Studentenparlament hat kurz vor Semesterschluß einen entsprechenden Antrag hart an der Grenze der Beschlußfähigkeit mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Scharfe Kritik wurde in Berlin an einem Empfehlungsvertrag geübt, den das DSW in Bonn mit zwei gewerblichen Privat-Krankenversicherungen abgeschlossen hat. Nach diesem Vertrag empfiehlt das DSW seinen Mitgliedern und Studenten mit den Privatversicherungen Verträge abzuschließen. Einzelne örtliche Studentenwerke (auch solche, die der DSKV angehören) haben ihrerseits den Vertretern der Privatversicherungen zu Vertragsabschlüssen mit Studenten verholfen, die in der DSKV bereits voll versichert sind. Gewissermaßen als Dank stellen dann die Privatkassen ein Kostenteilungsbegehren an die DSKV, wenn ein Student seine Privatkasse in Anspruch nimmt. Das ist nach dem Gesetz möglich, weil die DSKV trotz ihres öffentlich-sozialen Charakters als privatrechtlicher Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit organisiert ist. Sb

Das FERN-REPETITORIUM (FOTH) für Juristen ist seit mehr als 35 Jahren das anerkannte Mittel der erfolgreichen Examensvorbereitung. Probehaft B kostenfrei.

MÜLLER - ALBRECHTS - VERLAG, 4 Düsseldorf-Wittlaer

Baden-Württemberg: Hochschulbauten rigoros gekürzt

Im Entwurf des Staatshaushalts 1967 für Baden-Württemberg, den Finanzminister Müller am 15. September dem Landtag vorlegte, fallen vor allen Dingen die starken Kürzungen beim staatlichen Hochbau auf. Davon sind insbesondere die Hochschulen betroffen. Während bei einem Gesamtvolumen des ordentlichen Haushaltsplans in Höhe von 7,8 Milliarden DM gegenüber 7,0 Milliarden DM im Haushaltsjahr 1966 der Haushaltsplan des Kultusministeriums mit 2,0 (1,8) Milliarden DM im Vergleich mit anderen Ressorts außerordentlich gut wegkommt, entfallen die Kürzungen im außerordentlichen Haushalt mit 350 Mio. DM vor allem auf die Hochbauten im Kultusbereich. Insgesamt wurde der Bauhaushalt um rund 45 Prozent gegenüber 1966 reduziert.

Der Finanzminister bezeichnete diese Einschränkung als die Konsequenz aus der Konjunktursituation, die eine Senkung der Kreditermächtigungen notwendig macht. Im Haushaltsplan 1967 sind keine neuen Hochschulbauten enthalten. Darüberhinaus sind alle in früheren Haushaltsplänen bereits mit Bauraten versehenen, aber wegen der Kreditrestriktionen noch nicht begonnenen Bauten im neuen Haushaltsplan nur mit einem Leertitel ausgewiesen. Planungen sollen mit den bereits zur Verfügung stehenden Mitteln abgeschlossen werden. akd

VDS begrüßt FDP-Initiative

Der Verband Deutscher Studentenschaften begrüßt die FDP-Initiative für ein Ausbildungsförderungsgesetz. Der stellvertretende VDS-Vorsitzende für Sozialfragen, Martin Kasprik, unterstrich die Übereinstimmung der studentischen Forderungen mit den vom Abgeordneten Karl Moersch bekanntgegebenen Grundsätzen, vor allem

- der Chancengleichheit
- der Einbeziehung aller Ausbildungswege von der gewerblichen Ausbildung bis hin zum Studium an wissenschaftlichen Hochschulen sowie
- der Berücksichtigung der finanziellen Belastung des Studenten und seiner Familie.

Kasprik zeigte sich befriedigt über die klare Absage der FDP an das „Gießkannenprinzip des Pennälergehaltes" und äußerte seine Überzeugung, daß die von der Arbeitsgruppe der FDP-Fraktion entwickelten Grundsätze künftig auch die Ausbildungsförderung verheirateter Studenten sicherstellen, darüberhinaus sollten auch die Fälle berücksichtigt werden, in denen die Eltern den zumutbaren Beitrag zur Ausbildung nicht leisten.

Kasprik sprach sich erneut dafür aus, daß Bund und Länder den Bemühungen um ein umfassendes Ausbildungsförderungsgesetz des Bundes und insbesondere der FDP-Initiative noch im Verlauf dieses Jahres Rechnung tragen. Der Verband Deutscher Studentenschaften sei über die Bereitschaft der FDP-Fraktion befriedigt, ihren Gesetzentwurf mit allen interessierten Organisationen zu erörtern. fdk

Bundesetat: Forschungsausgaben wuchsen fünfmal schneller

Seit 1957 haben sich die aus dem Bundeshaushalt für Zwecke der Verteidigungsforschung bereitgestellten Mittel mehr als verzwanzigfacht. Die gesamten Ausgaben des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung stiegen auf mehr als das Sechsfache.

Die Aufwendungen der Länder für die Forschungs- und Entwicklungsförderung haben sich seit 1957 mehr als verdreifacht. Die Gemeindeausgaben stiegen um 60%. Alle zusammengenommen stellten einen Betrag von knapp 5,8 Mrd DM 1965 bereit. 1957 waren es erst 1,4 Mrd DM. Die Wirtschaft stellte 1964 2,6 Mrd DM zur Verfügung, das waren fast dreimal soviel wie 1957.

Faßt man die Leistungen von öffentlicher Hand und Wirtschaft für Zwecke der Forschungs- und Entwicklungsförderung zusammen, so wurde 1957 mit 2,4 Mrd DM etwas mehr als 1% des Bruttosozialprodukts für diesen Zweck aufgewendet. 1964 hatte sich dieser Anteil fast verdoppelt: die Gesamtausgaben von knapp 7,8 Mrd DM stellen rund 1,9% des Sozialprodukts dar. Damit stellt die Bundesrepublik einen ähnlichen großen Anteil des Sozialprodukts für Forschung und Entwicklung bereit wie Frankreich, aber immer noch bedeutend weniger als Großbritannien und die Vereinigten Staaten. akd

„Der Mensch und seine Zukunft" war das Thema des IX. Darmstädter Gesprächs. Die Tiefen dieses Problems auszuloten bemühten sich vom 10. bis 12. September prominente Professoren und Publizisten. Unser Bild zeigt links Dr. Robert Jungk („Die Zukunft hat schon begonnen") im Gespräch mit dem Soziologen Professor Schlesky („Die skeptische Generation"). Dennoch konnte sich in Darmstadt niemand entschließen, skeptisch in die Zukunft zu blicken. Zweifel plagen nur den DISKUS-Rezensenten der Darmstädter Gespräche (siehe Seite 8).
Foto: Pit Ludwig

Krise im Deutschen Studentenwerk

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des „Deutschen Studentenwerkes e. V." (DSW) am 25. Oktober in Freiburg werden harte Worte fallen.

Eine seit vier Jahren angestrebte Satzungsänderung, die ihren Schwerpunkt in einer neuen Zusammensetzung des Vorstands und des Kuratoriums hat (der gewichtigsten Organe des Vereins) wird möglicherweise auch in diesem Jahr nicht durchgebracht werden können. Für den Fall, daß die Satzung nicht entsprechend den Vorschlägen des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) und der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) geändert wird, haben die Studentenschaften in Köln und Frankfurt ihren örtlichen Studentenwerken empfohlen, das DSW zu verlassen.

Nachdem ein von der letzten DSW-MV in Münster gewählter Satzungsausschuß bei einer einmaligen Sitzung zu keinem Ergebnis kam, haben einzelne Mitglieder ihre alten Änderungsanträge wieder eingereicht, die vor zwei Jahren nur knapp abgelehnt worden waren. Der gemeinsame Satzungsvorschlag von VDS und WRK sieht einen Vorstand mit drei Hochschullehrern, drei Studenten und einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens vor, während bisher dem ebenfalls siebenköpfigen Vorstand mindestens je zwei Hochschullehrer und Studenten, sowie zwei Geschäftsführer örtlicher Studentenwerke angehören sollten.

Da bestimmte Kreise im DSW jede Änderung der bisherigen Satzung, insbesondere eine Schwächung der Geschäftsführer, ablehnen, macht ein Gerücht die Runde, wonach das Kuratorium des Vereins (das jede Satzungsänderung beraten muß, bevor die Mitgliederversammlung darüber beschließen kann) vor der MV im Oktober einfach nicht mehr zusammentritt oder die vorliegenden Anträge nicht mehr berät.

Es steht allerdings noch zu hoffen, daß das DSW durch Austrittsdrohungen einzelner Mitglieder ebenso geläutert aus seiner Krise hervortritt, wie vor Jahresfrist der VDS aus der seinigen. Sb

SDS und Rote Garde

Der SDS ist heute mehr ein Sektierer-Club, der sich von der bösen Welt permanent verfolgt sieht, als eine studentische Vereinigung, die politisch ernst genommen werden kann. Darauf deuten die Diskussionsbeiträge und Resolutionen der Bundesdelegiertenkonferenz, welche jüngst in Frankfurt stattfand, hin; die — wenn man sie ihrer sozialistischen Terminologie entkleidet — oft an typisch-deutsche Kleinstvereinsmaierei erinnern. Aber auch Taktik ist dem SDS nicht fremd.

Ein Teil des SDS will in den weltanschaulich neutralen Anti-Notstands-Kampagnen unter den derzeitigen Bedingungen weiterarbeiten, doch eine andere Gruppe spürt ihr sozialistisches Sendungsbewußtsein und will als sozialistische Avantgarde in diesen Gruppen und auch in der Ostermarschbewegung mehr für die sozialistische Bewußtseinsbildung tun. Das ärgert wiederum die Finanziers der Antinotstands Kampagnen, weil die nicht sozialistischen Notstandsgegner unter diesen Umständen möglicherweise das gemeinsame Boot verlassen könnten.

Bei der Frage, wie man die bundesdeutsche Bevölkerung überhaupt noch provozieren kann, fanden die SDS-Strategen die Antwort, dies sei nur durch eine Solidaritätsadresse an Rotchina möglich und prompt wurde eine Resolution formuliert, die um Verständnis für die Aktionen der „Roten Garde" im Rahmen der rotchinesischen Kulturrevolution wirbt. Die Rote Garde wirke, um „der Gefahr der Restauration einer vorsozialistischen Gesellschaftsordnung vorzubeugen". Der SDS nahm sich vor, die Erfahrungen der Kulturrevolution in seine „theoretischen Überlegungen und die praktische Aufklärungsarbeit einzubeziehen".

Während die Presse über neue Terroraktionen der Roten Garde berichtete, sagte der neugewählte 2. Vorsitzende Peter Gäng aus Berlin (Vorsitzender wurde übrigens der Frankfurter Soziologiestudent Raimut Reiche) zu dieser Frage: „Die Entwicklung in der Volksrepublik China zeigt, daß es dort gelungen ist, eine Wirtschaft aufzubauen, ohne die Bevölkerung auszubeuten und ohne die Bevölkerung zu unterdrücken". Mit dieser Resolution hat der Peking-Flügel des SDS einen ersten Erfolg erzielt, im vorigen Jahr hätte man für solche Meinungen noch keine Mehrheit finden können. uw

Student Sälzer zum CDU-Landtagskandidaten nominiert

Der Darmstädter Studentenfunktionär Bernhard Sälzer (ehemaliger AStA-Vorsitzender an der TH und jahrelang stellvertretender Landesverbandsvorsitzender des VDS Hessen) macht neuerdings große Politik. Überraschenderweise nominierte die Darmstädter CDU-Kreisdelegiertenkonferenz den 26jährigen Kandidaten der Ingenieurwissenschaften zum Direktkandidaten für die bevorstehende Landtagswahl.

Sälzer schaffte die Nominierung erst im zweiten Anlauf; nachdem der Darmstädter Bürgermeister Dr. Holtzmann aus Verärgerung über seine schlechte Plazierung auf der Landesliste auch auf eine Direktkandidatur verzichtet hatte. Da der Wahlkreis Darmstadt als rote Hochburg gilt, werden auch in der neuen CDU-Landtagsfraktion Kulturpolitiker Mangelware bleiben. Dem Möchte-gern-Landtagsabgeordneten Sälzer bleibt als Trost das Diplomexamen. J. S.

Freud und Leid der Kurzschuljahre

Die Umstellung des Schuljahrbeginns von Ostern auf Herbst strapaziert Deutschlands vielgeplagte Lehrer auf das Äußerste. Als wäre er nicht vollauf damit beschäftigt, die Forderungen der modernen Gesellschaft an die Schule zu erfüllen, verlangen die Kultusminister vom armen Schulmeisterlein jetzt auch noch, das schulische Jahrespensum in einem Dreivierteljahr zu bewältigen. Klar, daß man diesen Kurzschuljahren nicht nur etliche Brokken Lehrstoffs, sondern auch die Klassenwandertage zum Opfer fallen mußten.

Aber wer erinnerte sich nicht mit großem Behagen an jene raren Tage seiner Schulzeit, da man mit Scheiben Brot nach kurzer Bahnfahrt in ein nahegelegenes Waldgebiet und kurzer Wanderung eine jener herrlichen ländlichen Kneipen aufsuchte, die um die Mitte des Tages so dionysisch nach schalem Bier und kaltem Tabakrauch riechen?

Um diese Pennäler-Freuden wären die Schülerinnen eines hannoverschen Gymnasiums geprellt worden, wenn nicht das Lehrerkollegium — jetzt im Kurzschuljahr — einen Tagesausflug unternommen hätte und die Schülerinnen nach der dritten Stunde frei bekamen.

Kritiker mäkelten etwas von „zweierlei Maß" und so; doch wir wollen die Schülerinnen trösten: Immerhin wirft so ein Studienratsgelage, wenn auch nur — dennoch drei freie Stunden ab. Laßt sich die Tische biegen! Wer wollte nach so anstrengendem Kurzschuljahrskompromat den geplagten Lehrern Gebratenes und Gesottenes verargen? Wissen wir doch, daß nach zwei (Kurzschul-) Jahren auch dem schulischen „Fußvolk" die Kneipen und damit die Himmel wieder offen stehen. Fo.

Drei Berichte vom Kongreß-Sommer

1. Soziologie in Evian

Die Hoffnungen auf eine internationale Versammlung von Intellektuellen, auf einen Austausch von theoretischen Erkenntnissen und praktischen Forschungsresultaten, haben sich beim sechsten Weltkongreß für Soziologie in Evian/Frankreich nicht erfüllt. Trotz der Anwesenheit von 2000 Soziologen aus allen Teilen der Welt (mit der Ausnahme von China) und der Vorlage von mehr als 600 offiziellen und inoffiziellen Referaten sowie *working papers* in Arbeitsgruppen, Forschungskommittees und zwei Plenarsitzungen, glich der Kongreß einem intellektuellen Sandkastenspiel: Die Verheißung eines internationalen Gedankenaustausches, ja selbst die simpler Kommunikation, mußte dem beschränktesten Provinzlertum weichen. Auch die zum ersten Mal bei einem derartigen Kongreß in größerer Zahl vertretenen Delegationen aus der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern waren auf ihre Weise Teil des generellen hinterwäldlerischen Konsensus. Als Resultat des ausdrücklichen Wunsches, allen Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ergab sich ein Ideenpluralismus, der schließlich keiner Seite Genüge tun konnte.

Der Kongreß behandelte außerordentlich wichtige Themen in solch abstrakter Weise, daß tatsächlich wenig Wichtiges gesagt wurde. Die erste Plenarsitzung zum Beispiel war der „Einheit und Vielfalt der Soziologie" gewidmet; die auf dieser Sitzung verlesenen Referate waren jedoch selten mehr als selbstgefällige, in sich selbst gratulierende Darlegungen von Repräsentanten der beiden wichtigsten Machtblöcke — Aufstellungen angeblicher wissenschaftlicher Leistungen ihrer jeweiligen Gesellschaftssysteme und die versuchte Denunziation theoretischer Erkenntnisse des anderen Systems als „ideologisch": auf der einen Seite gab es die offizielle Zelebrierung eines ideologischen Marxismus, der sich selbst zur Voraussetzung jeder Wissenschaft erhebt; auf der anderen Seite dominierte eine Pseudowissenschaft, die sich ihrer eigenen mangelnden theoretischen Begründung kaum bewußt wird. Daneben fand man das übliche joviale Geschnatter über den bemerkenswerten Fortschritt und die zunehmende Bedeutung der Soziologie als Wissenschaft, und natürlich auch die verstaubten Vorstellungen traditioneller Theoretiker mit ihrer Neigung zum Katalogisieren. Bloß Adam Schaff und der alternde Jean Piaget präsentierten ernsthaft durchdachte Gedanken die, auf eine allgemeine Theorie der Gesellschaft zielend, den Anforderungen des Gegenstandes gerecht wurden. Schaff behandelte, in einer sorgfältig ausgearbeiteten und intelligenten Darstellung, das Problem der ideologischen Voreingenommenheit in den Sozialwissenschaften; Piaget wies auf die Konvergenz der wichtigsten Probleme der *sciences de la vie* hin, für die er eine Analyse biologischer Problembereiche für richtungsweisend hält.

Die zweite Plenarsitzung war der „Soziologie der Internationalen Beziehungen" gewidmet. Mit der Ausnahme des Referates von Prof. Fedosseyef (UdSSR) vermißte man jedoch jeglichen Hinweis auf konkrete politische und soziale Probleme der Gegenwart. Tatsächlich mußte jede Diskussion solcher Probleme, wie z. B. die Unterdrückungsmaßnahmen der argentinischen Militärregierung und der Krieg in Vietnam, außerhalb des offiziellen Rahmens stattfinden: Eine offizielle Verlautbarung untersagte den Kongreßteilnehmern politische Demonstrationen und Versammlungen mit der, von René König als Präsident der International Sociological Association (ISA) vorgetragenen Begründung, daß die Soziologie keine normative Wissenschaft sei. All jene Soziologen die diese Trennung von Sollen und Sein für nicht vertretbar hielten und insbesondere an einer Erörterung des Vietnamkrieges interessiert waren, mußten sich deshalb in dem engen, muffigen und katakombengleichen Keller des *Hôtel de Ville* zusammenfinden, das von der Stadt Evian für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurde. Nach einer mehrstündigen hitzigen Diskussion akzeptierte eine Gruppe von 250 Soziologen zwei Petitionen: die eine unterstützt jene amerikanischen Intellektuellen, die gegen den Krieg in Vietnam opponieren; die andere verlangt die sofortige Beendigung der amerikanischen Aggression in Vietnam.

Als der Kongreß sich dem Ende zuneigte, hatte bereits eine Reaktion auf die fehlende intellektuelle Kommunikation eingesetzt: Einige Delegierte packten ihre Sachen zusammen und fuhren frühzeitig ab, andere blieben in ihren Hotels oder vergnügten sich in der reizvollen Badestadt Evian und an anderen Orten des Genfer Sees; eine Gruppe von Vertretern der „Dritten Welt" kam zu informellen Gesprächen über Probleme der Entwicklungsländer zusammen. Auch dort jedoch waren die Meinungsverschiedenheiten zu groß und die vorgetragenen Gedanken zu vage, um sich in einem artikulierten Dissent kristallisieren zu können. Jene Aspekte des Kongresses, auf die diese Soziologen aus den Entwicklungsländern reagierten, lagen bald offen zutage: Die Vorherrschaft einer etablierten Hierarchie professioneller Soziologen (dem Establishment), die offensichtliche Ausschließung junger Soziologen aus Ländern der „Dritten Welt" von Machtpositionen innerhalb der Profession, die einseitige Behandlung wichtiger sozialer Probleme der Gegenwart (insbesondere des sozialen Wandels und der sozialen Entwicklung, deren Analyse geradezu von den Soziologen der ‚überentwickelten Länder' monopolisiert wird), und schließlich die Unfähigkeit oder Weigerung der ISA, ein Forum zu schaffen, das die adäquate Erörterung wesentlicher Probleme der *tiers monde* erlaubt.

Der Kongreß als Ganzes war so schlecht organisiert, daß die Delegierten gewöhnlich einer ziellos umherirrenden Menge glichen. Das was an planmäßiger Aktivität auf dieser Soziologenversammlung sichtbar wurde, schien lange vor dem Beginn des Kongresses hinter verriegelten Türen ausgeheckt worden zu sein. Aber abgesehen von diesem prä-fabrizierten Sandkastenspiel dominierte eher der Zufall denn bewußte Aktion; dies ist von Bedeutung insbesondere im Lichte der Tatsache, daß die Veranstaltung ein Treffen von Leuten war, die für ihre Einsicht in Probleme sozialer Organisation bekannt sind. In Evian hatte man allerdings eher den Eindruck, als ob Soziologen nicht die Subjekte sondern die unglücklichen Objekte ihres Faches seien. Die „freischwebende Intelligentsia" schien sich im Netz ihres eigenen Treibens verstrickt zu haben.

Corradi/Meja/Ober

2. Psychologie in Moskau

Der gewaltigste Psychologen - Kongreß, den die Welt bisher sah, fand in Moskau statt. Vom 4. bis 11. August versammelten sich dort in der Lomonossow - Universität rund 6000 Psychologen sowie an der Psychologie Interessierte aus West und Ost zum XVIII. Internationalen Kongreß für Psychologie. Über 1500 Wissenschaftler hatten Manuskripte für Referate oder Diskussionsbeiträge eingereicht. Schätzungsweise 300 kamen tatsächlich zu Wort, davon etwa zwei Drittel aus den USA und der UdSSR. Es war ein Dialog zwischen Giganten. Mit weitem Abstand folgten Frankreich und Großbritannien. Zu denen, die unter „ferner liefen" aufzuführen sind, gehören die Bundesrepublik Deutschland und die DDR.

Wer aus den westlichen Demokratien in die Sowjetunion reist, erwartet deutliche Hinweise auf den dialektischen Materialismus auch in der Fachdiskussion. Der Psychologen-Kongreß enttäuschte in dieser Hinsicht nicht. Wo die sowjetische Psychologie heute steht, und wie ihr Verhältnis zum Marxismus-Leninismus aussieht, beschrieb Professor A. A. Smirnow, Vorsitzender des Organisations - Komitees der Mammuttagung, in einem Abendvortrag, der den Titel hatte „Die Entwicklung der Psychologie in der Sowjetunion". Er sagte unter anderem: „Die sowjetische Psychologie gründet sich auf die dialektisch-materialistische Philosophie, wie sie in der sowjetischen Wissenschaft schöpferisch entwickelt worden ist. Zugleich aber ist die sowjetische Psychologie die direkte Nachfolgerin der fortschrittlichen Ideen von Rußlands vorrevolutionären Psychologen, deren eigentlicher Ursprung bis in den Beginn der russischen Kultur zurückverfolgt werden kann". An welche Schulen vorrevolutionärer Psychologie er dachte, erläuterte Smirnow folgendermaßen: „Das Ende des 19. und der Anfang des 20. Jahrhunderts sind in der russischen Psychologie durch zwei bedeutende Ereignisse gekennzeichnet: Die Geburt der experimentellen Psychologie und die Schaffung der Pawlowschen Psychophysiologie."

Daß Pawlows Lehre vom bedingten Reflex und die daraus sich ergebenden Konsequenzen ebenso wie die Entwicklung der experimentellen Psychologie — die übrigens keineswegs etwa spezifisch Russisches ist, sondern in verschiedenen Staaten etwa gleichzeitig einsetzte — sehr großes Gewicht haben, wird niemand ernstlich bestreiten. Smirnows Berufung auf die Geschichte rückt Gemeinsamkeiten in den Vordergrund. Sie ist außerdem eine Interpretationshilfe für den ideologisch gefärbten Teil seines Vortrags. Denn das war für den Gast aus dem Westen die eigentliche Überraschung: Der hohe Standard der sowjetischen Psychologie, sowohl in ihren Methoden als auch in ihren Resultaten. Die internationale fachliche Verständigung wurde jedenfalls dadurch, daß sowjetische Psychologen den Marxismus-Leninismus anriefen, nicht nennenswert beeinträchtigt. Wenn sie es taten, dann in einer allgemeinen Weise, die zur genaueren Erörterung nicht herausforderte, oder bevorzugt im Zusammenhang mit pädagogischen, persönlichkeitstheoretischen und sozialpsychologischen Problemstellungen, wo ohnehin mancherlei Ähnlichkeiten zwischen Forschungsergebnissen aus Ost und West festzustellen sind. Man wird sich davor hüten müssen, die Psychologie in der UdSSR als zum Schaden und zu Lasten der Forschung hoffnungslos politisiert oder indoktriniert anzusehen.

Der Moskauer Kongreß war angetan, Schwerpunkte psychologischer Arbeit in der Sowjetunion erkennbar werden zu lassen. Für 15 der 38 Symposien, in die sich die Tagung gliederte, hatten die Sowjets die organisatorische Vorarbeit unter Verzicht auf ausländische Wissenschaftler allein geleistet. Es wird vermutet werden dürfen, daß sie die Organisation vornehmlich dort in Alleinregie betrieben, wo sie besonders interessiert waren. Zu derartigen Symposien gehörten solche, die Fragen der Psychophysiologie, der Kybernetik, der Wahrnehmungspsychologie und der Verhaltensforschung gewidmet waren. Ferner sind zu nennen: „Geistige Entwicklung und Sinnesdefekte", „Lernen als Faktor geistiger Entwicklung", „Arbeit und Persönlichkeit" und „Psychologische Probleme des Menschen im Weltraum". Abgesehen davon, daß Themen dieser Art in der ganzen Welt aktuell sind, braucht man die Titel nur zu lesen, um zu wissen, daß auch in der Sowjetunion die Psychologie nicht nur im Wirtschaftsleben, in Erziehung und Unterricht für nützlich gehalten wird, sondern ebenso in Bereichen, die mit Strategie und Militärwesen zu tun haben können.

Um dem Bericht über den XVIII. Kongreß für Psychologie nicht ausschließlich die Form eines allgemeingehaltenen Überblicks zu geben, seien — willkürlich herausgegriffen — einige Untersuchungsergebnisse aufgeführt, die das Verhältnis der arbeitenden Menschen zu Beruf und Arbeitsplatz in einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft betreffen. Für die Haltung sowjetischer Arbeiter unter 30 Jahren zu ihrer Tätigkeit wurden in einer Leningrader Studie folgende Faktoren als maßgeblich ermittelt: Art der Arbeit, geistige Anforderungen, Lohn und Aufstieg. Eine Moskauer Untersuchung ergab, daß 56 Prozent der befragten Arbeiter Unabhängigkeit und die Möglichkeit, Initiative zu entfalten, als dasjenige bezeichneten, was ihnen an ihrer Arbeit am besten gefalle. Die sowjetische Psychologie beschäftigt sich aber auch mit dem pensionierten Arbeiter. Ebenso wie der alternde und alte Mensch, so steht auch der jugendliche Berufsanwärter im Blickpunkt der Psychologen in der UdSSR. In Moskau untersuchte man die Entwicklung von Berufsinteressen. Es stellte sich heraus, daß unter anderem drei Faktoren für Brufswünsche und Berufswahl Jugendlicher bedeutsam sind: Bildungsstand und Beruf der Eltern, Vorbereitung auf den Beruf in den Oberstufenklassen und Interesse an bestimmten Unterrichtsfächern. Der zuletzt genannte Faktor konnte als der wichtigste nachgewiesen werden. Bereits diese wenigen Beispiele deuten darauf hin, daß zwischen westlicher und östlicher Arbeits- und Betriebspsychologie keinesfalls Abgründe klaffen.

Nicht weniger interessant dürften Studien sein, die sozialen Einflüssen auf die Entwicklung der Persönlichkeit galten. In Leningrad wurde die Rolle des Kollektivs bei der Bildung der kindlichen Persönlichkeit zum Thema gemacht. Das Ergebnis lautete: „Das Kollektiv beeinflußt die Persönlichkeit eines Schulkindes nicht dann, wenn das Kind zum bloßen Gegenstand der Diskussion gemacht wird, sondern dann, wenn es an gemeinsamen Aufgaben teilnimmt und als handelndes Subjekt mit verschiedenen Forderungen konfrontiert wird". Übrigens kommen mehrere Autoren zu der Schlußfolgerung, daß eine autoritäre Erziehungsmanier, die dem Kinde ein bestimmtes Verhalten aufzwingt, letztlich ohne Erfolg bleibt. Einleuchtend klingt auch das Ergebnis einer in Tiflis durchgeführten Untersuchung, die sich mit kindlichem bzw. jugendlichem Egoismus befaßt. Beim Jugendlichen, der sich in der Pubertät befindet, kommt es zu Konfliktsituationen, wenn seine persönlichen Wünsche und die von der Gesellschaft an ihn herangetragenen Erwartungen nicht in Einklang stehen. Das jüngere Kind hingegen ist frei von derartigen „Gewissensqualen" und verhält sich egoistisch, d. h. gibt ohne weiteres seinen eigenen Wünschen nach.

Das überaus reichhaltige Programm der Moskauer Tagung, das den einzelnen Teilnehmer überforderte und ihm nicht einmal näherungsweise die Chance ließ, allen wichtigen Veranstaltungen beizuwohnen, hatte eine bemerkenswerte Lücke. Von Testpsychologie war nur am Rande die Rede. Darin spiegelte sich die deutliche Zurückhaltung der sowjetischen Psychologen gegenüber Tests. Jedenfalls ist nirgendwo Testfreudigkeit oder gar Testbegeisterung — wie man sie in einigen westlichen Ländern antreffen kann — zu spüren gewesen. Aus Diskussionen in verschiedenen Instituten ging hervor, daß Tests in der Sowjetunion vorhanden sind und auch angewendet werden. Aber man steht den Ergebnissen sehr kritisch gegenüber und überläßt sich ihnen nicht. Die Gründe für diese Haltung sind einerseits methodischer Art — ein Test, so sagt man, erfaßt nur einen kleinen Teil der menschlichen Persönlichkeit, nicht ihre Gesamtheit — andererseits haben sie eine ideologisch-politische Wurzel. Ein entsprechendes Argument wird insbesondere im Bereich der pädagogischen Psychologie und der Begabungsforschung vorgebracht. Fähigkeiten, so war zu hören, sind niemals angeboren, sondern Produkt der Erziehung. Angeboren sind nur gewisse anatomisch-physiologische Sachverhalte. Körperlich-organische Gesundheit vorausgesetzt, hat jedes Kind prinzipiell die gleiche Chance. Auf diese Möglichkeit nehme „der Test" keine Rücksicht. Um die geistige Leistungsfähigkeit eines Kindes zu ermitteln — etwa als Grundlage für die Entscheidung über die Schullaufbahn — werden dem Gespräch und dem Lehrerurteil größeres Gewicht beigemessen. Möglicherweise ist dem ausländischen Besucher die sowjetische Auffassung absichtlich pointiert dargelegt worden. Vielleicht sollte angedeutet werden, daß das Testen als irgendwie inhuman angesehen wird, weil es die Person zum bloßen Objekt mache. An dieser Stelle würde ein westlicher Psychologe allerdings widersprechen und geltend machen, daß die Instrumente der psychologischen Diagnostik nicht mehr und nicht minder „unmenschlich" sind als die ärztlichen, denn auch sie stehen im Dienste des Menschen.

William E. Simmat

3. Gespräche in Darmstadt

Vom 10. bis 12. September fand das IX. Darmstädter Gespräch statt; sein Thema: „Der Mensch und seine Zukunft". Der Kreis der Gesprächsteilnehmer bestand — abgesehen von einigen Ausnahmen wie Dr. Robert Jungk — fast nur aus Professoren, deren Fächer (von der Mikrobiologie über Physik und Soziologie bis hin zur Politischen Wissenschaft) gleichsam „zukunftsträchtig" sind, und aus anderen, die eher das Überkommene vertraten (der Theologe Rahner und Walter Jens als Literaturwissenschaftler). Natürlich ist gegen die Darmstädter Gespräche als Institution nichts einzuwenden, im Gegenteil: Wenn man Menschen zusammenbringt, die zu einem großen Thema etwas zu sagen haben, resultiert aus dem Konzert ihrer Meinungen unter Umständen wirklich so etwas wie ein Beitrag. Aber das war diesmal hier leider nicht der Fall.

Während der zweieinhalb Tage der Referate und Diskussionen ging es um Dinge wie die Bedeutung des wissenschaftlich - technischen Fortschritts für die Lösung der der Menschheit drohenden Gefahren (unter denen die „Bevölkerungsexplosion" als die drohendste und zugleich dringlichste angesehen wurde); um die Rolle des wissenschaftlichen Ethos (als einer in den „Erkenntnisprogress" einzubauenden Kontrollinstanz); um die Möglichkeiten, mit der „genetischen Last" der Menschheit fertigzuwerden; um die Anwendbarkeit der Verhaltensforschung (speziell Konrad Lorenz) auf die zwischenmenschlichen Beziehungen — „Aggression", psychologisch verstanden, war hier der wichtigste Punkt. Es gab (so, natürlich, R. Jungk) die Forderung nach einer planmäßigen, institutionalisierten Zukunftsforschung, es gab den mürrischen Hinweis (seitens eines Vertreters der Karlsruher Technischen Hochschule), in der Bundesrepublik bestünden vielleicht 150 wissenschaftliche Institute, die sich auf irgendeine Weise mit Vergangenheit beschäftigten, aber nicht eines, das seinen Einfallsreichtum der Zukunft widme. Und es gab schließlich — als Reverenz gegenüber vergangenen Vorstellungen von „allgemeiner Bildung" — Rahners Versuch, etwas über Christentum und Zukunft zu sagen, es gab Gadamer (der als einziger „Gesprächsteilnehmer" frei sprach), und Jens, der der heutigen Literatur vorwarf, sie lasse ihre Nachtigallen immer noch nach Shakespeare statt nach Lorenz singen.

An alledem fiel auf, daß nichts geeignet war, etwa vorhandene Zukunftsfreude zu steigern: Die Naturwissenschaftler gaben sich erstaunlich wissenschaftsgläubig, sahen zugleich die Zukunft am ehesten als die Fortsetzung ihres jeweiligen Fachgebietes mit größeren Mitteln an, gelobten Humanität und gerieten — man muß es leider so sagen — ins Schwimmen, wenn sie die Wissenschaftlichkeit ihres wissenschaftlichen Ethos „verifizieren" sollten. Die Politik werde auf die Wissenschaft hören müssen, so war zu hören, ja, sich an ihr orientieren — aber daß sie das auch tun kann, um sich „die Wissenschaft" samt deren — wie auch immer zu begründenden — Ethos für *ihre* Zwecke dienstbar zu machen, schien wenig Beachtung zu verdienen. Überhaupt: das Gespräch krankte daran, daß es für seinen Vorstellungsbereich im Grunde in der Zukunft keine „Politik" gab, nur allgemeine Menschheitsfragen, die von der — bis dahin offenbar von selbst friedfertig gewordenen — Menschheit zu lösen sein werden. Krieg ist bekanntlich inhuman und anachronistisch, also braucht man garnicht erst von ihm zu sprechen; und böse Nachbarn, die, wie in grauer Vorzeit Hitler, den Verlockungen der Vernunft mühelos widerstehen, sind offenbar hinkünftig nicht mehr zu erwarten. (Sollten sie noch einmal auftauchen, so wird die Verhaltensforschung sie gewiß rechtzeitig zähmen.)

Das ist leider nicht der einzige Einwand gegen dieses Gespräch: Außerdem fiel auf, in welch erstaunlichem Maß die Teilnehmer aneinander vorbeiredeten, wie schwer es ihnen fiel, einander nicht nur „kritisch" — d. h. hier: auf Fehler des anderen wartend — zuzuhören. Als ob eine Addition von Monologen (oder gar der daraus vielleicht einmal resultierenden Praktiken) „Zukunft" ergeben könnte!

Bei Professor Gadamer wurde allerdings jene Behutsamkeit deutlich, die die Folge von Überblick ist: Er stellte die Frage, wie dem Steuermann Agamemnons zumute gewesen sein mag, der gerade durch die Perfektion, mit der er seinen König sicher übers Meer brachte, dessen Untergang herbeiführte; ohne es zu wollen, ohne es wissen zu können. „Absurde Vorstellung: Man brauche nur zu wissen, und dann werde, weiß Gott von wem, das Richtige erfolgen."

Werner Bies

Abbauplan im Ausbauplan

Zur Zukunft der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Also sprach der Landesvater

Hessens Ministerpräsident, Georg August Zinn, wurde am 5. Juli des Jahres in seiner Wiesbadener Residenz hart bedrängt, als er sich nach der Unterzeichnung eines Vorvertrages zur Übernahme der Universität Frankfurt als Landesuniversität ab 1. Januar 1967 gemeinsam mit dem Frankfurter Oberbürgermeister Willi Brundert, der ehemals Leiter der Staatskanzlei war, der Presse und Öffentlichkeit stellte. Unbequeme Fragen waren es, die auf das Verhältnis zwischen Frankfurt und dem Land abzielten, und hier besonders auf den finanziellen Bereich.

Da tat der Landesvater den wunderlichen Spruch, daß recht eigentlich das Land Hessen überhaupt keine Verpflichtung gegenüber Stadt und Universität habe, da doch die Frankfurter Bürger ihre Hohe Schule ganz alleine unterhalten sollten und auch wollten.

Es scheint, daß die SPD in Land und Stadt dabei ist, in Sachen Übernahme der Universität ein Eigentor zu schießen. Vielleicht zur Freude der Oppositionsparteien, bestimmt aber zum Ärger der betroffenen Bürger und Institutionen.

Nachdem Frankfurt für seine U-Bahn nicht die erforderlichen Zuschüsse bekam, wurden die alten, hochfliegenden Pläne für einen Ausbau der Universität nicht nur auf Eis gelegt, sondern gleich ganz begraben. Die Bitte um Übernahme der Universität an das Land kann als eine Fürsorgemaßnahme der Stadt in einer Zeit wirtschaftlicher Not gewertet werden, die das Land längst nicht berechtigt, sich der städtischen Restriktionspolitik anzuschließen.

Vielleicht sollte es schon ein Abschiedsgeschenk sein, als der damalige OB Bockelmann Ende 1962 den Niederurseler Hang anbot. Die häßliche Chronik, die sich mit diesem Stück Land verbindet, ist bekannt. Sie läßt jede Glaubwürdigkeit der Zusagen dieser Landesregierung schwinden, wenn man die Bedeutung des verhandelten Gegenstandes bedenkt.

Die Sorge der Naturwissenschaftlichen Fakultät

Die ganze Auseinandersetzung um den Niederurseler Hang wäre nicht so ernst zu nehmen, wenn es „nur" um die akademische Diskussion oder um ein städtebauliches Konzept ginge. Es geht aber um die Zukunft einer Fakultät und mit ihr der ganzen Universität. Der Betrogene ist nicht eine Handvoll Professoren sondern letztlich der Staatsbürger, dessen Steuergeld unzweckmäßig angelegt wird.

Ende der fünfziger Jahre plante die Fakultät auf Grund der sehr stark angestiegenen Studentenzahlen und der Entwicklung in ihren Disziplinen eine Erweiterung ihres südlich der Robert-Mayer-Straße gelegenen Geländes auf das Gebiet der ehemaligen Bettina-Schule, das 1,6 ha umfaßt. 1960 wurde der Universität die Hochschule für Erziehung (HfE, seit dem 1. Juni 1966 Abteilung für Erziehungswissenschaften = AfE) angegliedert, für die zunächst Baugelände auf der Ginnheimer Höhe vorgesehen war. Der Bedarf an Erweiterungsgelände für die Naturwissenschaftliche Fakultät und der Wunsch des Kultusministers, „sein liebstes Kind", die neugeschaffene HfE, möglichst eng mit der Universität zu verknüpfen, führten schließlich zu einem Tausch der Baugelände.

Die Ginnheimer Höhe wurde alsbald durch städtische Verkehrsplanung in vier Teile zerschnitten, das größte nur noch 16 ha gegenüber 68 ha des Ganzen umfassend. Auch hätte man wegen der „Frischluftschneise" nicht hoch bauen können.

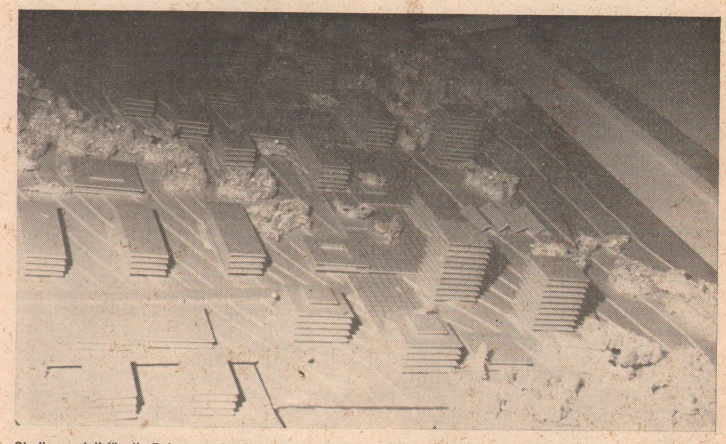
So kam es schließlich zu dem Plan, den Niederurseler Hang in Angriff zu nehmen. Dort sollte neben der Naturwissenschaftlichen auch die Medizinische Fakultät eine neue Heimstatt finden, da deren von Bahnlinien zerschnittenes Gelände in Sachsenhausen damals keine Erweiterungsmöglichkeit erkennen ließ. Die Naturwissenschaftliche Fakultät sollte also niemals alleine von der Kernuniversität entfernt angesiedelt werden.

Der Unfug mit dem Rebstock

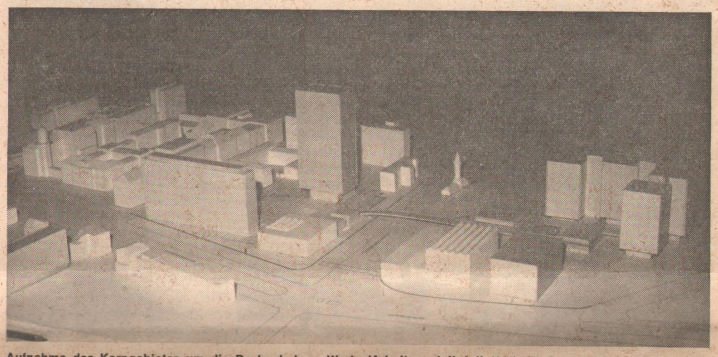
Der letzte, gegenüber dem ursprünglichen Konzept nur wenig geänderte Vertragsentwurf, den Frankfurts Magistrat am 19. September beraten hat, sieht als Erweiterungsgelände für die Universität 30 ha auf dem Rebstock vor. Alle Gremien der Universität haben in langen Sitzungen mit seltener Einmütigkeit die Gründe zusammengetragen, die irgendwelche Universitätsbauten auf dem Rebstockgelände außer dem bestehenden Reaktor als unsinnig erscheinen lassen.

In dem Vertragsentwurf ist zunächst nur von 5 ha Land die Rede, die sofort für die Universität bebaubar sein sollen. Es könnte also kein Generalbebauungsplan für die Übersiedlung der ganzen Naturwissenschaftlichen Fakultät auf die dafür ausreichenden 30 ha am Rebstock aufgestellt werden, weil dann unter Umständen Energiezentren mitten in den von der Stadtverwaltung sorgsam gehüteten Dauer-Kleingärten irgendwo neben den 5 ha errichtet werden müßten. Auch ist es Unfug, eine Fakultät dort auf Ewigkeit zu isolieren, da wegen des Messegeländes nun einmal nicht mehr Platz vorhanden sein wird. Als noch größerer Unfug erscheint es aber, nur das Chemische Institut, das am dringendsten neu gebaut werden muß, auf die 5 ha zu stellen und es dabei zu belassen. Es ist innerhalb der Fakultät und der Gesamt-Universität undenkbar, eine so zentrale Einrichtung auf einen weit entfernten, verkehrsungünstigen Punkt, wie den Rebstock, zu legen und sie dort auf Dauer zu belassen. Die Naturwissenschaftliche Fakultät hat unmißverständlich erklärt, daß sie bei einer Ansiedlung auf dem Rebstock „ihre Zustimmung versagen wird", wie Professor O'Daniel in einer Pressekonferenz ausführte. Außerdem besteht die versteckte Drohung, daß weitere Hochschullehrer dem Beispiel Professor Pfleiderers folgen und mit ihrem gesamten Stab neue Gefilde, wie in diesem Fall die Universität Bochum, aufsuchen.

Da der Niederurseler Hang von den Finanzträgern abgelehnt wird, das Rebstockgelände aber von der betroffenen Fakultät, erhebt sich die Frage, ob es überhaupt eine Lösung für die Zukunft der Universität in Frankfurt gibt.



Studienmodell für die Bebauung des Nordostteils (auf der Planskizze leicht geschwärzt) des Niederurseler Hanges für die Naturwissenschaftliche Fakultät. (Vorschlag Universitätsbauamt, Leiter Dipl. Ing. H. Nitschke v. Nov. 1965)



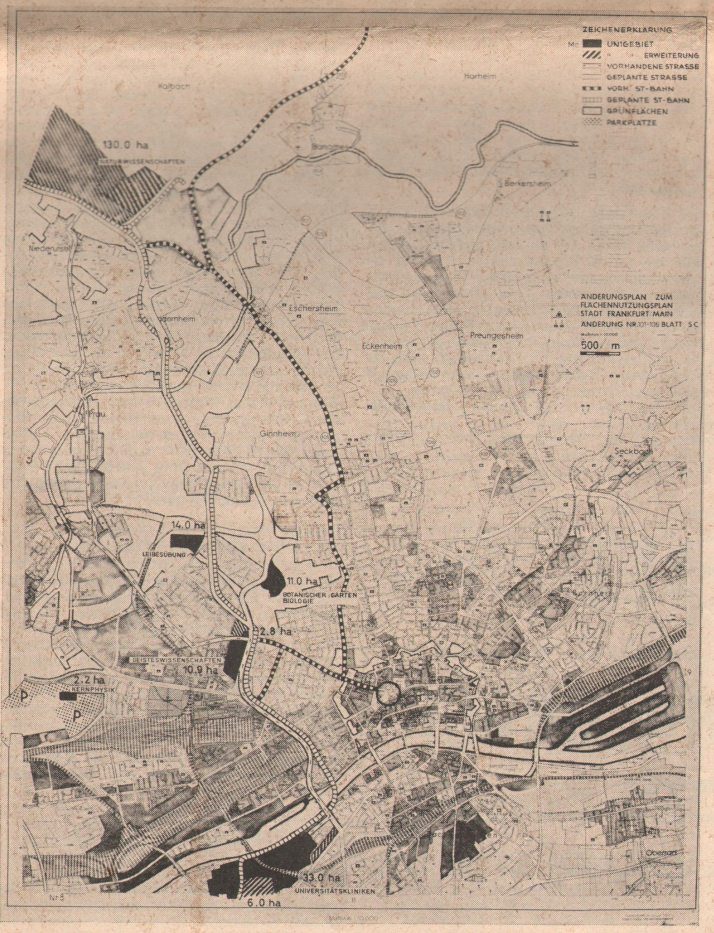
Aufnahme des Kerngebietes um die Bockenheimer Warte (Arbeitsmodell Juli 1966). Rechts der neue Bebauungsvorschlag für Teile der Naturwissenschaften mit Hörsälen und einer Fußgängerbrücke über die Bockenheimer Landstraße. In der Mitte hinter der Mensa das vorläufige Projekt für die Philosophie II. Links am Bildrand abgeschnitten, der Hochhausturm der AfE.

Ausbaupläne im Kerngebiet

Im April 1964 wurde auf dem Gelände der ehemaligen Bettinaschule mit den Gründungsarbeiten für das Hochhaus der AfE begonnen. Nachdem einige Millionen Mark verbaut worden sind, liegt die „teure Grube" mittlerweile über ein Jahr brach. Sie hat sich in dieser Zeit zu einem Naturparadies entwickelt. Gestrüpp und Unkraut spiegeln sich im Grundwasser. Die Vögel haben dort ihren Badeteich, wo eigentlich Hessens Lehrer ausgebildet werden sollten.

Nimmt man an, daß zumindest der Hochhausturm für die AfE auf dem Bettinagelände gebaut wird, was nach den Äußerungen der Landesregierung auf der Pressekonferenz vom 5. Juli durchaus wahrscheinlich ist, so bleibt für die Naturwissenschaftliche Fakultät im Kerngebiet der Universität kaum noch eine Ausweichmöglichkeit. Um zumindest das Chemische Institut bauen zu können, soll eine Zwischenlösung, auf höchstens drei Jahre befristet, angestrebt werden, bei der ein Teil des Chemischen Instituts, die sogenannte „Sofort-Chemie" in das Klinikum nach Sachsenhausen ausgelagert wird; ein zweiter Teil wäre irgendwo im Kerngebiet unterzubringen. Das Institut bei den Medizinern wäre nicht verloren, weil die Fakultät ohnehin auf lange Sicht seiner bedarf.

Die alte Chemie müßte dann in drei Jahren abgerissen und unter Hinzunahme aller erreichbaren Grundflächen neu errichtet werden. Die übrigen Institute könnten in einer extrem dichten Bebauung auf dem Gelände des jetzigen Straßenbahndepots untergebracht werden. Dieses wird frühestens ab 1972 frei, wenn die Stadt bis dahin das Geld zur Verlegung aufbringt.



Stadtkarte mit Eintragung der Universitätsgebiete

Fotos: Schellenberg (2), Universitätsbauamt (1)

Die Entwicklung der Studentenzahlen

Nach den Berechnungen des Wissenschaftsrates werden die Studentenzahlen bis 1970 zurückgehen und von da an bis zum Jahre 1973 wieder auf die heutige Höhe ansteigen. Ab 1974 ist dann ein sprunghaftes Emporschnellen zu erwarten, so daß in Frankfurt 1980 mit einer Zahl von ca. 20 000 Studenten ohne die Abteilung für Erziehungswissenschaften gerechnet werden kann.

Bauten, die erst 1972/73 oder danach begonnen werden, sind somit zu spät fertig. Von irgendwelchen Bestrebungen, im Rahmen einer Studienreform mehr Raum für weniger Studenten zu bekommen, ist hierbei noch nicht die Rede. Alle Pläne der Naturwissenschaftlichen Fakultät sehen daher auch eine Begrenzung auf eine Studentenzahl von 2 500 vor. Die übrigen Fakultäten wollen die Zahl der Studierenden ebenfalls einschränken; so denken die Mediziner an eine Verringerung von gegenwärtig rund 1 700 Studenten auf 1 100, die Wirtschaftswissenschaftler wollen von rund 2 800 auf 2 000 reduzieren.

Schlußfolgerungen

Die Universität hat sehr ausführlich auf alle hier erwähnten Dinge hingewiesen, aber es scheint, als sei die Volksvertretung — möglicherweise wider besseres Wissen — nicht bereit, den Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Es wird kurzfristig und kurzsichtig geplant, wie es scheint mit dem Ziel, spätere Gesamtlösungen wegen der dann investierten Werte abzulehnen. Wenn aber die Landesregierung den Wunsch hat, die Universität Frankfurt in ihrer jetzigen Größe zu belassen, und wenn sie einer Neugründung an ander Stelle, sagen wir in Kassel, den Vorzug gibt, dann soll sie das sagen, damit nicht viel Arbeit jahrelang umsonst geleistet werden muß.

Die letzte Explosion im Chemischen Institut ist noch glimpflich verlaufen, alle Beteiligten müssen sich aber darüber klar sein, daß über Nacht der Neubau eines Chemischen Instituts notwendig werden kann. Je schneller deshalb das Vertrauen zwischen der Universität, der Hessischen Landesregierung und der Stadt Frankfurt wieder hergestellt wird, umsomehr werden sachliche Erwägungen beim Ausbau der Universität im Vordergrund stehen. Bis dahin aber ist Unruhe erste Bürgerpflicht, denn jede Gesellschaft bekommt die Universität, die sie verdient.

G.-W. Schellenberg

Neue Satzung der Studentenschaft zur Abstimmung

Das mittlerweile verabschiedete Hessische Hochschulgesetz zwingt die Frankfurter Studentenschaft, sich eine neue Satzung zu geben, die in einer Urabstimmung von der Mehrheit der Studierenden an unserer Alma Mater befürwortet werden muß. Der AStA hat gemeinsam mit dem Satzungsausschuß des Studentenparlaments einen kleinen Kreis in der Selbstverwaltung erfahrener Studenten beauftragt, eine Mustersatzung auszuarbeiten. Dem Gutachtergremium gehören der ehemalige hessische VDS-Vorsitzende und juristische Fachmann in „Sachen Hochschulrecht" Pfaffendorf, der ehemalige AStA-Vorsitzende Mürmann, der frühere Parlamentspräsident Thelen und der DISKUS-Redakteur Steffen an.

Das Gutachtergremium hat erfreulicherweise darauf verzichtet, die von unseren Altvorderen überkommene Satzung nur zu modernisieren, sie den neuen Erfordernissen des Hochschulgesetzes ausschließlich formal anzupassen. Die radikale Abkehr von den alten Änderungsentwürfen, an denen der Satzungsausschuß seit Jahren herumlaboriert, wirkt erfrischend. Die neue Konzeption der Gutachter nimmt endlich jene Tatsachen zur Kenntnis, die die Diskussion über die Misere der studentischen Selbstverwaltung seit Jahren zutage fördert.

Gestärkte Fachschaften

Der politischen Apathie und dem erschreckenden Desinteresse des „mausgrauen Studenten" an einer Selbstverwaltung wollen die Gutachter durch eine gründliche Strukturreform ebenso beherzt zuleibe rücken wie der bisherigen Ineffizienz der studentischen Interessenvertretung durch ihre Selbstverwaltungsfunktionäre. Konsequent verlagert deshalb die neue Satzung das Schwergewicht von der abstrakten (und dem uneingeweihten Studenten relativ unverständlichen) Parlamentsdiskussion und AStA-Arbeit auf die konkrete Vertretung der den Studenten unmittelbar berührenden (und ihm somit auch sofort verständlichen) Interessen während seines Studiums. Die Arbeit an der Basis, die Interessenvertretung in den Instituten und bei den Ordinariaten (dort also, wo sich auch der mausgraue Student an den Unzulänglichkeiten der Universitätshierarchie und -bürokratie reibt), wird die neue Aufgabe der Fachschaften sein. Sie soll nach dem Willen der Gutachter mehr als bisher die alten Kräfte binden und — hoffentlich — neue rekrutieren.

Konsequenterweise hebt deshalb die neue Satzung die frühere Identität von Fachschafts- und Parlamentsmandat auf. Der gewählte Studentenvertreter, bisher zwischen beiden Aufgaben hin und her gerissen und unfähig, auch nur einer voll zu genügen, soll sich jetzt auf ein Gebiet konzentrieren. Darüberhinaus existierte bisher an jeder Fakultät nur eine Fachschaft. Wie soll aber z. B. ein Psychologe, der zum Mitglied der naturwissenschaftlichen Fachschaft gewählt wurde, die Interessen der Geologie-Studenten wirkungsvoll vertreten, die er aus seiner Studienerfahrung gar nicht kennen kann. Die neue Satzung intendiert nun, daß sich die Fachschaft an Instituten und für Fachrichtungen etablieren. Die Arbeit der Fachschaften wird somit übersichtlicher und wirkungsvoller.

Für die Koordinierung der Fachschaftsarbeit innerhalb der Fakultät und zur Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber dem Dekan schlagen die Gutachter einen Fachschaftsrat (die Versammlung der Fachschaftssprecher und Institutsvertreter) vor, der einen Fakultätssprecher als Vorsitzenden wählen soll. Dem Fakultätssprecher und den Fachschaften garantiert das Hochschulgesetz durch Teilnahme an den Sitzungen der engeren Fakultät ein gewisses Mitspracherecht an der akademischen Selbstverwaltung.

Arbeitsfähigeres Studentenparlament

Der Verlagerung des Schwergewichts studentischer Interessenvertretung auf die Fachschaften einerseits entspricht andererseits die Verkleinerung des Studentenparlaments. Die neue Satzung will das Parlament wieder zu einem arbeitsfähigen Gremium machen. Die Reduzierung der Sitze auf ca. 25 soll den Konkurrenzkampf um die Mandate verschärfen und somit dafür Sorge tragen, daß nur die „Besten" ins Studentenparlament gelangen. Da die Vergangenheit gezeigt hat, wie wenig die Persönlichkeitswahl geeignet ist, die allerorts grassierende Wahlmüdigkeit zu überwinden, empfehlen die Gutachter eine Verhältniswahl nach Listen. Die Interessenvertretung auf der „höchsten Ebene", die Arbeit von Studentenparlament und AStA, gestalten sich schon relativ abstrakt. Als Wahlkriterium erweist sich hier die „Persönlichkeit" eines Parlamentskandidaten (die zudem dem Wähler meist unbekannt ist) wenig geeignet. Sinnvollere Anhaltspunkte liefern politische Programme, die Lösungswege für die anstehenden Probleme aufzeigen. Werden mehrere solcher Lösungsprogramme von verschiedenen Listen (Kandidatenvereinigungen) angeboten, so hat der Wähler eine echte Wahl. Die Vermutung, daß mit Verbesserung der Wahlmöglichkeiten auch die Wahlbeteiligung wieder steigen wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Den Listen vor der Wahl entsprechen die Fraktionen nach der Wahl (im Parlament). Es kämen endlich wieder arbeitsfähige Mehrheiten (die den AStA stellen und in seiner Arbeit unterstützen) und Minderheiten (die die Exekutive wirkungsvoll kontrollieren und kritisieren) zustande. Für eine sogeartete Demokratisierung der studentischen Gremien ist allerdings eine Konzentration der Kandidaten auf wenige Listen die unabdingbare Voraussetzung. Denn wenn wir im Studentenparlament statt bisher 50 „unabhängiger Persönlichkeiten" künftig 20 Listen hätten, wäre wohl wenig gewonnen. Die neue Wahlordnung enthält deshalb Restriktionen um einer Inflation der Listen zu steuern: Eine Liste muß mindestens drei Kandidaten vorweisen. Außerdem kann sie nur dann zur Wahl zugelassen werden, wenn sich 100 Studenten durch Unterschrift für sie aussprechen.

Die Gutachter haben die Kontrollbefugnisse des Parlaments erheblich erweitert. Künftig soll es Untersuchungsausschüsse geben, die den „Übermut der Ämter" (des AStA) dämpfen sollen. Darüberhinaus werden nicht nur der AStA sondern auch alle studentischen Vertreter im Senat, Studentenwerk, Hauptförderungsausschuß usw. an die Weisungen des Parlaments gebunden und verpflichtet, diesem über ihre Tätigkeit regelmäßig und ausführlich Bericht zu erstatten.

Aktiverer AStA

Einem gestärkten Parlament, das in die Lage versetzt wurde, seine Kontrollbefugnis und Richtlinienkompetenz voll auszuschöpfen, kann dann auch eine starke Exekutive, ein effektvoller AStA, zugemutet werden. Größte Sorgfalt haben die Gutachter deshalb darauf verwandt, um innerhalb des AStA eine einheitliche Willensbildung sicherzustellen, die die Voraussetzung für eine wirkungsvolle und erfolgreiche Interessenvertretung von 14 000 Studenten ist.

Der AStA-Vorstand wurde auf zwei Mitglieder reduziert, die Referenten werden künftig ihre Arbeitsanweisung unmittelbar vom Vorstand empfangen, der sie ernennen und entlassen kann hoffen, daß nun „Arbeitsatmosphäre" kann hoffen, daß nur „Arbeitsatmosphäre" in den AStA-Büros herrschen wird und die innerbetrieblichen Querelen ein Ende haben, die soviel wertvolle studentische Arbeitskraft und -zeit bisher nutzlos absorbierten.

Revolutionär sind jene Paragraphen in der neuen Satzung, die es gestatten, künftig auch Studenten mit bestandenem Examen an die Spitze der Studentenschaft zu wählen. Die Gutachter haben richtig erkannt, daß die studentische Repräsentanz bisher daran krankte, daß der AStA immer aus unerfahrenen Studenten der jüngeren Semester bestand. Solchen AStAs fehlte es an Erfahrung, Reife und Geschicklichkeit. Sie haben schließlich die studentische Selbstverwaltung überhaupt diskreditiert, wie die Argumentation der Hochschullehrer während der Auseinandersetzungen über das Hochschulgesetz gezeigt hat. Erfahrene Studenten der höheren Semester sind jedoch nicht bereit, sich in den AStA wählen zu lassen, weil sie mitten in Examensvorbereitungen stecken. Ein „Vorsitzender der Studentenschaft", ein Student mit abgeschlossenem Studium, ist das probate Mittel zur Lösung dieses Dilemmas. Gutbezahlt (etwa Assistentenvergütung) und mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet (Präsidialverfassung) wäre diese Position für manchen Doktoranden sicher verlockend. Der größte Nutznießer bliebe jedoch die Studentenschaft, die endlich über eine ernstzunehmende Repräsentanz und Interessenvertretung verfügen würde.

Ein zu gutes Konzept?

Schon die wenigen, hier nur grob skizzierten Neuerungen der Satzung zeigen, daß die Gutachter bemüht waren, eine in sich stimmige Satzung vorzulegen, die die Studentenschaft befähigen soll, die ihr heute gestellten Aufgaben optimal zu bewältigen. Ob diese brillante Konzeption allerdings politisch zu realisieren ist, das freilich steht noch in den Sternen. Schon regt sich allenthalben Widerspruch. Vielleicht ist der Satzungsentwurf zu utopisch (im guten, ursprünglichen Wortsinne), zu sehr auf die Bewältigung der vor der Studentenschaft liegenden Aufgaben zugeschnitten, als daß die heutigen Studentenfunktionäre (mit ihrem chronischen Hang, so wie früher weiter zu wursteln und den romantisch verklärten Blick auf dem „Gestern" haftend) die Intentionen der Gutachter recht begreifen können? Freilich sind auch konkrete Interessen im Spiel: Manch einer fürchtet um sein Pöstchen, im Parlament und im AStA. Der scharfe Wind der Reformen könnte ihn leicht von seinem warmen Sesselchen wehen.

Auf einer Klausurtagung in Guttenbach am Neckar vom 23. bis 25. September ist die wichtigste Vorentscheidung gefallen. Der amtierende AStA, der designierte AStA, das Ferienparlament und der Satzungsausschuß saßen über dem Gutachterentwurf zu Rate. Die amtierenden Funktionäre der Studentenschaft zwangen die Gutachter zu vielen Konzessionen. Bis spät in die Nacht dauerte es jeweils, bis die Kompromisse ausgehandelt waren. Dennoch blieben die Kernpunkte des Reformwerks (Reorganisation der Fachschaftsarbeit, Listenwahl zum Parlament, Präsidialmodell für den AStA) unangetastet.

Die Frankfurter Studentenschaft wird nun in Urabstimmung über ihre neue Satzung zu beschließen haben. Um die erforderliche Wahlbeteiligung von 50 Prozent auf jeden Fall zu erreichen, findet die Urabstimmung während der gesamten Rückmeldungszeit statt. Sollte die Satzung in der jetzt vorgelegten Form von den Studierenden an unserer Alma Mater gebilligt werden und erteilt schließlich auch der Kultusminister sein Plazet, so darf die Frankfurter Studentenschaft die fortschrittlichste Satzung in Westdeutschland bald ihr eigen nennen.

Hans Joachim Steffen

kleine chronik

Erstsemester-Immatrikulation

Die Universität Frankfurt wird im Wintersemester 1966/67 (1. November 1966 bis 28. Februar 1967) die Immatrikulationsfrist für Erstsemestrige bis zum 25. November verlängern und mit den Anfängervorlesungen am 14. November beginnen. Dadurch soll den Studienanfängern, die ihr Abitur im November 1966 bestehen, Gelegenheit gegeben werden, das Wintersemester ohne Übergangsschwierigkeiten zu absolvieren. S.

Das neue Soziologische Seminar

Mit Beginn des Wintersemesters können die Soziologen der Philosophischen Fakultät ihr Seminargebäude in der Myliusstraße 30 beziehen. Es führt den Namen: Institut für Sozialforschung — Seminar. Eine im Aufbau begriffene soziologische Fachbibliothek, drei Leseräume und ein Raum für Arbeitsgruppen werden das vom Lehrbetrieb bedrängte Institut für Sozialforschung an der Senckenbergianlage entlasten und den zahlreichen Studenten die längst fehlenden Arbeitsmöglichkeiten verschaffen. Diese haben nun Zugang zu den Bücherregalen, sie können ungestört lesen und in Gruppen diskutieren. Das Seminar bleibt in der Regel bis 22 Uhr geöffnet. Dank der Bereitschaft der Assistenten, in den Abendstunden die Seminaraufsicht zu übernehmen, ergibt sich eine zwanglose Form der Studienberatung. Die Leitung des Seminars liegt in den Händen der Herren Adorno, von Friedeburg und Habermas. H.

Belegen

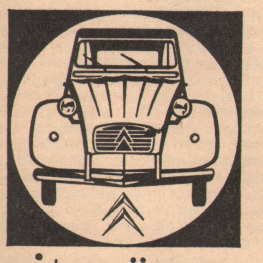
An Einfällen mangelt es Ministerien, Konferenzen und Administrationen in Deutschland nicht, wenn es um organisatorische Fragen der Universitäten geht. Da die Universitäten, auch die Studenten, geduldig und tolerant die dürftigsten Vorschläge, die geistlosesten Reformpläne hinnahmen, ohne daß es zu mehr als Protesten kam, wird auch eine „Neuerung" im Belegsystem durchgehen. Relativ gering wird diese Änderung sich ausnehmen, aber den Sekretariaten und den Studenten lasten die Kultusministerien wieder mehr Bürokratie auf. Nachdem man angefangen hatte, das Belegen auf ein sehr vereinfachtes Verfahren mit Hilfe modernster Maschinen zu bringen, wird jetzt die Handarbeit und der Ärger an den Schaltern der Sekretariate wegen Überlastung wieder eingeführt. Denn die eigens konstruierten Maschinen werden so gut wie wertlos sein, da durch ministerielle Anordnung jetzt ein vierseitiger (4!) Fragebogen auszufüllen ist. Dieser Fragebogen muß vom Sekretariat beim Rückmelden bzw. Immatrikulieren mit überprüft werden. Das Statistische Bundesamt, der Auftraggeber, drohte nämlich, unvollständig ausgefüllte Bogen zurückzuschicken. Dreiunddreißig Fragen hat der Student zu beantworten. Der Fragebogen wird von allen Studierenden in Deutschland auszufüllen sein. Er soll Angaben über Studienablauf, Herkunft der Studenten und Finanzierung des Studiums geben. Über den Sinn des Fragebogens, die Chancen einer wissenschaftlich stichhaltigen Auswertung, kann man sich sehr streiten. Anscheinend waren sich die Autoritäten, die für das ganze Bundesgebiet den Fragebogen mit Empfehlung und Wohlwollen versahen, auch ihres kühnen Rückschrittes bewußt. Denn erst bei diesem Fragebogen besteht die Pflicht, ihn auszufüllen. Vorher genügte jeweils das Wohlwollen der Studenten, ohne juristische Basis. Der Fragebogen wird den Herren vom Kultus die Misere bestätigen, mit Methoden, die zu ihr gehören und sie verschlimmern.
Das Sekretariat wird zu Anfang des kommenden Semesters die langen Schlangen der Studenten wieder abfertigen müssen. Wie in alten Zeiten als es noch keine Änderungsvorschläge und Maschinen gab. Aber eins ist auch geblieben: es gibt immer noch genug Leute, die sich Schildbürgerstreiche gefallen lassen.

numerus clausus - Medizin

Die Bewerbungen für das Medizinstudium stapeln sich. Die meisten werden ausgepunktet; zugelassen zum Studium wird nur, wer eine bestimmte Punktzahl erreicht, die aus den Noten des Abiturzeugnisses ausgetüftelt wird. Da ein gewitzter Aspirant sich nicht nur an einer Universität bewirbt, um mehr Chancen zu haben, bedeutet das mehr Arbeit für die Sekretariate, die nicht auf Anhieb die mögliche Zahl der Zugelassenen erreichen. Die arithmetischen Übungen der Auswahl, wie bekannt nicht einheitlich in Deutschland, illustrieren einmal mehr den Bankrott der Universitätsplanung.

numerus clausus — Pharmazie

Im Gegensatz zu den Medizinbewerbungen übernahm man in der Pharmazie die Last der Auswahl in den Instituten selbst. Die Pharmazeuten veranstalten Prüfungen. Die Bewerber haben schriftlich einige Fragen zu beantwor-



citroën 2cv

Robust, verläßlich, in der ganzen Welt bewundert: CITROËN 2CV, der sichere Kleinwagen mit dem hohen technischen Niveau aller CITROËN-Automobile.

citroën

Neuwagen – Gebrauchtwagen – Ersatzteile – Kundendienst

AUTOHAUS GOLDBACH

Frankfurt am Main

Mainzer Landstraße 151-153 – Telefon: 23 51 67 - 23 50 31 - 23 67 98

2 CV-Spezial-Werkstatt: Raimundstraße 100

ten. Nach den Erfahrungen schneiden die Bewerber mit wenig guten Abiturzeugnissen überraschend gut ab und absolvieren auch ein gutes Studium. Dies steht also im Gegensatz zu den Praktiken der Mediziner, die zwar begabte Abiturienten herausklauben, aber nach den bisherigen Erfahrungen nicht unbedingt Studenten mit guten Studienabschlüssen finden. W.

Studenten(-)zahlen

Spectabilis Rotter geriet durch den Beitrag eines unverständigen DISKUS-Mitarbeiters in den Verdacht, die Zahl der Medizinstudenten unter dem Vorwand einer Klinikbefragung reduzieren zu wollen (siehe DISKUS 5/66). Derartige Vermutungen sind natürlich völlig aus der Luft gegriffen: Die Medizinische Fakultät beschloß ganz offiziell, die Zahl der Studenten von augenblicklich ca. 1800 schrittweise auf 1100 herabzusetzen.

Die Bundesärztekammer schreibt schon seit Jahren, von ständigem Futterneid und Konkurrenzangst geplagt, daß viel zu viele Ärzte ausgebildet werden.

Der Deutsche Wissenschaftsrat hält für Medizinische Fakultäten eine Zahl von 1100 Studenten für angemessen. Darüberhinaus empfahl der Wissenschaftsrat die Errichtung von neuen Hochschulen. Davon wird angesichts der Finanzmisere der Länder nicht allzuviel übrigbleiben.

Wie verlautet, bemüht sich auch die WiSo-Fakultät, ihre Studentenzahlen zu verringern.

Es gibt Beobachter, die vermuten, daß die Fakultäten seit der Pauschalierung der Hörergelder kein großes Interesse mehr an hohen Studentenzahlen haben. Derartige Unterstellungen müssen scharf zurückgewiesen werden. Bl.

Besuch tschechoslowakischer Studenten in Frankfurt

22 Prager Chemiestudentinnen und -studenten besuchten vom 4. bis 20. September die Frankfurter Universität. Für viele von ihnen war es die erste Reise ins westliche Ausland, denn Aufenthalte in kapitalistischen Ländern, insbesondere der BRD, sind von den Funktionären der tschechischen KP nicht gern gesehen. So mußte die Gruppe monatelang auf das Ausreisevisum warten, erhielt keinen Pfennig Zuschuß und wurde mit einem einzigen Dollar an Devisen auf die Reise geschickt. Zudem sah sie sich in den ersten Tagen offenkundig von Landsleuten observiert. Jeder hatte einen Revers zu unterschreiben, daß ihm künftig Auslandsreisen nicht mehr erlaubt seien, wenn jemand in der Bundesrepublik bleibe. Den Aufenthalt in Frankfurt zahlte zur Hälfte das nicht ganz so engstirnige Auswärtige Amt, zur Hälfte der AStA; den Gegenbesuch von 14 Frankfurter Studenten müssen die Komilitonen aus Prag durch Werkarbeit selbst finanzieren. Angesichts dieser Schwierigkeiten kann man dem AStA den Vorwurf nicht ersparen, daß er das Besuchsprogramm zu sehr improvisierte. Denn neben Werksbesichtigungen (Degussa, Henninger, aber nicht Farbwerke Hoechst), dem Routineempfang im Kaisersaal und einer Visite im Bonner Bundeshaus, wo glücklicherweise der SPD-Abgeordnete Merten mit den Gästen diskutierte, war es zu sehr auf Tourismus abgestellt. Erfreulich allerdings, daß sich viele informelle Kontakte ergaben. Die Tschechen klagten nur über eines: das Mensaessen. twf/u.

Erklärung des Studentenparlaments

Die Studentenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main distanziert sich entschieden vom „Frankfurter Studentenanzeiger". Das Parlament der Studentenschaft stellte auf seiner 4. ordentlichen Sitzung am 21. Juli 1966, bei der auch Vertreter des „Frankfurter Studentenanzeiger" anwesend waren, einstimmig fest, daß dieses Blatt nicht von der Studentenschaft herausgegeben oder von irgendeinem ihrer Organe unterstützt wird. Der Name „Frankfurter Studentenanzeiger" zielt bewußt daraufhin, in der Öffentlichkeit die falsche Meinung aufkommen zu lassen, die abgedruckten Artikel seien für die Studentenschaft oder die Meinung eines beträchtlichen Anteils ihrer Mitglieder repräsentativ. Das Blatt, das sich „Organ unabhängiger Studenten" nennt, steht offensichtlich der NPD nahe. Es ist unverständlich, daß Institutionen wie die Deutsche Bundespost das Blatt durch Insertionen unterstützen, so daß dieses kostenlos an die Studenten verteilt werden kann. Dieser Betriebsmodus erklärt die relativ hohe Auflage, aus der daher keinesfalls auf eine wachsende Rechtsradikalität der Studentenschaft geschlossen werden kann.

Kunstfest in Büdingen

Bruno Großkopf, 58, ein Mann von barocker Lebensart, versehen mit Kunstverstand und Kunstgespür, lud in enger Zusammenarbeit mit William E. Simmat, dem Chef der jetzt in ästhetischen Gleisen fahrenden Frankfurter Galerie d, zu einem Kunstfest ins oberhessische Büdingen, 6800 Einwohner, ein. Den Auftakt zu dem zwei Tagesprogramm unter Mitwirkung von 19 innerdeutschen Künstlern (vorwiegend aus dem Lager der malenden und dichtenden Avantgarde) bildete ein Kunstmarkt an fünfzehn Ständen. Marktschreier Schreib soll dabei für 1000 Mark Kleinkunstwerke abgesetzt haben. Dichter Horst Bingel verkaufte „das Wetter von gestern", zwei Mark je Bericht. Ed Kiënder bot u. a. fotografierte Szenen in Rollmopsgläsern an — und war im Handumdrehen ausverkauft. Kunstkritiker Jürgen Claus und Maler Hannes Grosse (beide aus München) ließen das Kunstvolk auf eine Scheibe schießen: „Drei Schuß 50 Pfennig — wer trifft gewinnt ein Bild!" Die beiden haben schätzungsweise dreihundert Mark eingenommen. Günther Uecker ließ für 5 Mark an seinem Stand signierte Riesennägel liegen. 16 Stück wurden gestohlen. Witzboldpoper Konrad Lueg aus Düsseldorf ließ von Kindern Gummibonbons auf seine Bilder kleben, was durch reißenden Absatz vom Publikum quittiert wurde.

In Büdingen war, dank Bruno Großkopf, der die 15 Stände eigenhändig zusammengezimmert hatte, an diesem vorletzten August-Wochenende kein Fremdenbett mehr frei. Seriöse Kritiker hat das furchtbar in Rage gebracht. Der Kritiker der „Frankfurter Rundschau" sah so klar, daß er anstelle von drei herangerückten Fernsehteams gleich sechs wahrnahm. Der Kritiker der FAZ sah so klar, daß er Herrn Professor Beuys nach Büdingen tat, obwohl selbiger weder auf dem Programm stand noch als Zuschauer dort war. Der Kritiker der „Frankfurter Neuen Presse" sah so klar, daß er — obgleich er das Büdinger Unternehmen gleich zweimal rezensierte — aus dem Zerokünstler Otto Piene einen anderen Mann machte. Hörfunkreporter Tietze stellte in einer Lifereportage sich und seinen Zuhörern die Frage, ob das denn noch alles Kunst sei. Bei der nächsten Veranstaltung will Bruno Großkopf neben seiner Freibierspende Klarsichtpackungen zum alsbaldigen Ge- und Verbrauch austeilen lassen. Auch der Südwesthörfunk, Abteilung Kultur, soll davon etwas abbekommen.

Zerokünstler Heinz Mack, erfolgbeladen aus den Staaten zurückgekommen, kommentierte: „Büdingen oder New York, Donnerwetter, da gibt's heute keine Unterschiede mehr!" M. Be.

Kunstbuden in Büdingen — Foto: Inge Werth

Ein müdes Festival

16. Internationale Theaterwoche der Studentenbühnen in Erlangen

Das diesjährige Erlanger Festival stand noch deutlicher als in den Vorjahren unter zwei Vorzeichen: der anhaltenden Schwäche des deutschen Studententheaters und der zunehmenden Professionalisierung der süd- und osteuropäischen Studentenbühnen. Nur mit Mühe hatte man fünf deutsche Bühnen zu diesem einzigen westdeutschen Festival dieser Art zusammenbringen können. Die Qualität des Gebotenen rechtfertigte in den meisten Fällen die Reise nach Erlangen nicht. Die süd- und osteuropäischen Gruppen glänzten mit zwei Ausnahmen lediglich durch artistische Perfektion und publikumsgefällige Stückwahl.

Drei Aufführungen ragten aus dem Angebot der Mittelmäßigkeit heraus, zwei dieser Aufführungen demonstrierten interessanterweise die extremen Auffassungen vom Studententheater. Parma brachte eine Bearbeitung von Rabelais' „Gargantua". Bedingungsloser Einsatz von Mimik und Artistik war schon immer Kennzeichen dieser halbprofessionellen Truppe, selten jedoch sah man die Parmaer — bei all ihrem Temperament — diszipliniert spielen. Ein optisch schönes und vor allem funktionales Spiel unterstützte die Regiekonzeption. Kritik wäre in erster Linie an der Schlußszene zu üben. Die Geschichte vom Kampf der Krieger gegen die Nicht-Krieger endet mit einem Sieg der Nicht-Krieger und dem Aufbau einer guten, neuen Welt. Der Regisseur, der diese Szene von einer „milden Ironie überstrahlt" wissen will, hätte den utopistischen Charakter dieses humanistischen Ideals stärker hervorheben sollen.

In Form und Absicht völlig entgegengesetzt war der Beitrag der Hamburger Studiobühne „Ami go home — Eine Lesung zum Krieg in Vietnam". Auf einer nach allen Seiten hin offenen Bühne trugen die Hamburger größtenteils authentische Texte vor, im ersten Teil aus der Kolonisationsgeschichte Vietnams, im zweiten Teil vom gegenwärtigen Kampfgeschehen. Die szenisch aufgelockerte Lesung mündete in chorisch vorgebrachte Agitation: „Von Saigon bis Rom — Ami go home". Die Auswahl der Texte kann man den Hamburgern nicht zum Vorwurf machen, sie wollten keine wissenschaftliche Dokumentation, sie wollten Agitation auf die Bühne bringen. Solange man dieses Vorhaben offen erkennen läßt und nicht pseudoobjektiv kaschiert, ist solches Vorgehen legitim, so einseitig (antiamerikanisch) es sein mag. Allerdings sollte man den Hamburgern weniger emotionelles Engagement — und dies war vor allem in der Diskussion zu erkennen — wünschen. Innerhalb ihrer Ziele lieferten die Hamburger aber eine auch formal beachtenswerte Inszenierung.

„Das Tagebuch eines Narren", eine dramatisierte Erzählung von Gogol, gezeigt vom „teatre STU" aus Krakau, war der dritte Lichtblick des Festivals, interessant hauptsächlich durch einen formellen Kunstgriff: die Person des Erzählers wurde auf drei Personen verteilt. Dabei spielte jeder Erzähler die Person jeweils aus seiner Sicht. In Gogols Auseinandersetzung mit der Gesellschaft im zaristischen Rußland sahen die Polen einen Bezug auf die aktuelle gesellschaftliche Situation; ein fortschrittlicher Mensch scheitert an seiner sozialen Umwelt. Das ungewöhnliche schauspielerische Können der drei Hauptdarsteller (Schauspielschüler) und die feinfühlige Regie machten die Aufführung zu einer der besten während der Theaterwoche.

Ansonsten versuchten sich mehr oder minder glücklos Freiburg mit Lorca-Gedichten, Wageningen mit zwei unbedeutenden Einaktern und Istanbul mit spezifisch türkischer Sozialkritik. Brüssel spielte Gattis „Berichte von einem provisorischen Planeten"; eine verfehlte Regie und ein unzureichendes Ensemble ließ den Versuch nicht allzu erfolgreich verlaufen. Krakau brachte neben dem Gogol noch „Die Unterrichtsstunde" von Ionesco, eine zweite Krakauer Gruppe zeigte Borcherts „Draußen vor der Tür", beide Inszenierungen wurden schauspielerisch glänzend vorgetragen, boten ansonsten aber keinen Beitrag für die Diskussion. Bratislava wurde mit Hans Sachs' „Fastnachtsspielen" zu Recht ausgebuht, völlig außer Tritt war die Frankfurter „neue bühne", die Ernst Tollers „Feuer aus den Kesseln" zeigte. Den versöhnlichen Abschluß des Festivals bildete eine weitere Aufführung der Polen, die den Studententheater-Klassiker „Auf hoher See" von Slawomir Mrozek in einer gefälligen Inszenierung darboten und reichlich Beifall fanden.

Langweilige Diskussionen und wenig interessante Vorträge rundeten das Bild eines müden Festivals ab. Bezeichnenderweise war das einzig belebende Element ein zäher Kampf um die meist albernen, teilweise aber auch unfairen Praktiken der Redakteure der Festivalzeitung „Spotlight". In Anbetracht dessen bleibt es unverständlich, warum Veranstalter aus politischen Gründen finanziellen Repressalien ausgesetzt wurden (hinter den Programmtitel der Hamburger „Ami go home" mußte beispielsweise ein Fragezeichen gesetzt werden). Wenn das Studententheater nicht zu seiner Aufgabe als „Theater kritischen Bewußtseins" zurückfindet, schläft die Erlanger Festwoche ohnehin bald ein. **Klaus D. Viedebantt**

buchkritik

Antigrammatische Literatur

Helmut Heißenbüttel: Über Literatur. Walter-Verlag. Olten und Freiburg im Breisgau 1966. 247 Seiten. DM 14,—.

wenn man mit etwas (literatur) etwas anstellt und auch überzeugt ist daß man mit etwas etwas anstellen kann und auch weiterhin überzeugt ist daß das was man mit etwas angestellt hat etwas ist was das gesamte etwas (noch immer literatur) umfaßt so bleibt doch etwas etwas (auch literatur) übrig und damit wird durch dieses etwas etwas das so etwas anstellt mit etwas daß etwas anderes ausgeschlossen bleibt etwas fragwürdig.

Der Band ist gegliedert in: *Autoren und Gattungen* — Gertrude Stein, Hemingway, Ezra Pound, Arno Holz, Carl Einstein, Henri Michaux, Arno Schmidt, konkrete und visuelle Poesie, Kriminalroman und allgemeines Sprachverständnis werden hier abgehandelt; dann den zweiten Hauptteil *Theorie* mit einer *Spekulation über eine Literatur von übermorgen*, den *Frankfurter Vorlesungen über Poetik 1963* und *13 Hypothesen über Literatur und Wissenschaft als vergleichbare Tätigkeiten* und schließlich den dritten Teil *Pro Domo*, in dem Heißenbüttel einige Aufsätze über seine eigene schriftstellerische Arbeit zusammengestellt hat. „In diesen Aufsätzen und Vorträgen wird mehr oder weniger eine einzige Frage gestellt. Die Frage, ob die Literatur im 20. Jahrhundert etwas ist wie eh und jeh (vielleicht mit bestimmten historischen Einschränkungen, aber doch intakt, wie man sagt) oder ob sie etwas darstellt, das ganz neu zu beurteilen ist", schreibt er in dem direkt Pro Domo folgenden Nachwort. Daß man daher schließt, seine angewandte kritische Methode und Auswahl sei ebenfalls pro domo, bietet sich als Pointe an.
Literatur wird von Heißenbüttel zur „machbaren Manipulation innerhalb und außerhalb und an den Grenzen der Sprache" erklärt, der Komplex der Poetik auf Sprachtechnisches zurückgeschraubt. Die Manipulationen erweisen sich als zum Prinzip erhobene Ausdrucksmittel innerhalb der Grammatik. Allen Aufsätzen dieser Sammlung ist die Forderung nach Prüfung der Sprache, die in dem bekannten „Zerbrechen der Syntax" gipfelt, als kritische Klippe unterlegt:

Die syntaktische Verknüpfung beruht auf einem Grundmodell, dem von Subjekt — Objekt — Prädikat. Dieses Grundmodell besagt, daß die sprachliche Auseinandersetzung geschieht, daß es immer etwas gibt, auf das sich alles bezieht, und etwas anderes, das diesem Bezugspunkt gegenübersteht, beides aber in Form von Aktions- und Verhaltensweisen miteinander verbunden ist. . . . Ich erkenne . . . (oder glaube zu erkennen), daß das alte Grundmodell der Sprache von Subjekt — Objekt — Prädikat nicht mehr standhält.

Die historische Entwicklung zu diesen zeitgenössischen Manipulationen von der Romantik über Dada legt Heißenbüttel in den *Frankfurter Vorlesungen* dar. Der Endpunkt dieses Gangs durch die jüngere Literaturgeschichte ist: „Die neuen Prinzipien der Literatur des 20. Jahrhunderts sind antigrammatischer Natur." Das war Hemingway und Pound nicht aufgefallen. Daher heißt es zu Hemingway: „Daß . . . in Wahrheit ungenau und oft eingleisig erzählt wird, kann nicht wahrgenommen werden vor der Positivität, der unnahbaren Vertrauenswürdigkeit solcher Syntax." Und zu Pound: „Eine großangelegte Spiralbewegung führt zu immer den gleichen Formulierungen und Anspielungen zurück. . . . Auch die beiläufigste Redewendung erhält so die Härte und Einprägsamkeit einer These. In einer ununterbrochen ablaufenden Kette von Schlußformeln wird jede Entwicklung ausgesperrt. Daß sowohl dem kritisch gehandhabten Satzbau bei Hemingway als auch dem Beziehungsgerüst Pounds mit seiner Tendenz zur Statik die Frage nach der Tauglichkeit des sprachlichen Materials innewohnt, bleibt unbeachtet. Sie haben eben nicht voll Vertrauen auf die Sprache drauflosgeschrieben, nur: das wird nicht expliziert, sondern poetisch verwirklicht in einer scheinbar unscheinbaren Weise, die nicht unmittelbar ins Auge sticht. Gertrude Stein ist Heißenbüttel da schon sympatischer, denn ihre Schreibweise sticht ins Auge, fordert „Reflexion und Meditation" geradezu heraus. Und zwar dadurch, daß sie die Sprache auf sich selbst reflektieren läßt, sie in ihre Grundelemente zerlegt. Sprich: Zerbrechung der Syntax. Brecht soll auch Antigrammatiker gewesen sein. (Aber Brecht war nicht einseitig. Er variierte seine Methoden.)

Die Basis der Methode Heißenbüttels ist, daß er Sprache gleich Welt setzt und von der in ihren logischen Beziehungen veränderten Welt her die herkömmliche Logik der Sprache kritisiert. Doch das Vertrauen, das der Sprache auf der einen Seite durch Zerstörung des alten grammatischen Aufbaus und durch Abspaltung des Bedeutungsballastes vom einzelnen Wort entzogen wird, schleicht sich durch das Hintertürchen wieder ein, indem hoffnungsvoll auf die Positivität der neuen Syntax spekuliert wird. Mit Hilfe von Sprach-Metaphysik wendet man sich gegen die Metaphysik, die aus Sprache gemacht war. Man tauscht ein Bezugssystem gegen das andere ein, und das neue System soll der komplexen, daher niemals eindeutigen Welterfahrung entsprechen. Außer einem Bewußtsein der Relativität der Sprache ist nichts gewonnen. Selbst Denken im Widerspruch zieht noch eindeutig Verbindungen. Anders ist Denken nicht vorstellbar.

Bei aller Profiliertheit steht Heißenbüttel seinen Theorien durchaus kritisch gegenüber: „Man darf . . . jedoch nicht vergessen, daß man sich in einem Dilemma befindet. Denn die im Zerfall des Systems freiwerdenden Sprachelemente (auch die neuen Bedeutungsschattierungen) haben ja ihren ursprünglichen Sinn innerhalb dieses Systems gewonnen. Man benutzt etwas entgegen dem überkommenen Sinn, ohne daß man es ganz daraus lösen kann. . . . Ob die literarischen Versuche . . . zukünftige Möglichkeiten vorausprojizieren oder nur ein spezielles Dilemma ausdrücken, ist ganz offen."

Heißenbüttel engt den Bereich der Literatur ein. Sie besteht nicht nur aus Grammatik. Er spricht pro domo. Aber er sagt es auch.
An seiner Methode der Literaturkritik sollte man die eigene schärfen. **Helmut Pohl**

Und doch kein Schoß

Martin Walser, Das Einhorn, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1966, 500 Seiten, DM 24,—

Martin Walsers *Halbzeit*-Vertreter und Werbefachmann Anselm Kristlein ist Schriftsteller geworden. In München liegt er im Liebeskrankenbett. Verletzt vom Proustschen Zeitbewußtsein, versucht er eines Verlegerauftrages und einer Liebesgeschichte, in die ihn dieser Auftrag brachte, Herr zu werden. *Lage I*, so chiffriert Walser die Ausgangsposition, zeigt Anselm in der Zwillingshälfte des Ehebettes, unter dessen Kopfkissen wohl Thomas Manns *Zauberberg* liegt. Mit Hilfe einer vorgeschobenen Krankheit verschafft Anselm sich Abstand von der Familie und versucht der Zeit des vergangenen Sommers beizukommen, versucht sich klarzumachen, daß sich diese Vergangenheit nicht bewältigen läßt. „Das Einhorn", dieses mythische Tier, jagt ihn von einem Schoß in den anderen, aber alles Erinnerte hat sich schon erfahren, ist nicht mehr rein zu erfahren und so für das Einhorn kein Schoß, in dem sich einschlafen ließe. So nimmt sich Anselm selber ins Gebet und bittet sich die Zufälle frei von einem nachträglichen Bedeutungsschimmel.

Lage I ist: wie kam es, und was kommt, was kommt noch. Das ist eine sehr normale Ausgangsposition für jede Exkursion ins Bewußtsein. Und so kam es: Anselm ist von seiner Frau nach München verzogen worden. Auf einem Faschingsfest hat er eine Schweizer Verlegerin kennengelernt. Nach geraumer Zeit erhält er einen Brief von ihr, Einladung nach Zürich und einen noch nicht näher bezeichneten Auftrag. Anselm fährt, lernt die Verlegerin wirklich kennen, den Auftrag, ein Buch über die Liebe, mit nichts als der Wahrheit. Anselm muß sich in der Liebe erfahren, für seinen Auftrag. Die Verlegerin macht den Anfang, ihr folgen Begegnungen mit anderen Engeln, in Verbindung mit seinen schriftstellerischen Reisen und Vorträgen. Folgen erster Manuskriptvorlagen bei der Verlegerin und ihre abschlägigen Antworten. Er erzählt sich das Ganze noch einmal anders.

Für Anselm laufen jetzt Bewußtseins-, Zeit- und Raumstadien auseinander. Jetzt steht am Anfang die Frage nach den Abläufen und ihren Wirklichkeiten in der abgelaufenen Zeit. Zur Verfügung stehen Wörter. Wörter drücken Sachverhältnisse aus, unter anderem, und gruppieren ihren chronologischen Bezug. Sie sind wertfrei, ihr existenzieller Gehalt ist minimal. Bleibt also der Versuch des Nennens. Das Was-darf-es-sein eines jeden Erzählens liegt gleich nebenan. Also schießt Anselm los, gruppiert Zufälle. Das Fest in München, zum Beispiel. „Es war so ein Fest". Und in dem Maße, wie sich Wörter anbieten zur Herstellung der Vergangenheit, schwindet Anselm die Sicherheit. Mit jedem auswechselbaren Wort, das sich in die Situation schiebt, verändert sich der Sachverhalt: „Denke ich aber an Alissa, denke ich an eine andere Frau . . ." Eingeschobene „Anlässe, über unser Erinnerungsvermögen verwundert zu sein" geben Anselm Reflexionsbahnen, auf denen er bereits Erzähltes auf seine Vergangenheit, Gegenwärtigkeit und Wirkung immer wieder benennend beklopft. Und siehe da, Anselm wirft mit Wörtern nach den Dingen und Menschen, und keine Reaktion der Nerven tritt ein. Keiner seiner Sinne reagiert auf das Benannte als Gegenwärtiges, keine Brust, keine Hand, kein Auge, weder Stein noch Bein. Anselm bietet das Manuskript wieder seiner Verlegerin an. Doch diese verlangt noch immer die Wahrheit, will nicht das reihum Erzählte zur Auswahl. (Sie bekommt es letztlich doch, im Buch, dem, vor dem wirklichen Leser, mit all seiner reihum fingierten Wirklichkeit liegenden Buch.)

Die Erinnerung ist Anselm kein Agens. Er kaut an der Schnur und versucht sich aus der Vergangenheit in die Gegenwart seiner „Lage" durchzuhangeln. Von der Verlegerin ist er zur Arbeit in ein Bodenseehaus befohlen worden. Dort in eine Sommerparty geraten. Das waren Vorspiele. Anselm erstellte sich Spiegelzimmer. Fest in München, Fest am See. Begegnung mit Melanie, der Verlegerin, immer wieder, mit Barbara. Rosa gespiegelt mit Melanie. Mit Orli gerät Anselm an die Liebe. Und Anselm steuert los auf Orli. Verliert seine Vergangenheit, sprengt das Mädchen von der Seite eines Begleiters und geht noch einmal ein in Kinderzeit. Spiegelte sich Anselm bislang in Gruppen eines Jahres, so setzt er sich jetzt rückwärts. Er wiederholt die Phasen seiner Kindheit und Jugend. Neben Orli erwacht er noch einmal in die unbedingte Erfahrung des Kindes. Keine Vergleiche, kein Anspruch der Umwelt, diese Liebe will er, Anselm, so absolut, so unter Verzicht auf jede relativierende Zeit, daß er strandet an der Nichtvollkommenheit. Er findet sich als Sechs-, Neun-, Zwölfjähriger an der Seite von Orli. Er will abstreifen sein Wissen, seine Familie, seine Routine. Als keuscher Joseph will er sich nähern und erliegt. Auf der ganzen Zeitebene. Ihn holt ein seine Jugend, seine Familie, die Zeit, und über Nacht verliert er Orli und damit das reine Bewußtsein. Das Einhorn findet keinen Schoß. Orli flattert als Name um das Horn und findet Anselm in *Lage II*. So findet der Leser Anselm vor sich: seine Stationen in der Gesellschaft, Diskussionen, Literaturbetrieb, Fest mit und ohne Kunstsums. Anselm war dabei, hat sich erfahren und hat sich abgedrängt, auf das Privateste zu, eine Liebe, die er rein wollte, so leugnet er die Zeit, an der er nun in seinem Münchener Ehebett laboriert. Aber er ist eher als daß er war. Noch hier will er sein Einzelschicksal.

Die Strukturen sind sauber ausgelegt. Walser führt seinen Anselm, sehr genau, sehr ehrlich, durch die mögliche Wirklichkeit des Vergangenen. Anselm erzählt im Präsens des Ich-Erzählers und gibt Präteritum als seine direkte Vergangenheit. „Und in meinem Kopf entwickelt sich der Knäuel, trösselt sich auf der Geschehniswust . . ." Schon früh kann man die Zeitstaffelung der Erinnerung auf kleinster Ebene fassen:

In den Wänden toben, seit wir liegen, die Mäuse. Hoffentlich sind's Mäuse. Sie transportieren etwas oder spielen. Es rollt, kollert, klingt nach Kastanien. Weil ich wußte, daß auch Birga horchte, sagte ich: Wahrscheinlich nur im Winter. Sie schnaufte.

Diese Sätze enthalten in nuce die Tempusstrukturen. Anselms präsens historicum, als unmittelbare Vergegenwärtigung des Vergangenen, wird durch das Imperfekt sofort relativiert und als erinnerte Vergangenheit gekennzeichnet. Die Funktion des Tempus' ist streng an Anselm als Ich-Erzähler gebunden. So begegnen dem Leser im Seehaus Figuren, die er schon auf dem Faschingsfest traf. Diese Figuren haben für Anselm keine Entwicklung.

Es wird gezeigt, wie sie funktionieren. Wer sich zweimal mit dem gleichen Witz zeigt, ist ein Stereotyp. Das wird in den Podiumsgesprächen wiederholt. Anselm nimmt nicht die Reden der einzelnen Partner auseinander, er zeigt — ein Meisterstück Walsers — die festen Bestandteile der Diskussionen, ihr Stereotyp.

Kommentarlos das Auswechselbare nachweisend, gibt Anselm die Herstellungsklischees und die Hersteller preis. Auch beim Seefest enthält er sich des Kommentars. Er führt sich lediglich noch einmal vor, wie er glaubt, daß diese Leute sich damals zeigten. Und zeigten zugleich einen Querschnitt durch das BRD-Leben auf großem Fuß. (Für den Liebhaber von Detektivgeschichten ergibt sich ein Entschlüsselungsspielchen des Literaturbetriebs.)

Anselm hat Zeit erlebt, und Walser ließ ihn erleben. Ohne Meinungsbildung. Walser greift nur stilistisch in seine Gestalt ein. „Anselm wollte nicht das Problemgras wachsen hören. Er wollte reden. Bodenlos." Daher die Wut der Wörter, ihre Häufungen, ihr Herunterbeten, ihr Gruppieren, ihr Angebot zur Auswahl. Daneben handhabt Walser wie kein anderer deutscher Schriftsteller literaturtheoretische Überlegungen als Erzählstrukturen. Ihm kann keiner kommen, er hat ihn allemal schon. Wer ihn festbindet an die Erzählperspektive des existentiellen Ich, wird mit einer Volte abgeschlagen:

Sogar das auftrumpfende Ich bringt es nicht über sich, mit sich selbst auch einmal im Ernstfall per Du zu sein. Ist man etwa kein Fürwortparlament? Anselm, so heißt das Parlamentsgebäude, darin tagen die Erste Person, die Zweite Person, die Dritte Person. Welche Person in der Einzahl welche in der Mehrzahl auftritt, ist von Mal zu Mal verschieden. Um Anselm überhaupt als einen Verkehrswert anbieten zu können, habe ICH (!) seine erste Person oft an den verheirateten, berufstätigen, heldenmäßig häufig vorkommenden Zeitgenossen vergeben, habe seine Zweite Person an den erwartungssüchtigen Einhornsklaven gebunden und eine Dritte Person beauftragt über Anselm Eins und Zwei zu wachen und dann und wann Buch zu führen über das, was sie treiben."

Dieses ausführliche Zitat erhellt weite Strecken der Komposition Walsers. Hier zweifelt einer nicht an der Erzählbarkeit der Welt, hier insistiert einer darauf, wie er sie erzählt wissen will und auch erzählt.

Und so hetzt Anselm durch die Fürwörter, vom Ich zum Du, zum Er zum Wir. So hetzt Anselm durch die Tempusgassen seiner Zeit. Geht ein in die Sprachgesten der Zaubersprüche, führt sich zur Tränke Joyce, nippt proustsch' an der Landschaft, reflektiert sich „Mann"-haft aus der *Lage I* in die *Lage II*. Doch Anselm winkt der Erinnerung ab, glaubt nicht seinem Bewußtsein, das hinkt und hängt im Bodenseesommer. Das Einhorn findet keinen Schoß, und längst wurde nicht mehr so schön gesungen von der Erwartung, der Zeit, der Liebe, wie Walser singt auf 500 Seiten, und das ist ein Abenteuer. **Klaus Vorpahl**

10 JAHRE STREIT-ZEIT-SCHRIFT
Herausgeber Horst Bingel

Im September 1966 das Jubiläumsheft „Literatur und Politik"

Aus dem Inhalt

Ludwig Marcuse	Literatur und Politik	Weitere Beiträge
Walter Höllerer	Unmetaphorische Politik	schrieben Günter Eich,
Erich Fried	Zum Thema	Marie Luise Kaschnitz,
Max von der Grün	Hund und Baum	Ernst Meister, Reinhard
Hans Erich Nossack	Engagement	Döhl, Karl Riha,
Gerhard Zwerenz	Besichtigung des Aussichtslosen	Enno Patalas
Wolfgang Weyrauch	Düsseldorfer Fabel	und viele andere.
Gabriele Wohmann	Mein Engagement	In jedem Heft
Franz Mon	Vier Räder sind genug	mindestens 100 Seiten
Jiri Hájek	Literatur als Kommunikationsmittel	Text, dazu Original-
Gregor Imhaus	Pornosophen in den Bundestag	graphik, Zeichnungen,
Wulf Segebrecht	Karl Krolows Kriterien	Handätzungen,
Karl Krolow	Bemerkung zu Wulf Segebrecht	Autorenkarikaturen.

Erscheint 2 x jährlich. Einzelheft DM 4,—

VERLEGT VOM SCHERZ VERLAG MÜNCHEN

Frankfurt a. M., Goethestraße 1 (am Goetheplatz), Telefon: 23633 und 25246
Fachbücher aus allen Gebieten: Jura, Wirtschaftswissenschaft, Technik, Medizin, Naturwissenschaften

Universitätsbuchhandlung
Blazek & Bergmann

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-, Zeichen-, Schulartikel

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Ulrich Luetjohann

Konkrete Poesie und Werbung

Die Situation

●

Heißenbüttel: „Die Verwandtschaft mit den Praktiken der Werbegraphiker ist ohne Schwierigkeit zu erkennen". (Über Literatur, 1966) Franz Böckelmann: „Seit neuestem belegen konkrete Lyriker im Gespräch ernsthaft die Relevanz ihrer Arbeiten mit dem Hinweis auf ihre werbetechnische Auswertbarkeit." (in: Texturen 9/64). Walter Benjamin, zitiert von Ferdinand Kriwet: „Mallarmé . . . hat zum ersten Male im ‚Coup des dés' die graphischen Spannungen der Reklame ins Schriftbild verarbeitet." (in: Diskus 5+6/1964). Max Bense: „so ähneln konkrete texte oft werbetexten". (in: rot 21).

●

Die Stimmen mehren sich. Etwas scheint im Gange zu sein. Die Werbung nähert sich der Poesie, wirbt scheinbar um sie, indem sie deren Habitus annimmt. In Wirklichkeit findet eine Usurpation statt. Man stelle sich vor: Reklame für einen Ersatz-Kakao läßt sich nicht mehr einwandfrei, wenigstens in Teilen, von einem konkreten Poem unterscheiden. Wird hier

scheinbar auf harmlose Weise angedeutet, daß man die konkrete Poesie durch den Kakao ziehen soll? Man kennt ja die rabiaten Methoden der Werbefachleute, die vor nichts zurückschrecken, um sich des König Kunden zu bemächtigen. Sie stellen extra Psychologen ein, testen Geschmack, Aufnahmebereitschaft, wunde Punkte des kleinen Manns im Volke und des Intellektuellen im Zirkel. Sie verwenden auf ihren Plakaten schreiende Farben, halbnackte Frauen und neuerdings sogar Poesie.

Wachsamkeit ist am Platze. Jeder, der an Sprache interessiert ist, muß aufhorchen. Was ist konkrete Poesie, und was ist Werbung, daß sie, die niedere Sphäre des Konsums, es wagen kann, die Grenze zur erlauchten Sphäre des Geistes, der Kunst, der Literatur, des Gedichtes zu verwischen?

Werbung — allgemein — ist weiblich: bunte Federn anlegen, sich ins rechte Licht rücken, sich anbieten und viel versprechen. Wo sie sich sprachlicher Methoden bedient — und das soll hier untersucht werden — entsteht meist Rhetorik: Metaphern, Vergleiche, Futur, Imperativ, Superlativ. Da liegt die Nähe zur Dichtung. Konkrete Poesie ist darüber hinaus noch mehr. Bei ihr wird u. a. die Typographie wichtig, die Dominanz der Graphik. Es entsteht z. B. das visuelle Gedicht. Aber Graphik und Typographie sind auch wesentliche Bestandteile der Werbung. Reichen diese allgemeinen Berührungspunkte — Sprache, Typographie, Graphik — aus, um die Fülle von Ähnlichkeiten zu erklären, die wir beim Vergleichen konkreter Poesie und Werbung finden? Das Material selbst ist erdrückend, die Ähnlichkeiten frappant.

Dekomposition

Was Kriwet „Dekomposition" nennt und Heißenbüttel „Zerbrechen der Syntax", das Suchen nach einem neuen sprachlichen System, das nicht mehr der konventionellen Denkweise folgt, dem Herstellen von Verbindungen nach dem Schema Subjekt-Prädikat-Objekt, sondern eigene Wege geht, — es wird in der konkreten Poesie verwirklicht, wo man den Satzbau abbaut und die Wörter tranchiert:

wolken ge
rippt die
. . . . . .

(Chris Bezzel, in: Poetarium III, 1964)

Das Fehlen des Bindestriches deutet an, daß gegen die schulmäßige Orthographie angegangen wird, um durch ihre Zersprengung dem Leser neue poetische Wirkungen zu vermitteln. Man ist verblüfft, daß eine alte Lese-Erfahrung nicht mehr eintritt. Hier wird noch die Silbeneinheit gewahrt, so daß das Ganze als ein Weglassen, aber Verstehen auf dem Hintergrund des Weggelassenen und seines Systems erscheint. Weit radikaler tritt die Dekomposition dort auf, wo auch die Silbeneinheit nicht mehr gilt.

Prompt hat sich auch die Werbung der Dekomposition bemächtigt, zerschneidet Sätze, zerrupft Buchstaben. Man kann zwar verstehen, daß Werbung gelegentlich Methoden anderer Künste übernimmt, aber dann sollte sie sich auch an deren Intentionen halten. Die Umschlagseite des Poesiebandes von Konrad Bayer (Reihe: schritte, Nr. 7, fietkau verlag, berlin 1963) wird im Sinne künstlerischer Graphik gestaltet, d. h. intentionslos, sich selbst genügend.

konrad bayer d
er stein der we
isen wolfgang f
ietkau verlag sc
hritte sieben

Wenn aber eine Kinoreklame den Titel „Der zerbrochene Pfeil" so anordnet, daß er wie zerbrochen aussieht, oder wenn in der jüngst erschienenen Übersetzung des Werkes „Treblinka. Die Revolte eines Vernichtungslagers" von Jean-Francois Steiner die Buchstaben so zerrissen werden, daß die Bruchstellen insgesamt eine Art Stacheldraht ergeben, dann ist das gegen die Regeln der Kunst. Hier wird nämlich der Akt der Dekomposition nicht mehr um seiner selbst willen präsentiert, sondern verwendet theoretisch-historisch-fundierte Formen, um lediglich wieder etwas darzustellen, was seinen Sinn außerhalb der Dekomposition hat. Und Sinn ist doch allemal das, was allemal bekämpft werden muß. Kunst bedeutet nicht, sondern i s t.

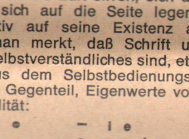
Der fietkau-Umschlag ist gleichzeitig ein Beispiel dafür, wie in der Werbung Wörter bei fehlender Silbeneinheit ohne Trennungsstrich getrennt werden können. Daneben gibt es auch die gemäßigtere Vorstufe, das Fortlassen der Bindestriche bei Silbeneinheit: „Hüter/strö/men/ der Güter" (Bopp & Reuther). Jede hier durch Schrägstrich bezeichnete Einheit nimmt in der Original-Anzeige eine Zeile für sich in Anspruch. Die Werbung sucht sogar bekannte Komposita und zerlegt sie verfremdend in ihre Bestandteile:

FERN
SCHNELL
GUT

Aber auch hier zeigt sich wieder, daß der Texter meist keine Ahnung von künstlerischen Gesetzen hat, denn er ist unfähig, die sich selbst genügende Dekomposition in ihrem So-Sein zu belassen, sondern muß ihr sofort wieder irgendeinen Sinn unterschieben, die Suggestion, die Einzelteile des Kompositums würden neue Eigenschaften erkennen lassen, das Fernschnellgut werde nicht nur fern und schnell, sondern auch gut befördert.

Lettern in Freiheit

Die Folge der Dekomposition ist letztlich ein Freisetzen nicht nur des Einzelwortes, sondern vor allem des Einzelbuchstabens. Das ist das Ungewöhnliche, das ist neu. Der Buchstabe ist frei. Er kann sich endlich frei bewegen, kann durch die Luft sirren, sich auf den Kopf stellen, sich auf die Seite legen. Er macht provokativ auf seine Existenz aufmerksam, damit man merkt, daß Schrift und Sprache nichts Selbstverständliches sind, etwa Konsumware aus dem Selbstbedienungsladen, sondern, im Gegenteil, Eigenwerte von allerhöchster Realität:



Die Werbung folgt dem auf dem Fuß. In dem Schallplattenkatalog „Jazz 1966" besteht die Reklame für die Platte „The Golden Swing Years" aus einer Fülle von freiherumschwirrenden Ziffern. Daß dem Graphiker ein kritisches artistisches Bewußtsein zugrundegelegen hat, sieht man gleich daran, daß vermieden worden ist, eine Eindeutigkeit und — in Bezug auf den Text — einen unmittelbar ablesbaren Sinn zu produzieren, denn die verwendeten Ziffern lassen sich zu grundsätzlich jeder Jahreszahl ergänzen. Austauschbarkeit ist allgemein ein Merkmal der Kunst unserer Zeit, im Gegensatz zu den veralteten Auswahl- und Ganzheits-Spekulationen der konventionellen Ästhetik, denn Austauschbarkeit und Wiederholung sind ja Züge, die auch dem modernen Menschen eignen, sowohl am Arbeitsplatz als auch im Privatleben. Und Kunst muß sein wie das Leben.

Mittelachse

Die Dekomposition ermöglicht ein neues Verhältnis zur Sprache und damit zur Schrift:

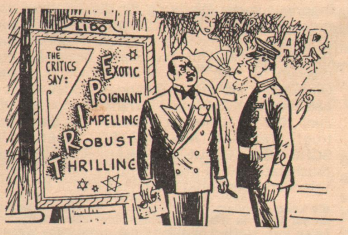
In dem Augenblick, da die Sprache der Kritik verfällt, . . . lockert sich auch das Unterordnungsverhältnis von Sprache und Schrift. (Franz Mon, in: Sprache im technischen Zeitalter 15/1965)

Man kann der Sprache heute nicht mehr vertrauen, denn sie ist überbelastet von ausgeleierten Bedeutungen und Gedankengängen. Die Schrift aber noch nicht. Ihr kann man noch vertrauen. Sie ist noch fast jungfräulich. Dem widerspricht nicht, daß die ersten Ansätze dazu, Schrift, fixiert an ihre Unterlage, als eigenständiges Ausdrucksmittel zu verwenden, bis in die Zeit der alten chinesischen Bilderschrift zurückreichen. Trotz ihres ehrwürdigen Alters ist Schrift vorwiegend immer nur sekundär behandelt worden.

Heißenbüttel erwähnt in seinem Abriß zur Geschichte des visuellen Gedichtes (Über Literatur, 1966) neben Jugendstil, Futuristen, Dadaisten (vornehmlich Schwitters mit seinem i-Gedicht und dem aus Buchstaben graphisch gesetzten „Bildgedicht") auch die Mittelachse von Arno Holz. Diese hat in der Werbung Karriere gemacht. Bei einer Unzahl von Werbetexten wird die Schrift à la Arno Holz angeordnet, als reine Dekoration.

Akrostichon

Zu den ältesten Vorläufern des visuellen Gedichtes kann man wohl das Akrostichon, bzw. Mesostichon, Telestichon, Akroteleun („gefüllte Kalbsbrust") zählen, das an seine fixierte Unterlage gebunden ist und durch Anfangs-, Mittel- oder Endbuchstaben, bzw. deren Kombinationen, eine weitere sprachliche Dimension erstellt. Die Chancen des Akrostichons für die Reklame erkannte ein englischer Zeichner, als er in einer Karikatur des englischen Kino-Niveaus einen Werbegraphiker die Reklame für einen Film so anordnen ließ, daß auf dem Plakat die Horizontalen die Lobhudeleien der Kritiker darstellen, die von unten nach oben zu lesende Vertikale dagegen etwas völlig Konträres:



Das ist zwar sehr witzig, aber mehr auch nicht. Ferdinand Kriwet zeigt da weit mehr Einsicht in poetische Wirkungen, wenn er die Widmung zu seinem Werk „durch die runse auf den redder" (Reihe: schritte, Nr. 10, fietkau verlag, berlin 1966) folgendermaßen schreibt:

H O F F E
K C O L G
S T R E U

E M M I H
L N A E H
N E J L E
A M E N T
A H L I E
B E L U S
M U A R T

S O M M E
H C I E R
E I T E R

N E E S O
F A R B E
E D N O S
R O S E L
U A T S B

Nur der Ungebildete, der nicht weiß, daß konkrete Poesie immer auf dem Untergrund ihrer Theorie wirksam ist, wird Kriwet den Vorwurf machen, er habe es sich recht leicht gemacht. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Bei dem Engländer steht hinter dem Gedicht, weil beide Richtungen lesbar sind, nichts besonderes. Bei Kriwet steht aber hinter der Widmung, weil sie nur in senkrechter Richtung zu lesen ist, etwa folgendes: Adäquate Typographie soll den Leser aus seiner Leser-Lethargie reißen. Die Redundanz (= „Verständlichkeit") der Textteile oder Textpassagen muß soweit reduziert werden, daß sich daraus eine Forcierung der Lese-Intensität ergibt, die sich vom Gelesenen auf den Lese-Vorgang verlagert und dessen Reflektierung involviert, womit die Chance einer Neu-Orientierung in Existenz tritt. Es muß endlich distinkt und jederzeit memorierbar erkannt werden, daß Schrift nicht immer blindlings der horizontalen Lese-Art zu gehorchen hat, sondern auch in der Vertikalen ihre volle Effektizität realisieren kann. „Überspitzt könnte man formulieren, nicht das Gelesene, sondern das Lesen selbst sei zu komponieren, die Wahrnehmung sei mithin autonomisiert." (Kriwet, in: Diskus 5+6/1965)

Formen und Schrift

Text, der an seine Unterlage fixiert ist und erst von dorther seine Intention entwickeln kann, ist ein altes Mittel der Reklame, zumal dort, wo die Schrift unmittelbar sichtbar in Aktion tritt. So, wie Gregory Corso sein Gedicht „Bomb" in Form einer Bombe schreibt und damit auf die mehr heraldische Technik des Barock zurückgreift, wo ein Gedicht über das Kreuz Jesu in Form eines Kreuzes gesetzt werden konnte, so zeigt plagiierend eine Sprechplatte französischer Lyrik auf ihrem Cover eine Lyra, die aus den Namen der auf der Platte vertretenen Lyriker gebildet wird (Librairie Hachette, Reihe: Tresor de poesie lyrique francaise). Ein Prospekt der Augenoptik-Industrie zeigt auf der Vorderseite den Text „Kennen Sie Ihre Augen?" so oft in perspektivischer Verkleinerung, bis ein gewölbter Körper aus Schrift entsteht. Bei Klabund: „Der Kreidekreis" sind die lateinischen Buchstaben bewußt im Anklang an chinesische Schriftzeichen gehalten, so daß sie sofort ostasiatischen Themenkreis assoziieren. Dieses Prinzip ist in den einschlägigen Sparten der Werbung sehr beliebt geworden, man findet es bei Tee-Reklame, auf Schallplatten und Firmenschildern mit fernöstlichen Artikeln.

Überhaupt hat sich die Reklame der Schriftmöglichkeiten, die durch die konkrete Poesie freigesetzt worden sind, so hemmungslos ausschweifend bedient, daß man die Kategorien dazu am besten aus der Werbung gewinnt, da sie in der konkreten Poesie aus bestimmten Gründen nicht immer voll entwickelt worden sind.

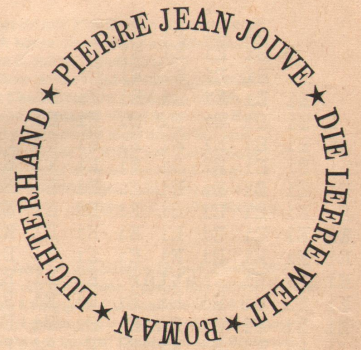
a) Schrift in Bewegung:
rhyming alphabet

fb
hc
si
sy
ld
me
ax
xk
xj
ng
op
zu
zq
rt
wv

(Dom Sylvester Houedard, Guernsey, in: rot 21)

Es ist hier ähnlich wie bei früheren Vergleichen. Das Gedicht von Houedard ist der Kaba-Darstellung s. o. haushoch überlegen, weil es seiner Bewegungskurve keinen Symbolgehalt unterlegt. Beschwingte Schrift in der Werbung ist immer das gleiche Symbol. Es bedeutet immer wieder: Bewegung, Schwung, Elastizität, Jugend, Leichtigkeit, Aroma . . . Sätze dazu sind: „Im Wasser sind wir obenauf" (Für Sie 16/1966), „Lieber leicht, lieber Mercedes", „Mit Boron bleibt Ihr Motor jung" (Caltex), „Von Wind, Wellen und Matrosen" (Metronom HLP 10.006), „Musik, Musik, Musik, Musik" (tip 63-3016).

b) Schrift und Kreis:



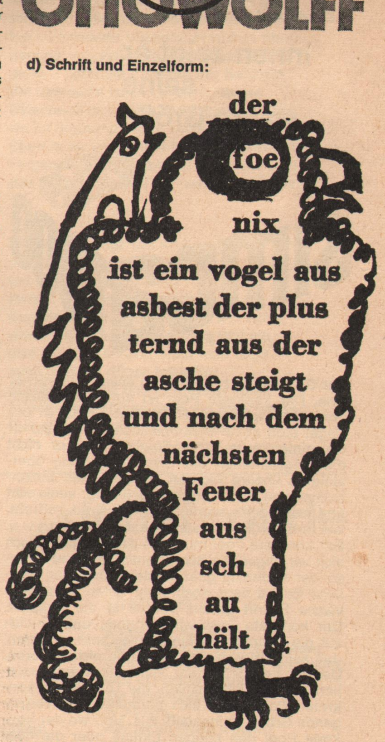
Man vergleiche dazu die „Sehscheiben" Ferdinand Kriwets.

c) Schrift und Rechteck:

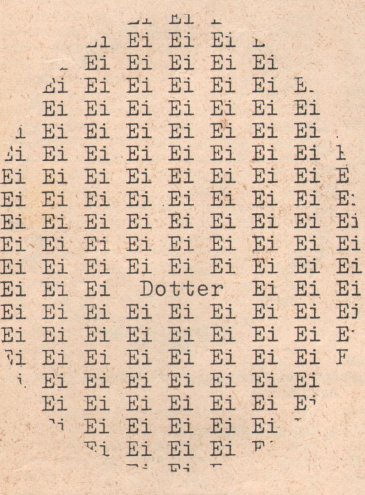
nox vox **nox** vox **nox**
vox **nox** vox **nox** vox
nox vox **nox** vox **nox**
vox **nox** vox **nox** vox
nox vox **nox** vox **nox**

(Pedro Xisto, Brasilien, in: rot 21)

d) Schrift und Einzelform:



(Ernst Klein in: Poetarium 3)



(Agno Stowitsch in: Diskus 1963, 10)

Wo der Verstand wächst, müssen die Haare weichen.
Diese Kategorie wird von der Reklame in immer neuen Variationen durchexerziert, der Phantasie der Graphiker sind keine großen Grenzen gesetzt. Sie machen aus Schrift Autos, Hosen, Gitarrenseiten, Fußballbeine, sogar Ziffern.
Vermieden werden Kategorien wie Schrift in Bewegung, auch Schrift und Kreis, Schrift als Einzelform, und wenn sie angewendet werden, so muten sie doch oft technisch unvollständig, eckig, unregelmäßig, nicht-stufenlos an. Eine Kategorie fehlt nahezu völlig, die indes in der Werbung sehr gepflegt wird:

e) Schrift und Perspektive:

Der Grund mag zunächst ein etwas äußerlicher sein. Der konkrete Poet ist ein Privatmensch ohne viel technische Hilfsmittel. Er hat in der Regel bloß seine Schreibmaschine, auf der er experimentieren kann. Folglich wird er nicht die Möglichkeiten der Schreibmaschine übersteigen: lineare Figuren, Einzelwörter, Einzelbuchstaben in normaler Anordnung: senkrecht und waagrecht, eventuell um 90 Grad gedreht, wie in dem Gedicht von Carlfriedrich Claus w.o. Der konkrete Poet muß sich der perspektivisch sich verjüngenden Schrift enthalten, und ebenso der stufenlos gekrümmten. Aber der wirkliche Grund liegt doch wohl tiefer. Perspektivische Schrift gehört bereits in die Graphik. Der konkrete Poet will dadurch, daß er sich auf die Schreibmaschine beschränkt, erklären, daß seine Werke zum Sprachbereich gehören. Das ist natürlich mehr symbolisch zu verstehen, denn an sich schließt die Theorie der konkreten Poesie die sich perspektivisch verjüngende Schrift keinesfalls aus. Und wo der konkrete Poet den nötigen Einfluß oder die nötigen Mittel hat, wird er die großen Freiheiten des graphischen Gewerbes nicht mehr verschmähen, wie Klaus Peter Dienst in seinem „Kalligramm" (in: movens, 1960) und Kriwet mit seiner bekannten Sehscheibe.
Jetzt wird auch verständlich, warum die Werbung außer *Schrift und Perspektive* noch einige andere Kategorien entwickelt hat, die in der konkreten Poesie nicht zur Entfaltung gelangt sind. Der technische Perfektionismus ermöglicht z. B.:

f) Schriftteil und Einzelform:
Bei einer Reklame für Dato hängt im „o" ein Kleiderbügel. Auf der Philips-Platte „GITARREN von Bach bis Beat" (843 55 PY) wird das heruntergerutschte „T" zum Teil des abgebildeten Anschlußkabels der elektrischen Gitarre.

g) Schrift aus Form:
Die Philips-Platte „Bella Italia" formt den Titel aus zurechtgeschnittenen Italien-Fotos (843 511 PY). — Inzwischen ist auch von Seiten der konkreten Poesie versucht worden, diese Kategorie aus der Werbung für die Literatur zurückzugewinnen. Timm Ulrichs, der schon seit längerem die Tendenz verfolgt, Realität und Realitätspartikel für die Kunst brauchbar zu machen (er war u. a. in Frankfurt in einem Glaskasten als erstes lebendes Kunstwerk zu besichtigen), gab eine Veranstaltung am 28. Juni 1966 in Hannover bekannt, die den Titel trug: „TeXT - TOTAL - THEATER / MECHANISCHE HERSTELLUNG ESSBARER LITERATUR (buchstaben-keks-produktion in einer hannoverschen keksfabrik)" Darin hie ßes u. a.:

die keks-‚op-poeme' illustrieren . . . die expansion moderner texte in die dritte dimension: zum 3dimensionalen text, zur text-plastik. — der dynamische charakter des herstellungsvorganges ordnet ihm einem seriellen wort-spiel, einem text-totaltheater zu. Buchstaben-kekse stellen eine ‚zum alsbaldigen verbrauch' bestimmte, völlig sozialisierte gebrauchsliteratur dar, die trotz ihrer popularität bislang eingang weder in büchereien & bibliotheken noch in die best-seller-listen der zeitschriften ‚ZEIT' & ‚SPIEGEL' gefunden hat . . .

Obgleich ironisch verfremdet, steht hinter diesem Aufruf das bitter ernst zu nehmende Bestreben, die Literatur aus den Klauen der langweiligen Schwarz - Weiß - Letterei der Schreib- und Setzmaschine und des Fernschreibers zu erlösen und darauf aufmerksam zu machen, daß Schrift und damit Literatur, d. h. Sprach-Kunst, noch auf vielen anderen, lebensvolleren Wegen geschaffen werden kann. Erinnern wir uns nicht unwillkürlich an jenes Streichholzspielchen mit der Aufgabe, aus Eis durch bloßes Umlegen eines einzigen Hölzchens warmes Wasser zu machen, und was gelöst wurde, indem man das untere waagrechte Hölzchen des Buchstabens „E" im Wort „Eis" senkrecht an die freien Enden der beiden übrigen waagrechten Hölzchen legte? Unbewußt haben wir schon im Kindesalter hochartifizielle Totalkunst und konkrete Poesie betrieben, und es gilt nur, diese meist verschütteten, aber so wertvollen Erfahrungen ins Bewußtsein zurückzurufen und sie in die Ästhetik der Kunst unserer Tage aufzunehmen.

Andere Sprachformen in konkreter Poesie und Werbung

Das visuelle Gedicht ist nur ein Zweig innerhalb der konkreten Poesie, wenn auch ein sehr wichtiger. Nicht übersehen werden dürfen jene Formen, die Extremfälle innerhalb der konventionellen Literatur darstellen und diese damit an die Grenzen ihrer Möglichkeit führen.

a) Abweichungen von der Hochsprache in der Wortwahl

Mit dem Naturalismus wurden in der Literatur neue sprachliche Bereiche erschlossen, die bislang als nicht salonfähig galten: Umgangssprache, Kindersprache, Jargon. Prosa und Drama zeigten sich in der Folge aufnahmebereit, nur die Lyrik verschloß sich dem noch lange Zeit. Sie formte weiter, in schönen Worten. Wo ihre Sätze zerrissen waren, so handelte es sich doch meist um ergänzbare Ellipsen. Mit der konkreten Poesie wurde der Satzbau endlich aufgelöst, aber hierin hielt sich noch das schöne Wort. Wie wohltuend klingen dann solche Verse, wo von der Hochsprache abgegangen wird und gewohnte, aber literaturungewohnte Laute und Wörter ins Gedicht eingehen:
Kindersprache wird von Katja Tiel geschaffen:

Liesfedchen
fisst nich
isso rank
had Libschmez
mus de ol dokt
ko
vibelicht
äugen
zu die Box
von sen.
forzogn
flam
siet frühtag
n s o

(Katja Tiel, in: Poetarium III, 1964)

Nachdem solche Formen in die Literatur Eingang gefunden haben, kann auch die Werbung nicht umhin, ihre Kunden ganz apart damit zu belustigen:
„Ferrückt ferhüllt für Fasching" ist der Titel einer Modenschau in *Twen*, gebildet nach dem Vorbild „‚Vater' schreibt man mit ‚f' wie ‚Pferd'".
Schließlich nimmt die Werbung noch die Wortkombinationen, -erweiterungen, -reduzierungen der konkreten Poesie:
Rank Xerox: „I'll use a copier, I'll use a duplicator, a copier, a duplicatoracopier, a duplicatoracopiera . . ."
Weit gelungener ist dagegen das Gedicht von Reinhard Döhl, das zwar ähnlich gebildet ist, aber dessen sprachliches Anliegen eine angemessene Form findet:

et
et ce
et cette
et cetterra
et cettera et
et cetterra et ce
et cetterra et cette
et cetterra et cetterra

cette terra cette terra

b) Wiederholung

Wiederholung und Reihung findet man theoretisch-praktisch fundiert in dem berühmten Satz von Gertrude Stein: „A rose is a rose is a rose is a rose . . ." Das hier angeschlagene Identitätsproblem ist von der konkreten Poesie übernommen und zur Vollendung gebracht worden. Das nachfolgende Gedicht von Mathias Goeritz, ein Teil aus der Serie „die goldene botschaft" zeigt, wie ein sprachliches und menschliches Problem (oro = Gold) in künstlerisch anspruchsvoller Weise nur mit Hilfe der Wiederholung zum Ausdruck kommt. Es erstaunt zu sehen, wie eine gängige rhetorische Figur, die Häufung, hier in eine geschmackvolle ästhetische Anordnung übergeht:

oro oro oro oro
oro oro oro oro
oro oro oro oro
oro oro oro oro
oro oro oro oro
oro oro oro oro
oro oro oro oro

(in: Futura 1, 1965)

In der Werbung, die im Grunde nur von der Wiederholung lebt, sieht das dann folgendermaßen aus:

c) Anapher

Wiederholung des Versanfangs nennt die Rhetorik „Anapher". Diese Figur hat in der Lyrik sehr lange eine ehrwürdige Stellung eingenommen, sprach man ihr doch Sprach-Magie durch Gleichklang zu. Mit solchen Vorurteilen aufzuräumen und Sprache als Sprache zu entlarven, ist die Intention von konrad balder Schäuffelen, indem er in einem Gedicht die Anapher ins Extrem steigert, bis nichts mehr von irgendwelcher „Magie" oder sonstigen unbestimmten Gefühlen übrigbleibt. 45 mal setzt er die Anapher „ich trage meine orden", um dann mit dem 46. Vers zu schließen: „ich trage mich mit der idee meiner orden". (en gros & en detail, = rot 22)
Die Werbung aber, die von solchen Sprach-Erfordernissen in der heutigen Situation keine Ahnung hat, sondern nur Formen übernimmt, um ihre eigenen Zwecke zu verfolgen, setzt brav noch die konventionelle Anapher:

Ein Mensch —
Was er ist
Was er liebt
Was er macht **(Rosenthal)**

Die VW-Reklame in dem Slogan „. . . und er läuft, und er läuft, und er läuft, und er läuft . . ." kann sich lediglich deshalb eine echte Wiederholung (bzw. Reihung, Häufung) leisten, weil sie mehr an das rein Spielerische im Kunden appelliert als an sein sprachliches Kunstbewußtsein. Dies wird deutlich in einer anderen VW-Reklame, die sich auf den Erfolg des ersten Slogans stützt:

„. . . ein Fahrer: der fror . . . und fror . . . und fror . . . und fror . . . und fror . . . und fror . . . und fror . . . und fror . . . und fror . . . und fror . . . denn — Pardon — er hatte vergessen, die Heizung aufzudrehen."

Hier wird die spielerische Wiederholung noch durch einen abschließenden Gag gekrönt, denn man hat sich schon verwundert, wieso VW Reklame für kalte Autos machen sollte, wo es zu den Prinzipien der Werbung gehört, nur Vorteilhaftes über sich auszusagen.

d) Negation

VW gibt noch ein weiteres Beispiel einer negativen Reklame, wenn vom 1600 TL gesagt wird, er sei ein miserabler Rennwagen. Andere Firmen gebärden sich ähnlich selbstverleumderisch. Hobby warnt eine bestimmte Leserschaft, ja nicht Hobby zu kaufen. Ein Frankfurter Theater bezeichnet sich als das „schlechteste Kellertheater der Welt" und fordert die Leser auf, nicht hineinzugehen.
Negation, echtes Nein am Bestehenden, ist aber nicht etwas, mit dem man spielerisch-ironisch um sich werfen sollte. Es erfordert Kritikvermögen und Verantwortung. Wer „Nein" zu vielen Dingen im sprachlichen Bereich der konventionellen Kunst sagt, wie die konkrete Poesie, hat diese Dinge wohldurchdacht, hat die Möglichkeiten des Sagbaren erkannt und steht jetzt schaudernd an der Grenze zum Unsagbaren. „Deshalb will ich schweigen. Und Ihnen nichts von T2 erzählen. Kein Wort über die frappierende Wirkung. Nichts über die glatte, schnelle, angenehme Rasur." Um eines lächerlichen Tricks willen wird hier mit dem gespielt, gegen das die großen Dichter der Vergangenheit gerungen haben und die Dichter der Gegenwart noch ringen: das Schweigen, den Nihilismus der Sprache und der gesamten Existenz. Nirgendwo besser als hier ist die Rücksichtslosigkeit der Werbung, ihr Mangel an jeglicher Ehrfurcht, selbst vor den heiligsten Gütern der Kultur, wahrzunehmen.

Resümee

Den Formen der Werbung liegt eine völlig andere Haltung zugrunde als denen der konkreten Poesie. Und dennoch gleichen sie sich.

In dem Augenblick, da die Sprache der Kritik verfällt, . . . lockert sich auch das Unterordnungsverhältnis von Sprache und Schrift.

Wenn dieser Satz wahr ist, und das ist er zweifellos, dann kann sich auch die Werbung auf ihn berufen. Wo aber hat Werbung je ein gebrochenes Verhältnis zur Sprache, zum Menschen, zur Umwelt, zur Welt? Sie hat sich etabliert in einer Welt der runden Bäuche, mit dem Ziel, die runden Bäuche noch runder zu machen. Das will sie, aber das kann sie nicht sagen. Jedenfalls nicht direkt, sie braucht Umwege. Sie steht in einem Dilemma: Reklame ist als Reklame immer deutlich, u. a. durch den Eigennamen der werbenden Firma, und Reklame heißt, den Kunden zum Kauf veranlassen, um sich an ihm zu bereichern. Auf der anderen Seite will man diese Tatsache, so offensichtlich sie ist, verschleiern. Denn keiner sieht es gern, wenn er als Profit-Objekt verheizt wird. Der Imperativ „Kaufen Sie XYZ!" muß vermieden, ersetzt, umgangen werden, zumal es kein Kunde gern hat, sich Befehle erteilen zu lassen. Der Kunde muß den Eindruck haben, daß er aus freien Stücken, aus guter Überzeugung — nicht Überredung — den Artikel kauft. Aber eben: Eindruck erzielt man mit Rhetorik, mit Überredung, mit Ablenkung.
So sieht das gebrochene Verhältnis der Werbung zur Sprache aus: immer neue Formen müssen gefunden werden, um den Imperativ des Kaufens zu umgehen, der doch das einzig Interessante für die Firma ist.
Man läßt beispielsweise den Imperativ rein formal weg, doch so, daß ihn der Leser ersetzen muß: „(. . . . .) Alete, damit's ein Prachtkind wird." Oder man ersetzt das Wort „kaufen" durch ein Synonym: „Verlangen Sie in Ihrer Apotheke XYZ". Besser ist schon, den ganzen Kaufaspekt aufzugeben und den Akzent auf die Nutzanwendung zu verlagern, die mit dem angepriesenen Artikel verbunden ist: „Gehen Sie Schmutzrändern mit saptil an den Kragen!"
Um den Blick vom Profit-Machen der Firma vollends abzulenken, müssen Schriftgestaltung, Typographie, Bild, Graphik mobilisiert werden. Denn das Bild ist nicht nur tendenzlos und selbstgenügsam, sondern es ist auch, im Gegensatz zu Sprache, komplexer. Es ist nicht auf einmal erfaßbar, weil nicht-diskursiv. Man kann es wiederholt anschauen, ohne es als Wiederholung zu empfinden, da die Bildbetrachtung immer neue Einzelansätze findet, das Gesamtbild zu erfassen. Sprache dagegen, die wiederholt wird, kann aufdringlich wirken, weil ihre Erfassung in immer gleichen — diskursiven — Bahnen erfolgt.
Um vom Kaufakt abzulenken und gleichzeitig das Kaufbedürfnis zu erregen, ist der Werbung jedes Mittel recht. Der erste Schritt dazu ist, wie Herman Plate dargelegt hat, die „Herstellung der Kommunikation" (Sprache im techn. Zeitalter 7/63). Das kann durch das Bild geschehen, oder durch die Sprache. Bei Sprache wird meist eine Formel gebraucht, die für sich genommen leer und ohne Wert ist, aber aufgrund ihrer Äußerlichkeit als Anreiz dient, weiterzulesen: Slogans mit Anklängen an Vertrautes, wie Sprichwörter, Redewendungen etc. (vgl. H. Herles: Sprichwort und Märchenmotiv in der Werbung, Zs. f. Volkskde, 62. Jg. 1966, 1. Halbjahresband, Sonderdruck). Oder: statt Slogans können auch Formen der konkreten Poesie stehen. In jedem Fall ein Anreiz.
Was das Ergebnis einer asketischen Reflexion, eines Ringens um Sprache in ungesicherter Welt ist, die konkrete Poesie, wird von der Werbung als Lockvogel genommen, um Rattengift zu verkaufen. Um keinen Deut besser ist die Haltung von Günter Grass, wenn er vom konkreten Poeten sagt:

. . . frech und epigonal packe ich ihn bei seinen Ergebnissen und verwende, immer hübsch bei Gelegenheit, die Frucht seiner Experimente, indem ich sie mißverstehe. (in: Akzente, 8. Jg. (1961), S. 11)

Konkrete Poesie wird zur wahren Gebrauchsliteratur unserer Tage, wird gebraucht für handgreifliche Zwecke, fürs schnöde Geldverdienen, fürs Anpreisen von Gegenständen.
Es gilt also, die konkrete Poesie aus den Händen der kaltschnäuzigen und literarisch unbedarften Werbung zu befreien. Daß die Formen der konkreten Poesie sich so hervorragend für Plakate und Anzeigen eignen und daß solche Plakate und Anzeigen hohe Publikumswirksamkeit haben, ist ein Beweis dafür, daß es sich um Formen handelt, die wirklich sehr gesucht sind und auffallen, ins Auge stechen, eklatant und blendend, anders als je zuvor. Es sind anreizende und werbende Formen, aber sie sollen nicht von der Werbung mißbraucht werden. Sie sollen echter Ausdruck von Sprachunsicherheit bleiben. Buchstaben sollen frei bleiben. Wörter sollen sich reihen, biegen, bersten, sollen Treppen bilden, Purzelbäume schlagen, sich selbst genügsam bleiben.
Die Avantgarde ist in der Tat schon unterwegs, die Macht der Werbung zu brechen, ihren mit hohlen Worten arbeitenden Einfluß zu schmälern, indem man ihr die Poesie entreißt. Man beginnt, die Slogans abzuhorchen, um dann daraus wieder echte konkrete Poesie zu machen.

uve schmidt

buchmessenverse oder fünf stanzen zum literaturbetrieb

der kleine literatur-preis

Was kommet wie die Diebe
so sacht, so sacht;
wie Frühling kommts gegangen
so über Nacht.

Es leuchtet wie die Sonne
so preis, so preis,
daß sich das Herz vor Wonne
kaum recht zu fassen weiß.

Dem Veilchen gleich im Märzen
so fein, so fein,
und bringt dem jungen Herzen
ein stolz Du-sollst-es-sein!

stoß-seufzer der jungbuchhändlerin

vier Wochen nach dem Besuch
der Buchmesse zu Frankfurt am Main

Ach, lieber Gott! wie kann ich nur
bewegt so unterm Herzen sein!
Ob ich der Mutter etwas sag'?
Der Mutter? — Nichts der Mutter, nein!

Ich wüßt auch garnit, was
ich ihr davon erzählen soll —
und doch, wär' nur die Freundin hier,
O Gott! mir ist das Herz so voll!

die muse oder von stomps zu suhrkamp

Sie war so schön — er war nur ein Poet,
ein unbekannter darbender Prolet,
nach Schönheit und nach Weibesliebe hungernd.

Und als er sprach: „Komm' ich bedarf des Weibes",
da kam sie zu ihm, willig, süßen Leibes,
bereit, sein armes Dichterlos zu teilen.

Sie war ihm alles — Magd zugleich und Muse,
am Tage Magd, in dürftig schlechter Bluse,
und Muse nachts, in göttlich nackter Schöne.

Der Rausch, der glühend ihren Leib durchbebte,
in seiner Dichtung zündend weiterlebte,
und in die kahle Kammer trat — der Ruhm.

Er ging von ihr, da er sie nicht mehr brauchte;
im Strom der Großstadt bald sie untertauchte,
die einst des armen Dichters Muse war.

Und aus der Welt von Adel und Moneten,
als Gattin dem gefeierten Poeten
folgt stolz ein schönes Kind vor den Altar.

Einst, Arm in Arm mit seiner Gattin gehend,
sah er an einer Ecke, zitternd stehend
ein Weib, mit grellen Lumpen schlecht verhüllt.

Das starrte lang' nach ihm mit heißem Blicke,
und seine junge Frau, in bangem Glücke,
sprach: „Liebster, sag', was will das arme Weib?"

Er küßte sie auf ihre Unschuldsstirne:
„Sieh fort, mein Lieb, das ist nur eine Dirne,
ist der Verlor'nen eine, die man flieht!"

die geeinte familie

Der Vater steht im Kürschner längst
mit einem Freiligrath-Roman,
die Mutter schrieb für Burdas ‚Bunte':
„Soraya geht uns alle an."

Die Tochter uniiert human,
konkret, voltairsch, alternativ,
und nur der Sohn, ein Forstgehilfe,
liegt schief.

Doch gestern kam ein Brieflein an;
der Vater brach's mit Eile,
(die Mutter weilt in Meersburg grad)
sein Aug schlingt Zeil' um Zeile.

„Ich habe", schreibt der gute Sohn,
„des Bess'ren mich besonnen
im literarsch Colloquium
das Dichten aufgenommen.

Vermeinet nicht, ich tät darum
mein Waidwerk desarmieren —
man kann den schönen deutschen Wald
auch lyrisch abstrahieren."

Da strahlt der Alte dankbar auf:
„Nun ist mir wohl zumute,
er blieb doch Fleisch von meinem Fleisch,
und Blut von meinem Blute."

nach dem börsenvereinsball

Schon war der Osten rosig rot
vom Sonnenlicht umwoben,
da habe ich nach süßer Rast
vom Lager mich erhoben.

Das Mädel schlief, die Lippen nur
zuckten, als ob ichs küßte —
in tiefen Atemzügen hob
und senkte sich die Büste.

Dann sah ich mich im Zimmer um,
schien drinnen zwar sehr reinlich,
nur was die Ordnung anbelangt,
gerad' nicht allzu peinlich.

In allen Ecken türmte sich
ein Trödelkram, ein bunter —
ein Stiefelchen lag auf dem Tisch,
das Spitzenröckchen drunter.

Vergebens spähte ich umher,
ob nicht ein Buch ich fände —
fand nichts, als auf dem Putztisch nur
zwei abgegriffne Bände.

Auf einem stand von müder Hand:
„Die Mutter ihrer Annemie"
(das war das Neue Testament)
das and're „Lady Chatterly".

gerald bisinger

das jahr 66 oder 11 mal 11 zeilen ad maj. gloriam austriae

Es ist das Jahr von Königgrätz
wir in Berlin H. C. und Rühm und ich
H. C. das Jahr von Königgrätz
bei Vilma zu Neujahr das Jahr nach
hundert Jahren in der Music-Box
bei Vilma und der Haifisch der
hat Zähne Georg Kreisler singt
und spielt Triangel Österreich
ist hier und dort in Wien und
drumherum und nicht und doch
im A im E im I im O im U

Es ist das Jahr von Königgrätz wir
haben uns gerächt Franz Tumler in
der S-Bahn-Quelle tröstet lächelt sagt
was Freundliches als lieber Mensch
wir haben doch ganz schön sagt er ge-
rächt das Königgrätz und wollen wir
nicht endlich doch den Plunder denn
im Kongo ist Geschichte ebenso voll
Mord und Totschlag fort Geschichte
werfen Krieg als Fundus nächster
Generation im Kongo Königgrätz

Geschichte Plunder Fundus oder nicht
ich küsse einen Mund aus Königsberg
am 3. Juli 66 dieses Jahr ich
küsse denke nicht an Königgrätz hier
in Charlottenburg zuständig bin ich
beim Finanzamt -West in meinem Bett
ich küsse denke nicht an Moltke und
an Benedek an Krieg und Kongo oder
Politik und über meinem Bett hängt
doch aus Wien gebracht das kolorierte
Bild Franz-Josephs unsres alten Kaisers

Wir haben uns gerächt für Königgrätz
haben den Gammler exportiert ihn ex-
pediert und aufgenommen dann als
Preußens Gloria in Wien und Königgrätz
gerächt Heil Hitler fort den Plunder
werfen Stalingrad ist nirgends
mehr in dieser Welt die machbar ist
Max Bense sagt es Gerhard Rühm zählt
große Österreicher zur Übung auf beim
Pilzesuchen er findet einen Birken-
pilz im Sand sagt Sigmund Freud

So lebe ich mit Österreich und Königgrätz
und der berühmten Bombe das Schießgewehr
von Königgrätz Zündnadel hin und her
es ist berühmt wie Bombe jetzt und Mauer
Bombe-A im A ist Österreich und Bombe-H
mit H hats nichts zu tun die Mauer ist
berühmt so wie das Reich und aktuell und
nicht ich lebe nicht in Österreich ich
lebe in Berlin und gern und nicht als
Führer nicht als Emigrant das Reich ist
hin und Österreich ist jetzt die ganze Welt

Ist also Österreich gerächt und wann
und wo gerächt in Stalingrad das König-
grätz war Stalin Hitler Hitler Österreich
ich sage Hitler war des Hauses Habsburg
Teufel zu Neujahr bei Pohlmann König-
grätz H. C. küßt meine Wangen wie das
Brauch ist in Wien und Brünn und König-
grätz was sage und was weiß ich zu
Neujahr ich küsse einen Mund aus Königs-
berg und trinke Sekt bei Vilma Schnaps
bei Pohlmann sage Königgrätz ist Königgrätz

Die ganze Welt ist Österreich und fremd
sind wir auf Erden alle in Österreich
und Königgrätz Geschichte Fundus Plunder
aktuell und nicht und Krieg sagt Gerhard
Rühm banal nach Schwitters ist ja so
absurd er schenkt mir seinen Birkenpilz
wir braten ihn in Öl mit Ei ich habe
noch ein Bündchen Lauch wir essen
ihn mit Österreich vor Augen dieses Bild
Kaiser Franz-Josephs koloriert und noch
von seinerzeit die schöne Schulwandkarte

Es ist das Jahr von Königgrätz das
Jahr mit Plunder eines Zentenärs ist
Fundus Plunder Königgrätz und Preußen
ist und Österreich geteilt das Reich
des Kaisers Franz das schon geschmälerte
denn Schlesien ist Österreich ich sage
und behaupte größtes Unrecht sind die
hochgelobten Grenzen jenes Zufallsjahres
siemunddreißig die ganze Welt ist
Österreich sagt schreibt schon Robert
Musil Diotima sie hat recht

Schon seinerzeit in Österreich den Men-
schen machbar durch Chemie ihn reparier-
bar so ersehnte Sigmund Freud im übrigen
geprägt von Prüderie Geschichte heute
damals nicht die Prüderie der Kaiserin
die Schlesien zuletzt ererbte dieses
Österreich das Reich nicht denkbar ohne
sie ist Sigmund Freud sag ich zu Rühm
Chemie wir essen und wozu erläutert wer
vergangene Veränderung den Hitler und
das Königgrätz und die berühmte Mauer

Das Zufallsjahr das Schicksalsjahr das
Jahr achtzehn null sechs und unser Kaiser
Franz ich gebe in der S-Bahn-Quelle zu
arg zwangsneurotisch war er dieser Kaiser
der andre Franz enthüllt es Grillparzer
im Tagebuch jedoch das Reich und Habsburg
Österreich gebe ich zu ist Habsburg nicht
und war nicht Babenberg ist Österreich
was ist das aber Austria im A in orbe erit
ultima was ist das Österreich und was ist
es in orbe hic et nunc ist Österreich

Wir sind im Jahr von Königgrätz im
Jahr nach hundert Jahren 66
bei Vilma Rühm und ich H. C. ist
jetzt in Wien in Österreich im
Sommer Ferien ein Paradies bei Vilma
dieser Mund aus Königsberg und ich
und Macky's Messer sieht man nicht
auch jetzt ich rülpse leise Pilz-
geschmack und Georg Kreisler spielt
Triangel wir trinken noch ein Fläschchen
Bier wir sagen sehr zum Wohle

detlef rohde

fünf gedichte

detlef rohde

puff

puff singt die kugel
wenn sie sich befreit.
puff meint die oma
wenn die arterien bröckeln.
puff sagt auch vati.

ausklang

durch kahle bäume strullen
den frühling auf den weg machen
mit frisch gebügelten zähnen an tore bummern
durch ämter japsen.
während die gehirnmasse
am aushang hinterlassen wurde.

nebel

die lichter sind fort
schaltet die scheinwerfer aus
wir ordnen uns
im blindflug ein.

anzeige

auch sie bieten
eine betont männliche linie
durch doppelsohlen
und markante bodenverarbeitung.

glauben

wenn gott so will
treffen wir uns sonntag wieder
zum plauderstündchen am kamin.
und ich erkläre euch
die feuerbestattung
in natura.
wer ist es diese woche?

jürgen wölbing mike atlas jürgen wölbing

jürgen wölbing: geboren 1942 in breslau; 1964–65 studium der kunstgeschichte seit 1965 druckereiarbeiter; als maler und graphiker autodidakt, arbeiten von jürgen wölbing zeigt derzeit erstmals die frankfurter galerie lüpke.